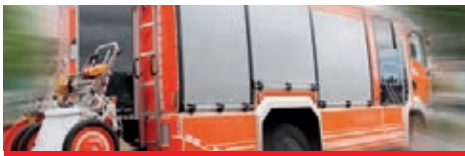


Jahresbilanz 2016





BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ

Newsletter +++ Newsletter +++ Newsletter +++ Newsletter +++ Newsletter +++ Newsletter +++ Newsletter +++



Anmeldung unter <https://nl-hessen.fs-medien.de> oder unter folgendem QR-Code



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Brand und Katastrophenschutz
Hessen

HESSEN



Ab sofort bietet das Hessische Ministerium des Innern und für Sport einen Newsletter an.

Für wen?

Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren sowie des Katastrophenschutzes, Brand- und Katastrophenschutzbeauftragte von Kreisen und Kommunen, Interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Worum geht es?

Aktuelle Meldungen zum Brand- und Katastrophenschutz in Hessen, Hinweise und Tipps zu gesetzlichen Neuerungen und Änderungen, Informationen zur Ehrenamtförderung.

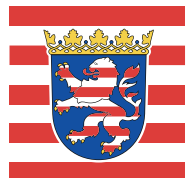


Anmeldung unter <https://sport.fs-medien.de> oder unter folgendem QR-Code



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

HESSEN



Ab sofort bietet das Hessische Ministerium des Innern und für Sport einen Newsletter an.

Für wen?

Sportinteressierte Bürgerinnen und Bürger, Vereinsvertreter, Verbandsverantwortliche.

Worum geht es?

Aktuelle Meldungen zum Sport in Hessen, Hinweise und Tipps zur Sportförderung, Informationen zu Förderprogrammen wie z.B. „Sport und Flüchtlinge“.



FÜR DIE SICHERHEIT UNSERES LANDES

Kein Thema hat die Bundesrepublik 2016 so sehr bewegt wie die Sicherheit. Der schreckliche Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz, die Fahndung nach dem Täter, Razzien im gesamten Bundesgebiet, die sich gegen die islamistische Szene richten oder sicherheitspolitische Initiativen, die zum Ziel haben, den Terror effektiver zu bekämpfen – all das hat uns im Innenministerium, aber auch die Bürgerinnen und Bürger in Hessen in besonderer Weise berührt. Die Wunden, die der schlimmste islamistische Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik hinterlassen hat, gehen tief – das gilt zuerst für die Familien und Angehörigen der unschuldigen Opfer, aber auch für jeden anderen in unserem Land.

Im September 2016 habe ich den islamistischen Terrorismus als „größte Gefahr für die Bevölkerung in unserem Land“ bezeichnet. Wenige Tage vor Weihnachten wurde dies traurige Gewissheit. Wir befinden uns weiterhin im Fadenkreuz von Extremisten, die unsere Art zu leben ablehnen und unsere freie Gesellschaft offen bedrohen. Auch wenn die Sicherheitsbehörden höchst wachsam sind und mit größtem Einsatz dafür arbeiten, Anschläge zu verhindern, kann es keine absolute Sicherheit geben. Nie war es in der 70-jährigen Geschichte Hessens wichtiger, dass wir über starke und leistungsfähige Sicherheitsbehörden verfügen. Deshalb hat die Hessische Landesregierung im letzten Jahr die richtigen Weichen gestellt. Bis 2020 stellen wir 1010 zusätzliche Polizisten in Hessen ein. 2017 beginnt der größte Ausbildungsjahrgang aller Zeiten. Außerdem stärken wir das Landesamt für Verfassungsschutz mit einem historischen Stellenplus von

rund 30 Prozent bis Ende 2017. Wir stellen unsere Sicherheitsbehörden personell aber auch materiell bestmöglich auf, um sie für den Kampf gegen den Terror und die zahlreichen weiteren Herausforderungen wie Organisierte Kriminalität, Cyberattacken oder den anderen Extremismusformen bestmöglich zu rüsten.

Zwar wurde das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt, doch zeigen repräsentative Umfragen, dass sich die überwältigende Mehrheit der Hessinnen und Hessen sicher fühlt in ihrem Land. Das ist nichts anderes als ein Vertrauensbeweis für die Sicherheitsbehörden und insbesondere für die Arbeit der Polizei. Die Kriminalstatistik 2016 hat auf eindrucksvolle Weise gezeigt, dass dieses Vertrauen gerechtfertigt ist. Noch nie wurden so viele Straftaten aufgeklärt, wie im letzten Jahr und die Wahrscheinlichkeit, auf der Straße Opfer von Kriminalität zu werden, wurde in den letzten 20 Jahren mehr als halbiert. Mit Blick auf die Gesamtstrafaten liegt Hessen im Ländervergleich der sogenannten „Häufigkeitszahl“ mit 6.672 Straftaten pro 100.000 Einwohner bundesweit auf dem zweiten Platz hinter Baden-Württemberg.

2016 war für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hessischen Innenministerium und seinen nachgeordneten Behörden ein arbeitsreiches, ein aufschlussreiches und ein wichtiges Jahr. Das gilt insbesondere für all jene, die für unsere Sicherheit Verantwortung übernehmen, aber auch für die Frauen und Männer die landesweit im Einsatz sind und mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen, Verbände, Vereine und nicht zuletzt die vielen Ehrenamtlichen professionell beraten, betreut und unterstützt wurden.

Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank.

Peter Beuth

Hessischer Minister des Innern und für Sport

INTERVIEWS



FÜR MICH WAR IM JAHR 2016 BESONDERS ...

... Statements von Innenminister Peter Beuth und Staatssekretär Werner Koch

Innenminister Peter Beuth

... **bewegend**, dass die ganze Welt sich mit der Bundesrepublik solidarisch gezeigt hat und um die umschuldigen Opfer des Terroranschlags in Berlin getrauert hat. Und auch, dass aus der Trauer über diese sinnlose Tat weder Hass noch Gewalt erwachsen ist. Diese Stärke werden die Mörder des Islamischen Staats nie verstehen.

... **erfreulich**, dass die deutschen und allen voran hessischen Paralympics-Teilnehmer in Rio wunderbare Botschafter des Behindertensports waren und gezeigt haben, dass das Leben trotz schwerer Schicksalsschläge weitergeht. Sie sind eine Inspiration für jeden in unserem Land.

... **wichtig**, dass der Bundestag endlich dem Schutzparagrafen, der hessischen Initiative für unsere Einsatzkräfte, zugestimmt hat. Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste müssen und werden nun auch künftig härter bestraft. Dafür haben wir lange gearbeitet.

Staatssekretär Werner Koch

... bewegend, dass sich mehr als 300 Frauen und Männer gemeldet haben, um ehrenamtlich als „Sport-Coaches“ an unserem Programm „Sport und Flüchtlinge“ teilzunehmen. Sie bekommen kein Geld für dieses tolle Engagement, dafür aber die Dankbarkeit des Landes und seiner Bürger.

... erfreulich, dass es uns gelungen ist, ein Sicherheitspaket zu schnüren, wie wir es noch nie in Hessen hatten. Es ist die Grundlage, um 2017 insgesamt 1.155 neue Polizisten einzustellen – eine nie dagewesene Investition für mehr Sicherheit in Hessen.

... wichtig, dass wir den Brand- und Katastrophenschutz in Hessen weiter zukunftsfähig aufgestellt und ausgestattet haben. Wir werden den Brandschutz in Hessen weiter flächendeckend sicherstellen. Zwei Beispiele für erfolgreiche Maßnahmen sind unsere Integrations- sowie die Nachwuchskampagne. Und nicht zuletzt: Die finanziellen Förderungen werden wir auf einem hohem Niveau beibehalten.



INHALT



EINFÜHRUNGEN 1

Vorwort	1
Interview	2
Interview	3

THEMEN, DIE BEWEGTEN 6-9

Sicherheitslage in Hessen	6
---------------------------	---

DAS HMDIS IN ZAHLEN 10-19

Polizei	10
Abschiebungen/Flüchtlinge	12
Feuerwehr/KatS	14
Kommunales	16
Sport	18

DAS JAHR 2016 IN BILDERN 20**JANUAR** 22-27

Rundreise Extremismusprävention	22
Polizeiliche Kriminalstatistik 2015	24
Kommunales Dienstleistungszentrum Cybersicherheit	26

FEBRUAR 28-29

Cybersicherheitsgipfel Hessen	28
Arbeitsreise in die Türkei und nach Griechenland	29

MÄRZ 30-31

Verkehrsunfallstatistik 2015	30
------------------------------	----

APRIL 32-37

Neue Sonderregelung	32
Brand- und Katastrophenschutz	33
Verbesserte Schutzausstattung für die Polizei	34
Frühjahrgespräch 2016	36

MAI 38-43

Bundesratsinitiative	38
Glücksspiel	40
Hessentag 2016	42

JUNI 44-49

Politisch motivierte Kriminalität	44
Veranstaltung „Wirtschaft trifft Blaulicht“	45
Integration in die Feuerwehren	46
Kooperationsvereinbarungen	47
IMK Schutzparagraf	48

JULI 50-55

Sicherheitspaket	50
Neue Prognose-Software des Landeskriminalamtes	52
Helferparty im Taunus-Wunderland	54
Start der Sommerkampagne	55

AUGUST 56-57

Olympische und Paralympische Spiele	56
-------------------------------------	----

SEPTEMBER 58-63

Kampf gegen religiösen Extremismus	58
Einstellungstermin	60
Doping	61
Jahresbericht 2015 des Landesamtes für Verfassungsschutz	62

OKTOBER 64-67

Kommunales Förderprogramm	64
Extremismusprävention in Hessen	66

NOVEMBER 68-72

Haushalt 2017	68
Polizeisportler des Jahres 2016	70
Sonderförderprogramm „Sport und Flüchtlinge“	71

DEZEMBER 73-79

Analyse des BKA, des BfV sowie des HKE	73
Herbstgespräch	75
Bürgermeistertagung in Echzell	76
Sportplakette	77
Geplante Gemeindefusion	78

PERSONELLES 80-83**IMPRESSUM** 84

THEMEN, DIE BEWEGTEN



ERFOLGREICHE POLIZEIARBEIT: DIE HESSEN LEBEN SICHER

Zusätzliche Verstärkung für Polizei: 1.010 neue Beamte bis 2020

Der feige Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche traf unser Land mitten ins Herz. Zwölf friedlich feiernde Menschen wurden von einem fanatischen Mörder des sogenannten Islamischen Staates in den Tod gerissen. Dass auch unsere freie und tolerante Gesellschaft im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus steht, wurde am vorweihnachtlichen Abend des 19. Dezember 2016 traurige Gewissheit. Auch in Hessen haben wir unmittelbar reagiert und die Polizei landesweit in Alarmbereitschaft versetzt und eine höchstmögliche Verfügbarkeit der Einsatzkräfte ge-

währleistet. Unsere Sicherheitsbehörden sind wachsam, präsent und haben das Vertrauen der Bevölkerung: Laut einer repräsentativen Umfrage des Hessischen Rundfunks vom 16. Januar 2017 fühlten sich dennoch rund vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern in Hessen sicher. Das Vertrauen der Bevölkerung haben die hessischen Polizeibediensteten auch im vergangenen Jahr unter schweren sicherheitspolitischen Bedingungen untermauert. Die Zahlen zeigen: Die Hessen leben sicher. Ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik der vergangenen Jahre zeigt, dass die Aufklärungsquote im Jahr 2016 mit 62,7 Prozent

Verbot mit Signalwirkung in die Szene: Seit dem Verbot der Vereinigung „Die wahre Religion“ im November 2016 sind die Lies!-Stände wie hier auf der Frankfurter Zeil verboten.



den höchsten jemals erhobenen Wert erreicht hat. Im Gegensatz zu den 90er-Jahren mit einer Aufklärungsquote von unter 50 Prozent ist es mittlerweile überwiegend wahrscheinlich, dass eine Straftat in Hessen aufgeklärt wird.

KEINE FANATIKER IN UNSEREN FUSSGÄNGERZONEN

Wie effizient und konsequent die hessische Polizei dabei vor allem auch gegen die Organisierte Kriminalität sowie gegen islamistische Extremisten vorgeht, haben die Einsätze zu Beginn des Jahres 2017, aber auch im Herbst 2016 bewiesen: Bei einer großangelegten Razzia zerschlugen hessische Sicherheitskräfte am 1. Februar 2017 ein weitverzweigtes salafistisches Netzwerk. **„Mit den Maßnahmen senden wir eine deutliche Botschaft an die radikalen Islamisten in Hessen: Wir haben die Szene fest im Blick. Und wir werden unsere Bürgerinnen und Bürger mit allen Mitteln des Rechtsstaats vor Terror und Gewalt schützen. Wir dulden in unserem Land keine verblendeten Fanatiker, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen, die unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit Hassbotschaften verbreiten und zum Kampf gegen Andersgläubige aufrufen“, so Innenminister Peter Beuth.**

Im November ist den Behörden ebenfalls ein wichtiger Schlag gelungen: Mit dem Verbot der Vereinigung „Die wahre Religion“ und der damit verbundenen „Lies!“-Aktion ist bundesweit ein wesentlicher

Radikalisierungsfaktor ausgelöscht. „Wir dulden in unseren Fußgängerzonen keine Fanatiker, die versuchen, junge Menschen zu radikalieren und in den Dschihad zu schicken. Wer Hassbotschaften verbreitet, kann sich nicht auf die Religionsfreiheit berufen – das wurde mit dem Verbot unterstrichen. Außerdem verfügen unsere Ordnungs- und Sicherheitsbehörden nun über ein weiteres, effektives Instrument im Kampf gegen den gewaltbereiten Salafismus. Jegliche Tätigkeit von ‚LIES!‘, auch die Durchführung von Koranverteilungsaktionen, ist nun verboten“, sagte Innenminister Peter Beuth. Das Verbotverfahren des Bundesinnenministeriums war auf Anregung und mit umfangreicher Unterstützung Hessens vorangetrieben worden.

KEIN PLATZ FÜR HASSPREDIGER IN HESSEN

Zudem durchsuchte die hessische Polizei nur eine Woche später im Rahmen eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Kasseler Verein „Almadinah Islamischer Kulturverein e.V.“ Objekte im Raum Kassel. Diese Maßnahmen zielten auf den Missbrauch einer Religion durch Fanatiker ab, die unter dem Deckmantel der Religion hinter verschlossenen Türen extremistische Ideologien propagieren. Sie richteten sich gezielt gegen einen Treffpunkt der Salafisten-Szene, in dem zum Jihad aufgerufen und Hass gegen die tolerante Gesellschaft geschürt wird. Das Ermittlungsverfahren sei eine weitere wichtige Maßnahme, um der Gefahr des Salafismus in Hessen effektiv und mit den Mitteln



Die Hessen leben sicher – objektiv gemessen an der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016, als auch laut des subjektiven Sicherheitsempfindens des HR-Hessentrends im Januar 2017

eines wehrhaften Rechtsstaats zu begegnen, so Innenminister Peter Beuth.

KONSEQUENTER KAMPF GEGEN DIE ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Anfang November gingen unter Führung des Hessischen Landeskriminalamtes mehr als eintausend Polizeikräfte bundesweit gegen die Rocker-ähnliche Gruppierung „Osmanen Germania“ vor und durchsuchten Wohnungen und Objekte im Rockermilieu. Die konzertierte Aktion war ein sorgfältig geplanter Schlag gegen die Organisierte Kriminalität in der Bundesrepublik und machte deutlich, dass die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gemeinsam mit aller Härte des Rechtsstaats gegen sie vorgehen.

Die jüngsten Erfolge zeigen jedoch auch, dass die Einsatzkräfte zurzeit zahlreiche Herausforderungen bewältigen müssen. Neben der Bedrohung durch den Terrorismus und der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zählen der Wohnungseinbruchdiebstahl oder der ganz normale polizeiliche Arbeitsalltag, der großes Engagement von den Beamtinnen und Beamten verlangt, dazu.

BEISPIELLOSE EINSTELLUNGSOFFENSIVE BESCHLOSSEN

Die Hessische Landesregierung hat deshalb ein Sicherheitspaket geschnürt, das mit einer beispiel-

losen Einstellungsoffensive bei Polizei und Verfassungsschutz verbunden ist. Bis zum Jahr 2020 werden mehr als 1.000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte für mehr Sicherheit in Hessen sorgen. Diese Frauen und Männer werden über den natürlichen Nachwuchsbedarf der Polizei hinaus eingestellt, der sich aus dem ruhestandsbedingten Ersatz ergibt. Konkret bedeutet das alleine für 2017, dass mit 1.155 Polizeianwärtern der größte Jahrgang das Polizeistudium aufnehmen wird. Ein historischer Zuwachs und eine notwendige Investition in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, wie Innenminister Peter Beuth stets betont. Bis zum Ende des Jahres 2017 wird auch das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz ein 30-prozentiges Stellenplus erfahren.

TERRORGEFAHR: NETZWERKE AUFKLÄREN, ANSCHLÄGE VERHINDERN

Mit den zusätzlichen Stellen bei der Polizei wird neben der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, Cybercrime und der Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum vor allem auch der Staatsschutz zur Extremismusbekämpfung mit rund 200 Stellen gestärkt. Oberstes Ziel ist es dabei, eine terroristische Anschlagplanung bereits im Anfangsstadium zu erkennen und zu verhindern.

Dass sich Deutschland im Fadenkreuz von islamistischen Extremisten befindet, die unsere Art zu leben

ablehnen und unsere freie Gesellschaft offen bedrohen, hat sich nicht erst seit den schrecklichen Anschlägen in Frankreich, Belgien, aber auch in Bayern, gezeigt. Auch wenn die Sicherheitsbehörden höchst wachsam sind und mit größtem Einsatz dafür arbeiten, Anschläge bei uns zu verhindern, sind wir alle aufgefordert, aufmerksam zu sein.

PRÄVENTION UND REPRESSION ZUM SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der anhaltenden terroristischen Bedrohungslage wurden durch die Polizei seit geraumer Zeit Vorkehrungen getroffen. Das heißt: Die Präsenz der Sicherheitskräfte sowie der Fahndungs- und Kontrolldruck sind erheblich erhöht worden. Das Land hat Schutzmaßnahmen für die kritische Infrastruktur in Hessen getroffen und ein Programm erarbeitet, mit dem ganz unmittelbar auf solche Situationen reagiert werden kann.

Parallel hat das Land bereits im Jahr 2015 ein umfangreiches Präventionsprogramm initiiert und ein Hessisches Kompetenzzentrum gegen Extremismus im Landespolizeipräsidium eingerichtet. Landesweit arbeiten Experten mit jungen Menschen und ihren Angehörigen zusammen, um eine islamistische Radikalisierung zu verhindern.

Die Sicherheitsbehörden stellen sich aber nicht nur auf die Gefahr des Terrors ein. Straßenkriminalität und Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) – zwei Phänomenbereiche, die die Bevölkerung unmittelbar belasten – werden nach wie vor konsequent bekämpft. Dabei ist die niedrigste Fallzahl aller Zeiten bei der Straßenkriminalität ein guter Beleg dafür, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Polizei gerechtfertigt ist.

ZAHL DER WOHNUNGSEINBRÜCHE IM LANGZEITVERGLEICH MASSIV GESUNKEN

Auch die Zahl der WED-Straftaten ist seit den 90er-Jahren in Hessen um mehr als 40 Prozent gesunken: 10.405 Wohnungseinbrüche zählte die hessische Polizei im vergangenen Jahr. Dennoch gibt sich die Landesregierung nicht mit diesen Zahlen zufrieden, denn der Wohnungseinbruchdiebstahl stellt nach wie vor ein Problem nicht nur in Hessen dar.

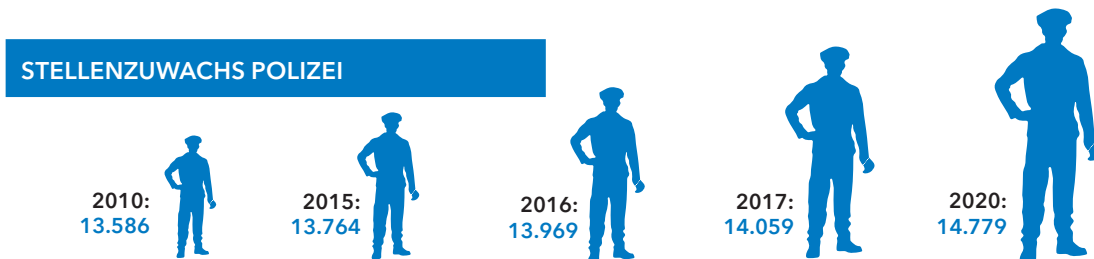


Um dem Problem Herr zu werden, setzt die Polizei in Hessen auf vielfältige Maßnahmen in den Bereichen Prävention und Repression. Einerseits bietet sie allen Bürgerinnen und Bürgern umfangreiche Beratung im Rahmen ihrer Präventionsarbeit an und zeigt praktisch, wie die eigenen vier Wände sicherer werden. Andererseits setzt sie auf einen erhöhten Fahndungs- und Kontrolldruck insbesondere gegen bandenmäßige Einbrechergruppen. Eigens dafür ist Hessen einer Länderkooperation mit Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beigetreten, welche reisenden Tätern durch eine intensiviertere länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden die Arbeit erschweren und die Einbruchskriminalität eindämmen soll.

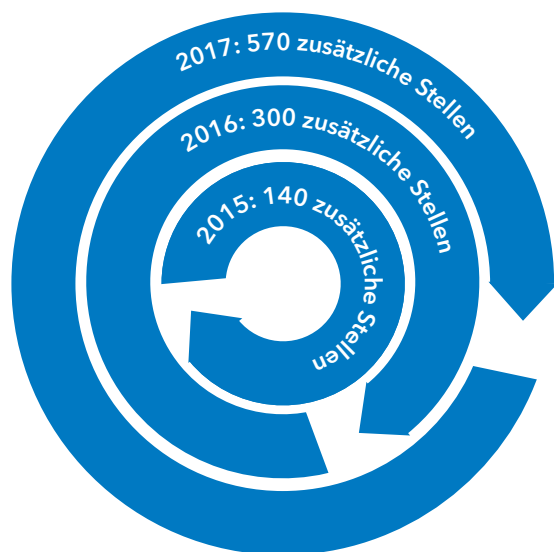
INNOVATIVE ANALYSE-SOFTWARE UNTERSTÜTZT POLIZEIARBEIT

Zudem könnte eine technische Innovation aus dem Bereich der Polizei den Kampf gegen Einbrecherbanden revolutionieren: Das Computer-Programm „KLB-operativ“, erfunden und entwickelt von hessischen Polizisten, erlaubt es künftig, mögliche Einbruchziele zu prognostizieren und Täter durch den zielgerichteten Einsatz polizeilicher Kräfte im direkten Tatumsfeld dingfest zu machen. Die Software ist ein modernes Instrument gegen Wohnungseinbruchdiebstahl und wird im nächsten Jahr hessenweit zum Einsatz kommen. |

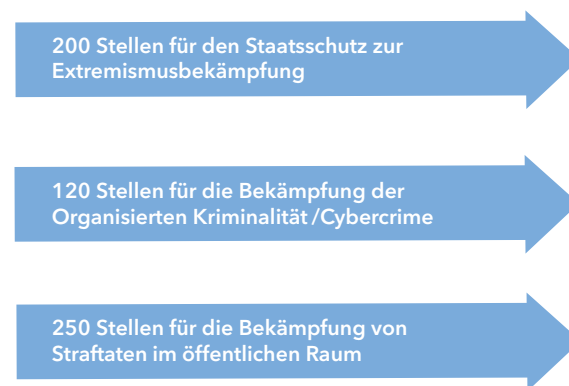
Etwa 14.000 Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen sorgen für die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Hessen ist dabei eines der sichersten Bundesländer. Im Jahr 2016 hat die Hessische Landesregierung ein umfangreiches Sicherheitspaket auf den Weg gebracht, das unser Land in Zukunft noch sicherer machen wird.



Bis 2020: 1.010 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte



Mit den 570 zusätzlichen Stellen des Sicherheitspakets für die hessische Polizei im Jahr 2017 werden diese Themenschwerpunkte gestärkt:



„VERBESSERUNGEN FÜR DIE POLIZEI“

Die angespannte Sicherheitslage hat das ohnehin breit gefächerte Aufgabenspektrum der hessischen Polizei noch zusätzlich erhöht. Diesen Belastungen hat die Hessische Landesregierung im Jahr 2016 mit mehreren Maßnahmen Rechnung getragen:

- Anhebung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
- 15 Millionen Euro zur Auszahlung von rund 800.000 Überstunden
- 500 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten
- Einführung einer Zulage für operative Einheiten
- Zusätzlich 100 Wachpolizisten
- Kein Stellenabbau in der Polizeiverwaltung

GRAFIK „INVESTITIONEN IN DIE SICHERHEIT“

- Haushalt 2017: Mittel zur Förderung der Videoüberwachung in hessischen Kommunen werden auf rund 1,3 Millionen Euro mehr als vervierfacht
- 3,8 Millionen Euro für die Extremismus-Prävention, davon allein 1,2 Millionen Euro für die Salafismusprävention
- 850 Medienpakete zur Extremismusprävention an Schulen

VERKEHRSUNFÄLLE

	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamtunfälle	133.751	131.761	130.906	135.625	141.133
Unfälle mit Personenschaden	21.707	20.594	21.238	21.192	21.350
Unfälle mit Sachschaden	112.044	111.167	109.668	114.433	119.783
Sachschaden in Mio.	413	415	405	421	448

LANGZEITVERGLEICH POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK

	1998 Hessen	2015 Hessen	2015 Bund	2016 Hessen	2016 Bund
Straftaten insgesamt	446.877	403.188	6.330.649	412.104	6.372.526
• Aufklärungsquote	47,4 %	59,9 %	56,3 %	62,7 %	56,2 %
• Häufigkeitszahl*	7.409	6.616	7.797	6.672	7.755

	1998 Hessen	2015 Hessen	2015 Bund	2016 Hessen	2016 Bund
Wohnungseinbruchdiebstahl	15.679	11.595	167.136	10.405	151.256
• Versuchsquote	32,6 %	43,8 %	42,7 %	46,5 %	44,3 %
• Aufklärungsquote	9,6 %	21,6 %	15,2 %	21,2 %	16,9 %
• Häufigkeitszahl*	260	190,3	205,8	168,5	184,1

*Straftaten pro 100.000 Einwohner

UNFÄLLE NACH STRASSENKLASSEN

Strassenklasse	2012	2013	2014	2015	2016
Autobahnen	15.049	14.852	14.963	15.916	17.222
Bundesstraßen	21.403	20.427	20.259	21.108	21.183
Landstraßen	23.415	22.527	21.717	23.008	23.669
Kreisstraßen	10.850	10.295	10.535	10.816	1.069
Sonstige Straßen	63.034	63.660	63.432	64.777	67.991



Hessenweit sind 99 Body-Cams zum Schutz von Polizeibeamten im Einsatz.

AUSSTATTUNGSOFFENSIVE

1.

Hessenweit 99 Body-Cams zum Schutz von Polizeibeamten im Einsatz

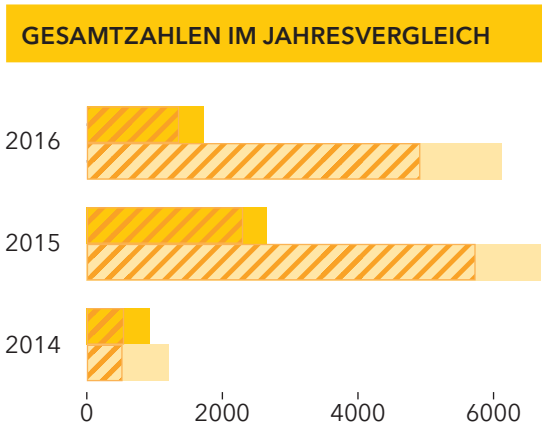
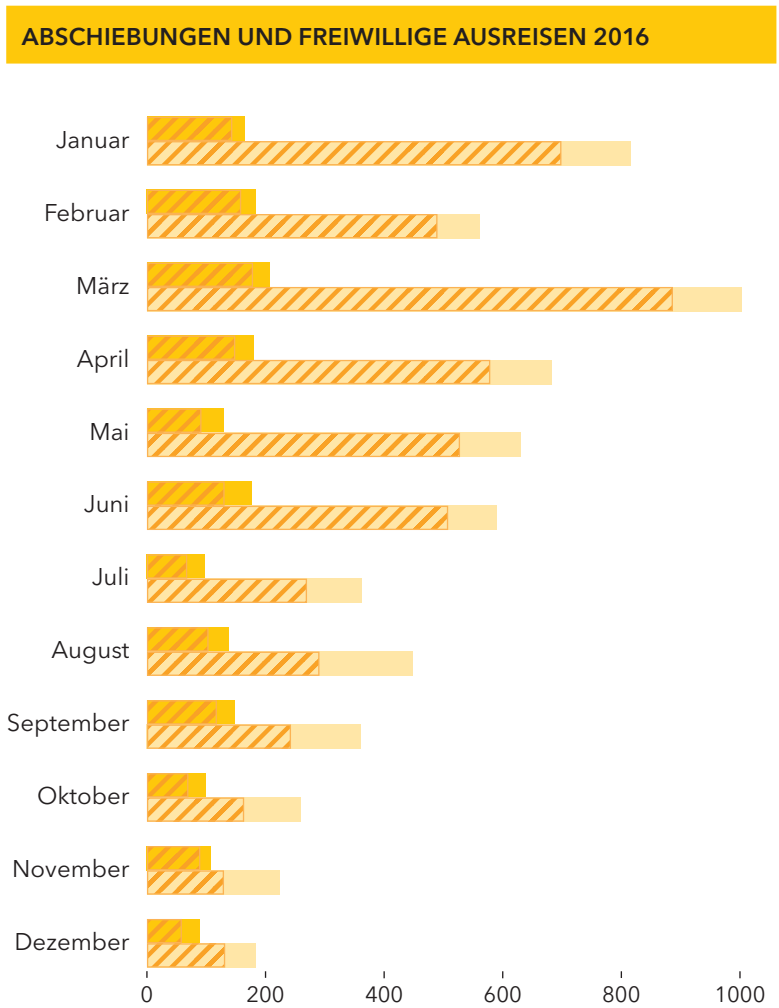
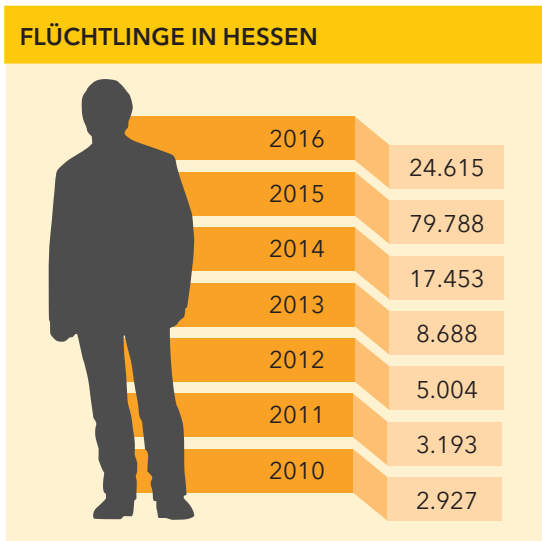
2.

Prognose-Software „KLB operativ“ in Pilotregionen im Einsatz; für 2017 ist die Ausweitung auf ganz Hessen geplant.

3.

850 neue Schutzausrüstungen für Spezialeinheiten und Interventionsteams

Menschen, deren Asylantrag im Asylverfahren nach eingehender Prüfung abgelehnt wurde, können aus Deutschland in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Die zeitnahe Aufenthaltsbeendigung von abgelehnten Asylbewerbern hat bei den beteiligten Behörden Priorität. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch bei einem abgelehnten Asylantrag nur dann eine Abschiebung erfolgen kann, wenn kein Abschiebungsverbot aus humanitären Gründen besteht oder subsidiärer Schutz gewährt werden soll.

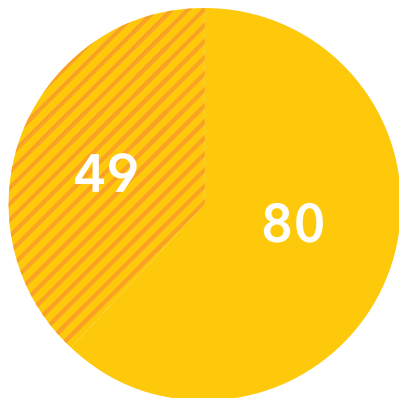
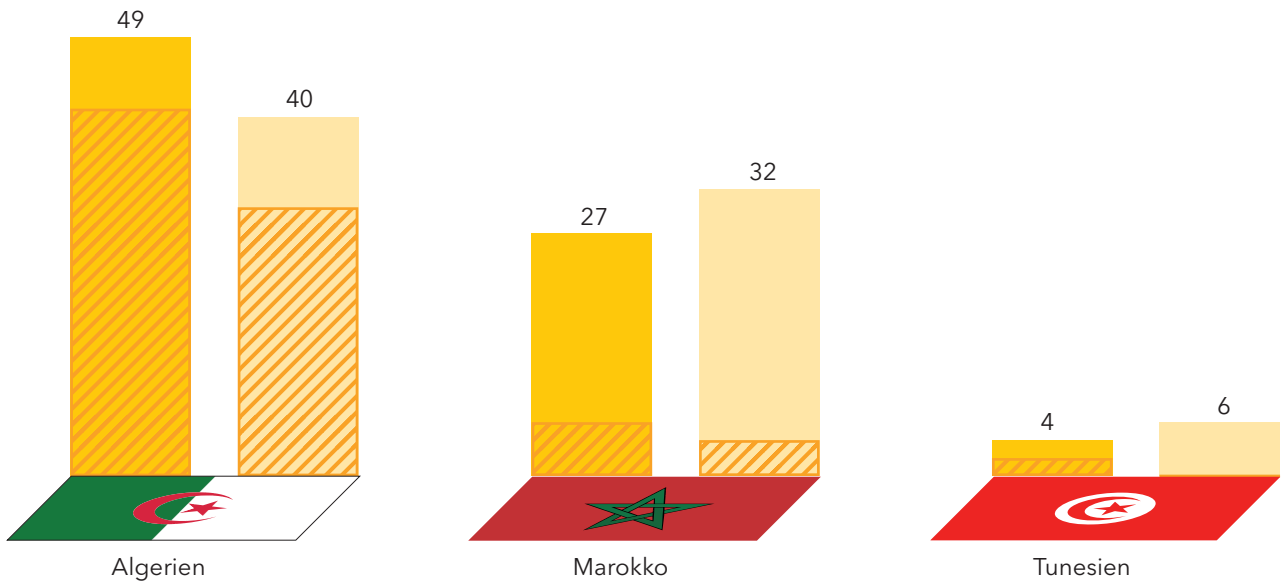


Abschiebungen
 Freiwillige Ausreisen
 davon erfolgslose Asylsuchende

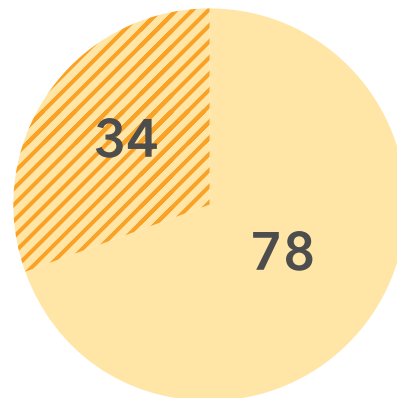
TOP 5 HAUPHERKUNFTSLÄNDER DER ABGESCHOBENEN



ABSCHIEBUNGEN UND AUSREISEN IN DEN MAGHREB-STAATEN

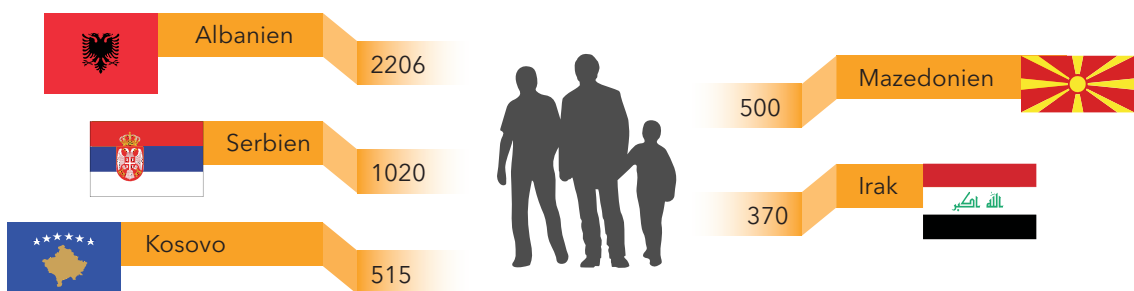


Abschiebung
in den Maghreb-Staaten 2016



Freiwillige Ausreisen
in den Maghreb-Staaten 2016

TOP 5 HAUPHERKUNFTSLÄNDER DER FREIWILLIG AUSREISENDEN





Der Brand- und Katastrophenschutz basiert in Hessen vor allem auf ehrenamtlichem Engagement. Ohne den freiwilligen Einsatz zu jeder Tages- und Nachtzeit wären die Sicherung des Brandschutzes und die Allgemeine Hilfe in Hessen nicht zu leisten.

FÖRDERUNG FEUERWEHR-GEBÄUDE UND -FAHRZEUGE

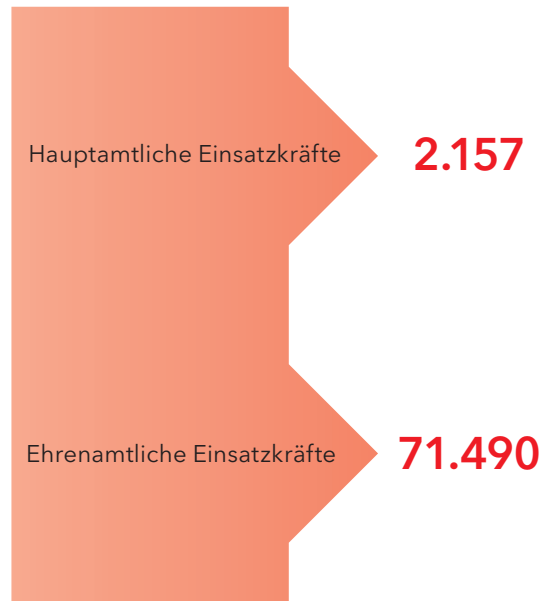
10-Jahres-Bilanz: Insgesamt fast 300 Feuerwehrhäuser und mehr als 1.000 Fahrzeuge mit rund 105 Millionen Euro gefördert

2016: insgesamt 34 Feuerwehr-Häuser und 136 Feuerwehr-Fahrzeuge gefördert

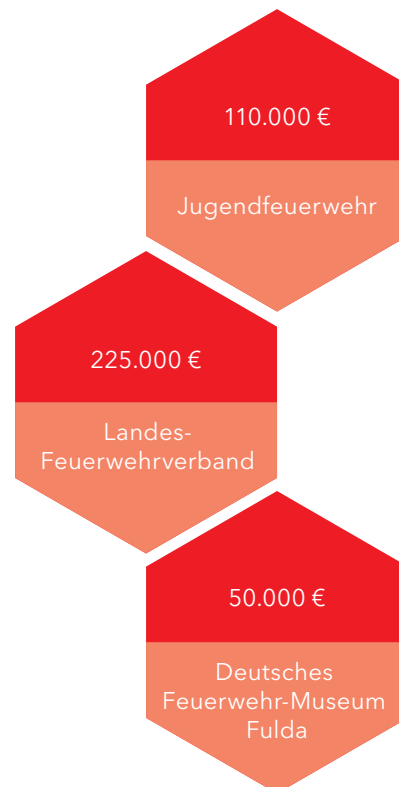
Zuwendungen

Landkreise		
Bergstraße	66.500,00 €	336.990,50 €
Darmstadt-Dieburg	78.100,00 €	258.688,10 €
Fulda	364.700,00 €	895.278,72 €
Gießen	693.520,00 €	398.596,46 €
Groß-Gerau	85.200,00 €	139.500,00 €
Hersfeld-Rotenburg	1.098.050,00 €	222.126,20 €
Hochtaunus	139.800,00 €	109.500,00 €
Kassel (Kreis)	79.920,00 €	530.182,26 €
Frankfurt	-	11.250,00 €
Wiesbaden	-	25.311,00 €
Lahn-Dill	153.650,00 €	338.007,73 €
Limburg-Weilburg	132.605,60 €	158.938,10 €
Main-Kinzig	112.200,00 €	343.064,30 €
Main-Taunus	398.280,00 €	111.000,00 €
Marburg-Biedenkopf	76.650,00 €	429.948,76 €
Odenwald	64.400,00 €	260.591,13 €
Offenbach (Kreis)	-	270.850,00 €
Rheingau-Taunus	169.500,00 €	485.306,06 €
Schwalm-Eder	199.200,00 €	695.440,50 €
Vogelsberg	83.250,00 €	392.128,60 €
Waldeck-Frankenberg	254.500,00 €	634.284,56 €
Werra-Meißner	-	264.752,40 €
Wetterau	136.150,00 €	333.750,00 €
Gesamt	4.386.175,60 €	7.635.485,38 €

BRANDSCHÜTZER IN HESSEN



SONSTIGE FÖRDERUNGEN IM BEREICH BRANDSCHUTZ



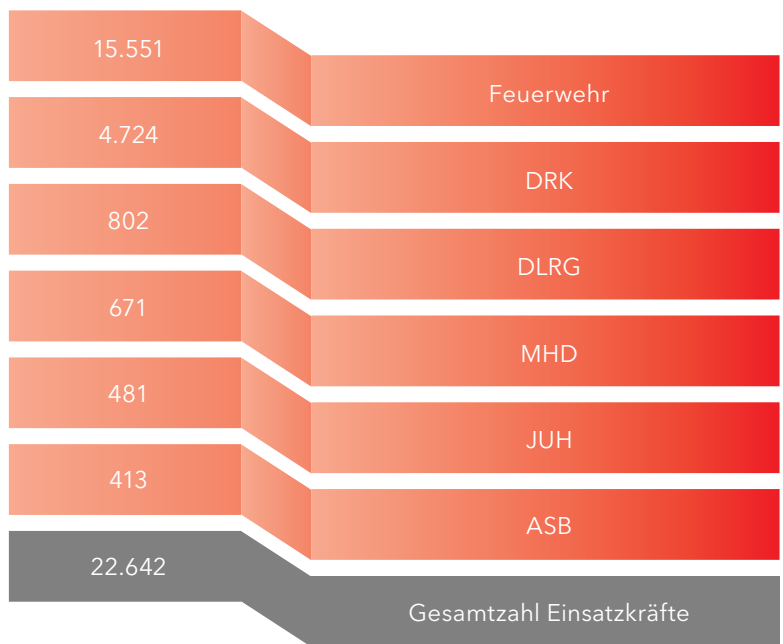
INFOKASTEN

Hessen verfügt unter anderem über insgesamt 52 Betreuungszüge, 38 Sanitätszüge und vier Medizinische Task Forces (MTF) sowie rund 400 KatS-Löschzüge.

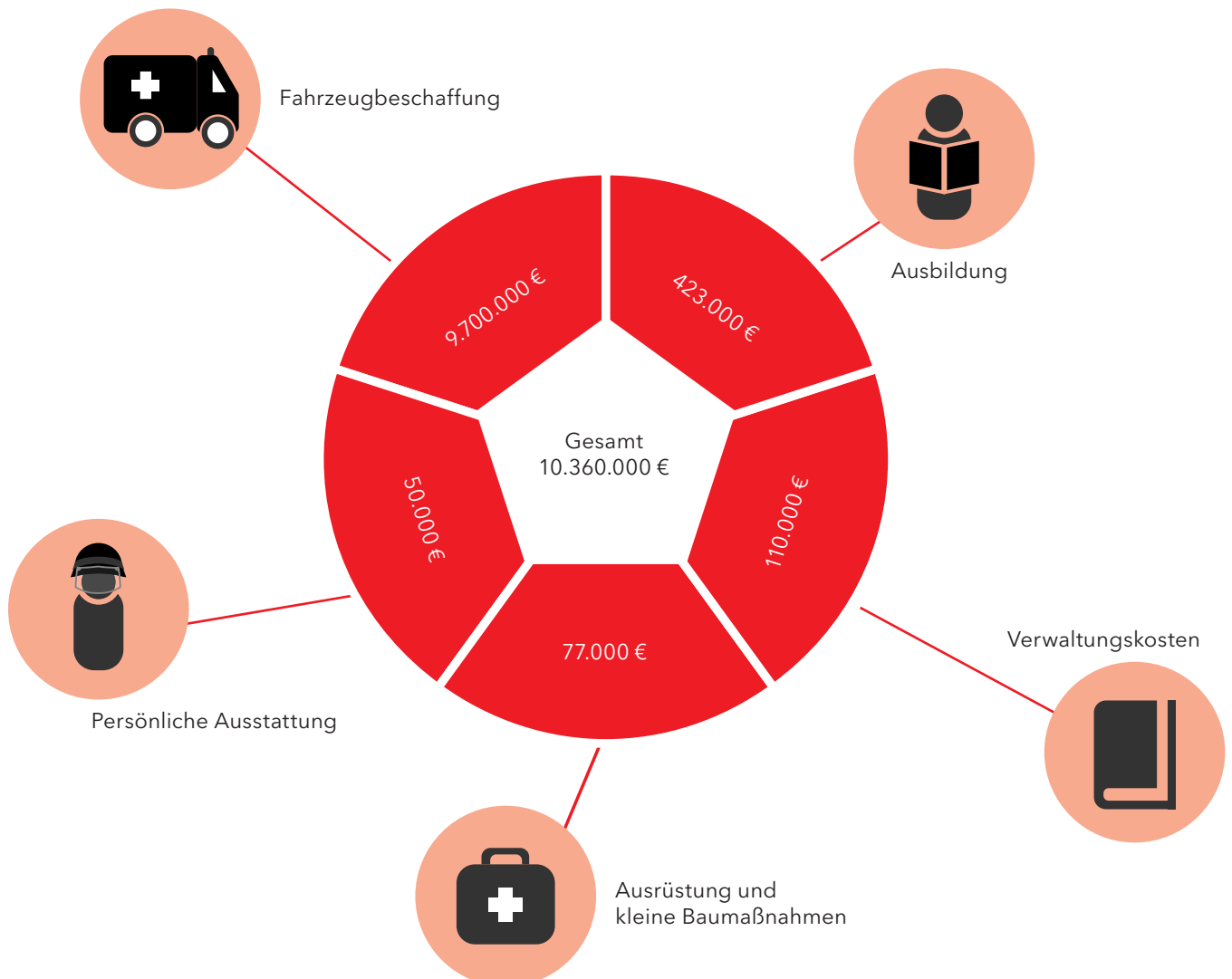
Im Rahmen der Ausstattungsoffensive wurden seit dem Jahr 2008 mehr als 50 Millionen Euro in die Ausstattung investiert. Die Helferinnen und Helfer verfügen über die umfangreichste und modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes.

Die über 80.000 Angehörigen der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen – Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser Hilfsdienst (MHD) – sowie des THW geben jeden Tag aufs Neue ihr Bestes, um die Bürgerinnen und Bürger des Landes vor Schaden zu bewahren.

EINSATZKRÄFTE IN DEN KATASTROPHENSCHUTZEINHEITEN



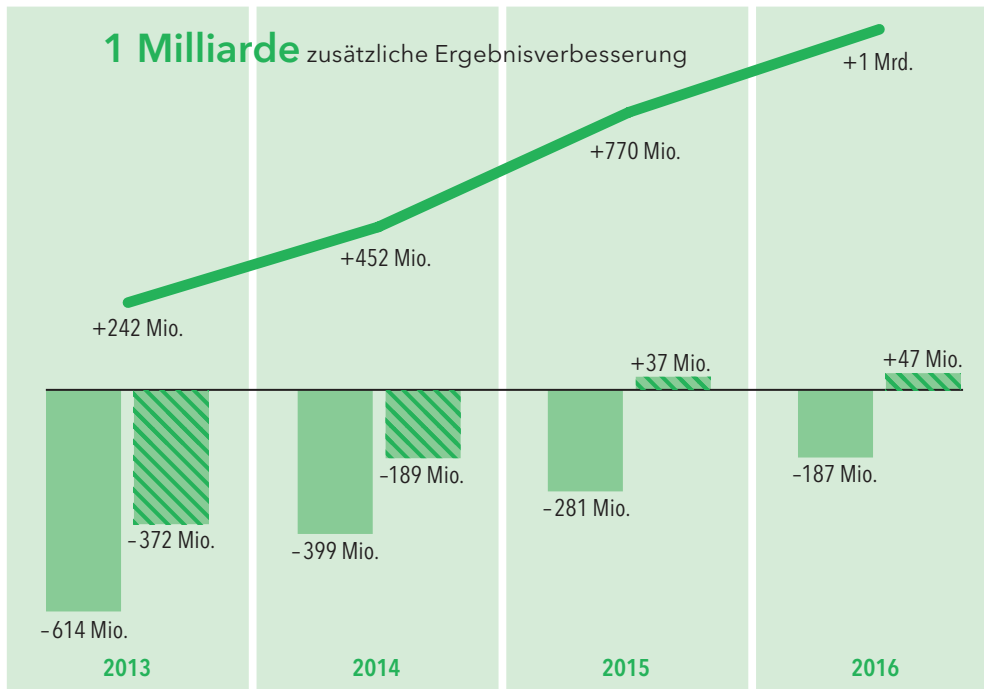
FÖRDERUNG KATASTROPHENSCHUTZ IM JAHR 2016



Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport ist auch „Kommunalministerium“ und trägt insofern eine besondere Verantwortung für die hessischen Gemeinden und Landkreise.

KOMMUNALER SCHUTZSCHIRM

Prognostizierte Gesamtergebnisse (Ordentliches Ergebnis) der Schutzschirmkommunen (in Euro)*



*Hochrechnungen der Schutzkommunen zum Stand 31.08.2016; Stand der Berichtsabwertung: November 2016

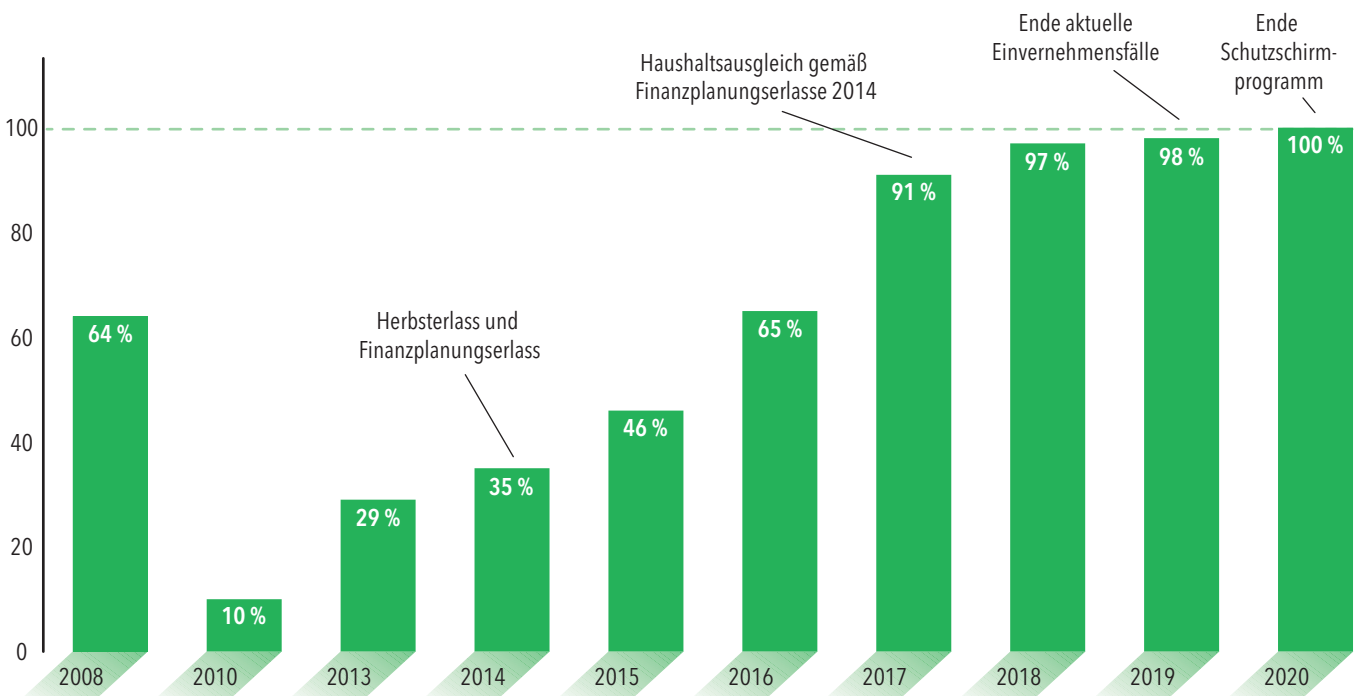
HAUSHALTSJAHRE 2013 - 2016

Die 100 Schutzschirmkommunen rechnen in Summe mit einem **zusätzlichen Defizitabbau von rund 1 Milliarde Euro** im Vergleich zu den Konsolidierungsverträgen.

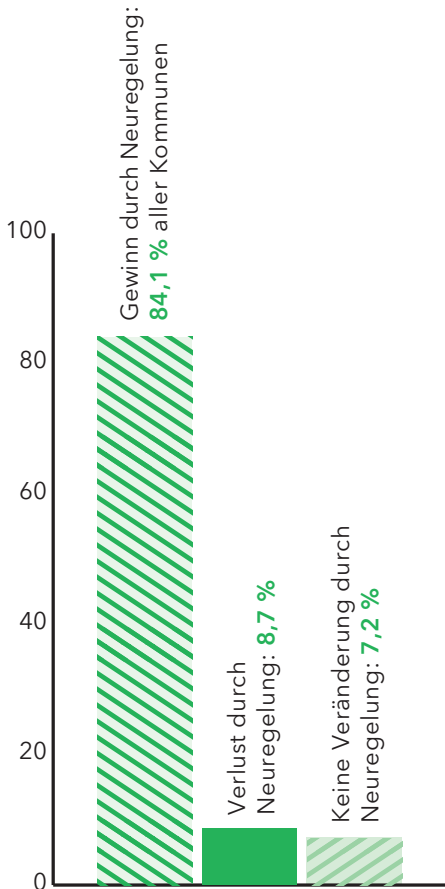
Dies bedeutet in gleicher Höhe eine verhinderte Neuverschuldung / Eigenkapitalvernichtung!

- Summierte Ergebnisverbesserungen
- SOLL lt. Vertrag
- IST lt. Bericht (bzw. Hochrechnung)

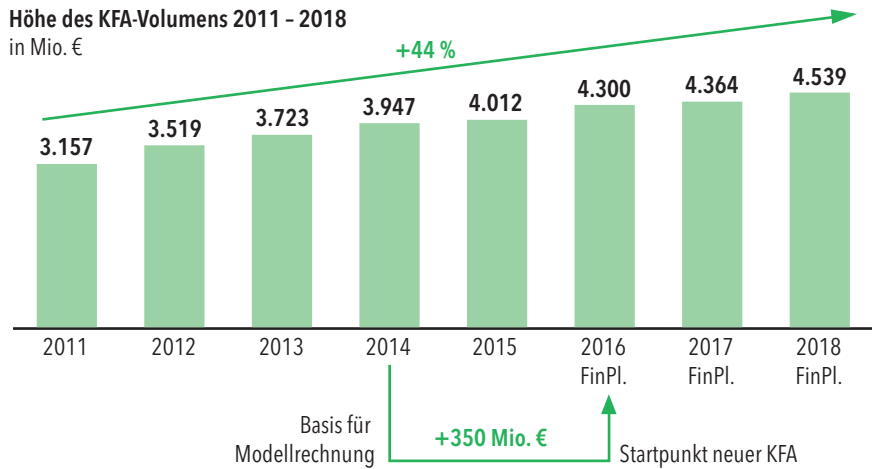
HAUSHALTSENTWICKLUNG ALLER HESSISCHEN STÄDTE UND GEMEINDEN



KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH



KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH - JAHRESVERGLEICH 2011 BIS 2018

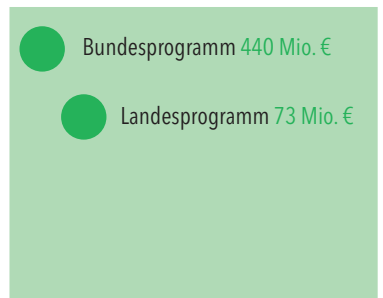


KOMMUNALE INVESTITIONSPROGRAMME

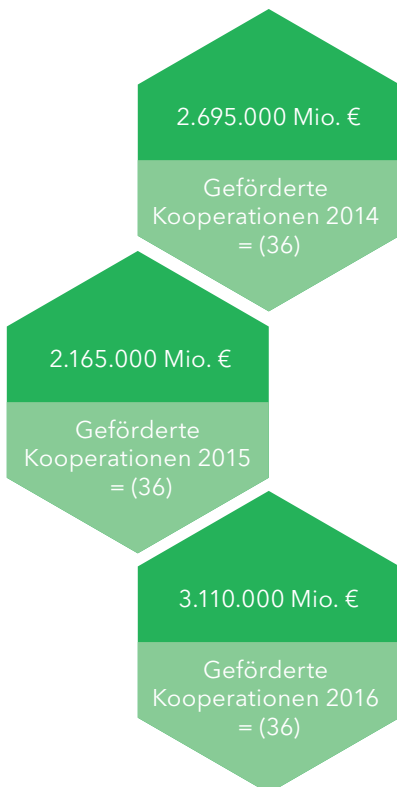
Kommunalinvestitionsprogramm - KIP



KIP macht Schule! - Grundstruktur

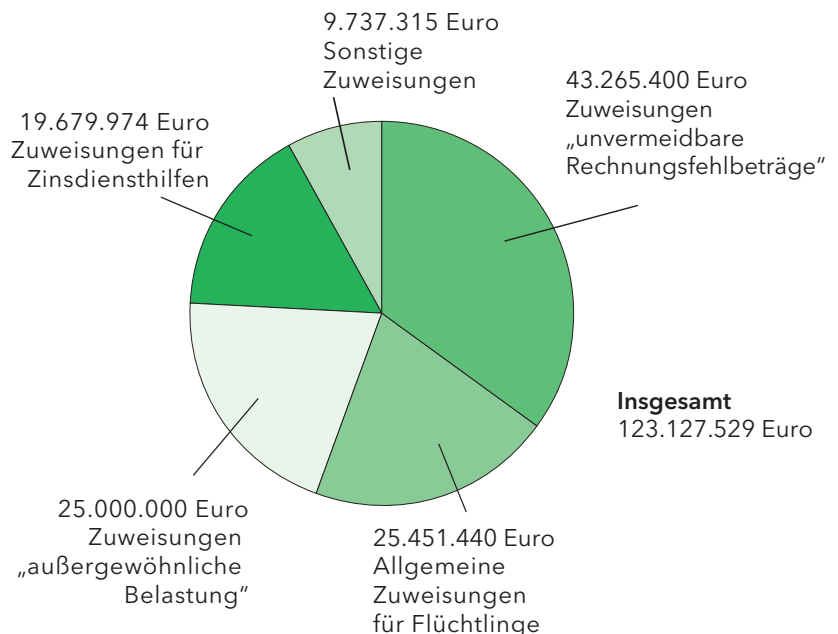


INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT



▶ **447 hessische Kommunen**

AUSGABEN DES LANDESAUSGLEICHSTOCKS 2016



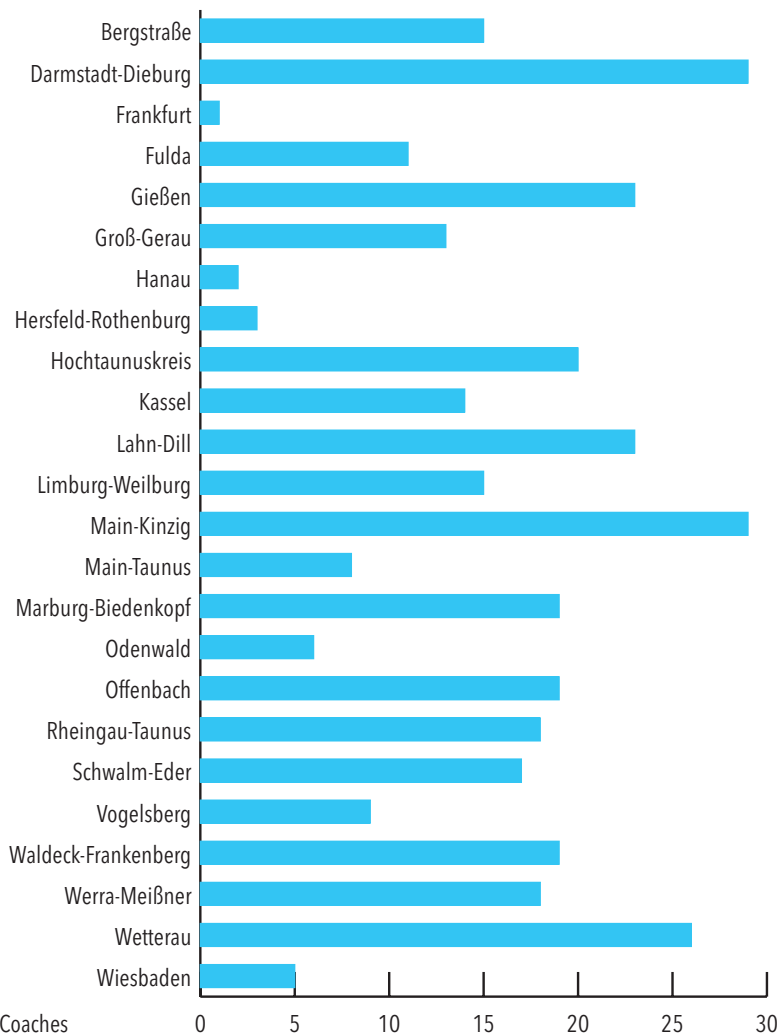
Sport ist eine der wichtigsten und erfolgreichsten gesellschaftlichen Organisationen. Es ist deshalb eine unverzichtbare Aufgabe für die Hessische Landesregierung, den Sport in all seinen Facetten zu stärken und zu fördern.

FÖRDERUNGEN AUS DEN BEREICHEN BEHINDERTENSPORT UND INKLUSION 2016			
Sportkreis Fulda-Hünfeld e. V.	4.000,00 €	4/5/2016	Fulda
Hessischer Gehörlosen-Sportverband e. V.	8.000,00 €	4/21/2016	Hessen
Hessischer Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband e. V.	17.000,00 €	4/21/2016	Hessen
Hessischer Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband e. V.	360.000,00 €	5/2/2016	Hessen
Förderverein Rollstuhlbasketball Rhein-Main e. V.	14.000,00 €	5/2/2016	Frankfurt
Landessportbund Hessen e. V.	15.180,00 €	5/11/2016	Hessen
Special Olympics Deutschland	30.000,00 €	10/17/2016	Hessen
Turngemeinde Rüdeshcim 1847 e. V.	1.700,00 €	11/17/2016	Rheingau-Taunus
Hünfelder Sportverein 1919 e. V.	2.000,00 €	11/17/2016	Fulda
Sektion Darmstadt-Starkenburg d. DAV e. V.	2.000,00 €	11/22/2016	Darmstadt
Rehasport Lollar e. V.	2.000,00 €	11/28/2016	Gießen
Academy Reha- und Gesundheitssport Obervellmar (ARGO) e. V.	2.000,00 €	11/28/2016	Kassel
Sektion Wiesbaden des Deutschen Alpenvereins e. V.	2.000,00 €	12/4/2016	Wiesbaden
Wassersport-Vereinigung 1919 Cassel e. V.	2.000,00 €	12/5/2016	Kassel
Gesamtsumme	461.880,00 €		

SPORT UND FLÜCHTLINGE

INFOKASTEN

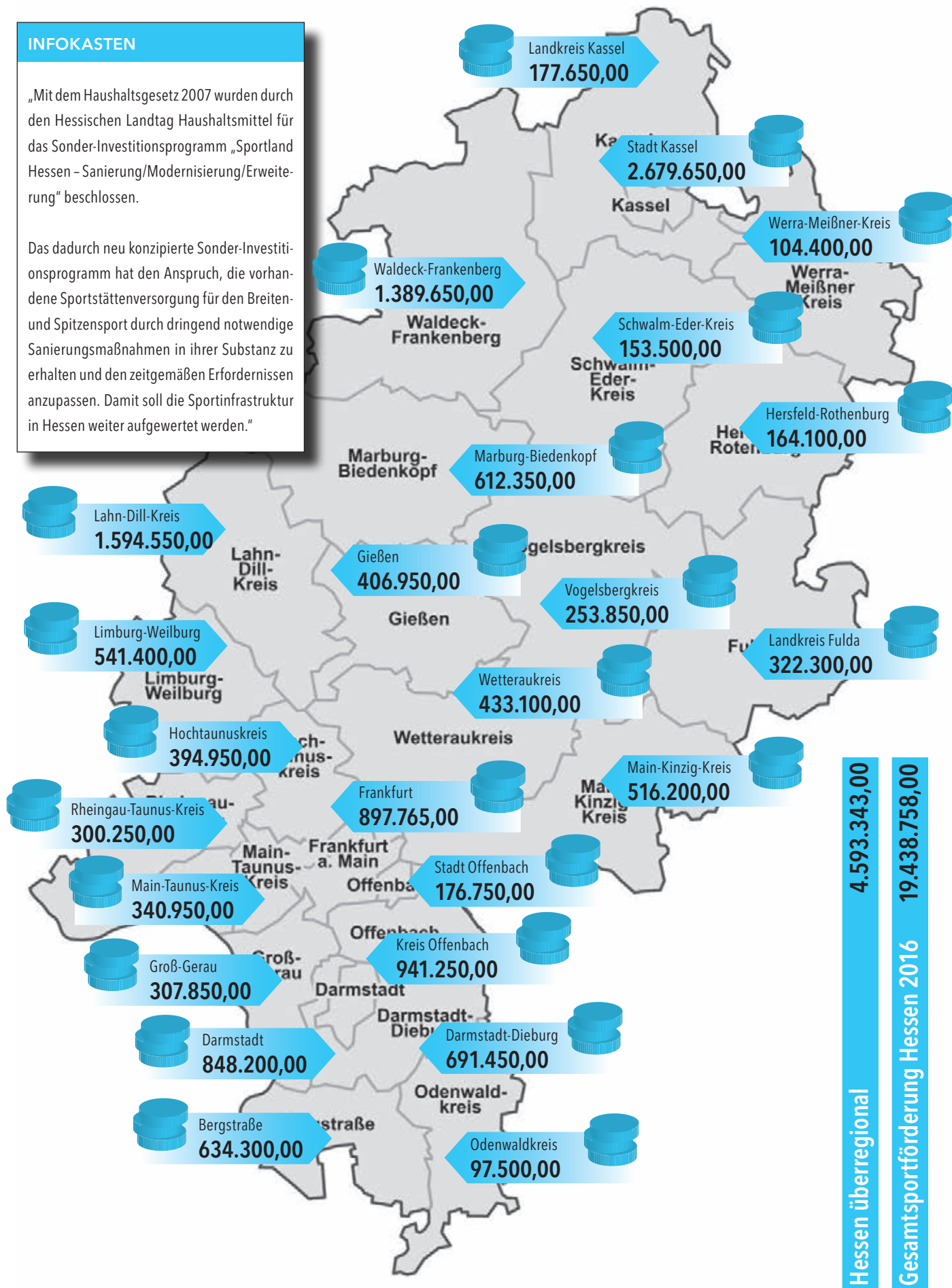
Antragsberechtigt sind Städte und Gemeinden, die mehr als 40 Flüchtlinge untergebracht haben. Kommunen, die weniger als 40 Flüchtlinge untergebracht haben, können in Form einer Interkommunalen Zusammenarbeit Anträge stellen. Je nach Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge kann eine Förderung von 5.000 bis zu 25.000 Euro bewilligt werden. Städte und Gemeinden, in denen eine Erstaufnahmeeinrichtung, eine Außenstelle oder Notunterkunft besteht, können zusätzliche Mittel bis zu 15.000 Euro beantragen. Das Geld kann eingesetzt werden für die Aufwandsentschädigungen der Sport-Coaches, Übungsleiter, Schulungsmaßnahmen oder Sachmittel.



INFOKASTEN

„Mit dem Haushaltsgesetz 2007 wurden durch den Hessischen Landtag Haushaltsmittel für das Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen – Sanierung/Modernisierung/Erweiterung“ beschlossen.

Das dadurch neu konzipierte Sonder-Investitionsprogramm hat den Anspruch, die vorhandene Sportstättenversorgung für den Breiten- und Spitzensport durch dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen in ihrer Substanz zu erhalten und den zeitgemäßen Erfordernissen anzupassen. Damit soll die Sportinfrastruktur in Hessen weiter aufgewertet werden.“



DAS JAHR 2016 IN BILDERN





JANUAR



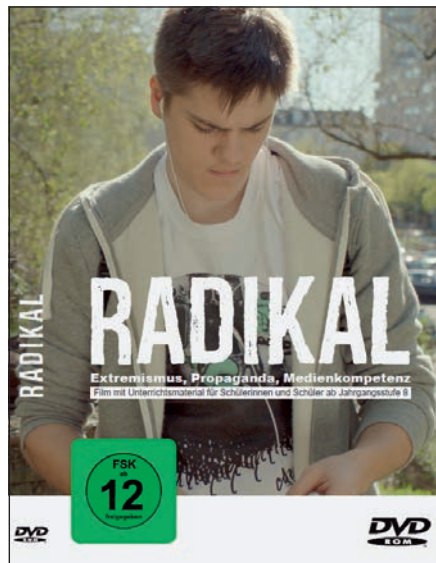
GANZHEITLICHER ANSATZ GEGEN DAS ABDRIFTEN

Hessen stellt 2016

3,8 Millionen Euro für Landesprogramm bereit

Im Rahmen einer Rundreise hat Innenminister Peter Beuth im Januar über die Maßnahmen der Landesregierung zur Extremismusprävention informiert. Dabei standen Besuche beim „beratungsNetzwerk hessen“ an der Philipps-Universität Marburg, in der Außenstelle der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Neustadt sowie beim Verein „Violence Prevention Network“ in Frankfurt auf dem Programm. Am Abend stellte Peter Beuth den Film „RADIKAL“ im Innenministerium vor, der seitdem an hessischen Schulen eingesetzt wird und jungen Menschen die Gefahren des Abgleitens in den Extremismus veranschaulicht.

„Wir verfolgen in Hessen einen ganzheitlichen Ansatz, um zu verhindern, dass Menschen sich von der Gesellschaft abkoppeln und in den Extremismus abdriften. Mit unserem ‚Landesprogramm Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus‘ stehen 3,8 Millionen Euro für das Jahr 2016 zur Verfügung. Wir setzen diese Mittel gezielt ein, um bestehende Angebote weiterzuentwickeln und neue Maßnahmen zu initiieren, etwa um Flüchtlinge vor Anwerbeversuchen aus der salafistischen Szene zu schützen. Unsere Botschaft ist eindeutig: Unsere freiheitliche Gesellschaft wird keine Form des Extremismus akzeptieren“, so der Innenminister.



Hessenreise zur Extremismusprävention: Im Januar besuchte Innenminister Peter Beuth das „beratungsNetzwerk hessen“ in Marburg (Mitte), die hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Neustadt (oben links/unten) sowie das VPN-Büro in Frankfurt (oben rechts). Zudem stellte der Minister in Wiesbaden den Präventionsfilm „RADIKAL“ vor.

AUFKLÄRUNGSFILM „RADIKAL“

Mit dem Aufklärungsfilm „RADIKAL“ klärt das Land über die drei Phänomenbereiche „Rechtsextremismus“, „Islamismus/Salafismus“ sowie „Linksextremismus“ auf. Der 17-minütige Film wurde vom Hessischen Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium (HKM) und der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) durch das Frankfurter Filmunternehmen Luna Park 64 realisiert.

„Unser Ziel ist es, Jugendliche und Heranwachsende für das Thema Radikalisierung zu sensibilisieren. Dazu muss man zunächst ihr Interesse wecken und sie in einen Dialog bringen. Es nützt wenig, wenn wir mit einem ‚erhobenen Zeigefinger‘ kommen. Daher haben wir uns für einen Film entschieden, der die Jugendlichen auf Augenhöhe erreicht, weil er ihre Musik verwendet, ihre Sprache spricht und ihre Medien nutzt“, so Innenminister Peter Beuth anlässlich der Präsentation des Films im Januar in Wiesbaden.

Der Film „RADIKAL“ ist in dieser Form bundesweit einmalig. Er thematisiert die Radikalisierung über das Internet und greift dabei alle relevanten Phänomenbereiche auf. Zudem sind aktuelle Ereignisse wie z. B. die Flüchtlingsthematik oder Syrienausreisen zu finden. Der Film bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte, die zu einem besseren Verständnis von Radikalisierungsprozessen beitragen sowie die eigenständige Meinungsbildung und Argumentationsfähigkeit fördern.

„RADIKAL“ richtet sich primär an Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 8-10 und steht für den Unterricht an hessischen Schulen zur Verfügung. Zur Unterstützung der Arbeit mit dem Film befindet sich umfangreiches Begleitmaterial auf der DVD. Dieses richtet sich sowohl an die Zielgruppe wie auch an die Multiplikatoren und hält Unterlagen bereit, wie z. B. Arbeits- und Aufgabenblätter, Informationen zu den Themen Extremismus und (virtuelle) Radikalisierung sowie Hinweise auf einschlägige Beratungsstellen.





BELEG FÜR DIE NACHHALTIGE SICHERHEITSPOLITIK

Beste Aufklärungsquote

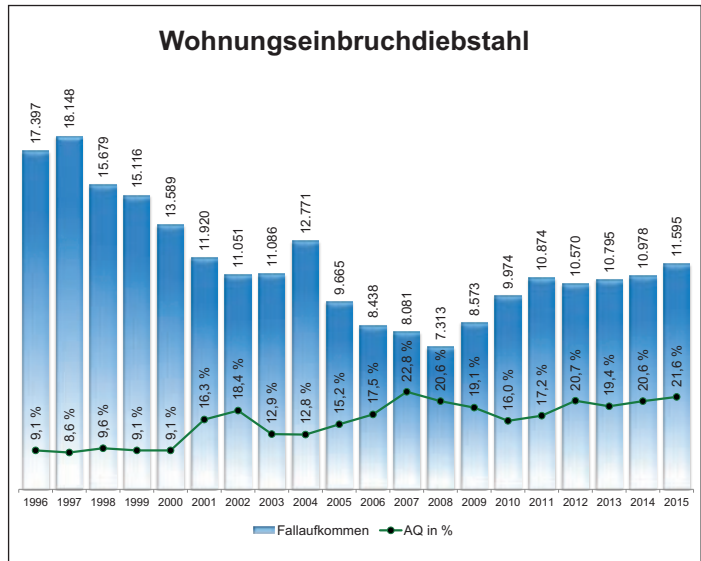
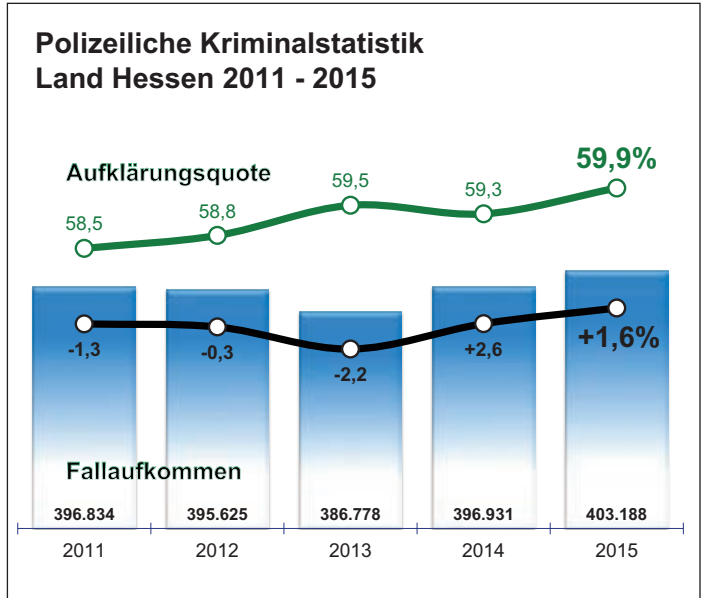
seit Erfassung/Straßenkriminalität signifikant gesunken

Noch nie wurden in Hessen so viele Straftaten aufgeklärt wie im Jahr 2015. Die Aufklärungsquote lag 2015 bei 59,9 Prozent – der höchste jemals erhobene Wert. Allerdings hat sich die Fallzahl im Vergleich zum Jahr 2014 geringfügig von 396.931 auf 403.188 erhöht. Innenminister Peter Beuth wertete diese Ergebnisse bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) im Januar als einen Beleg für die nachhaltige und langfristig ausgelegte Sicherheitspolitik des Landes.

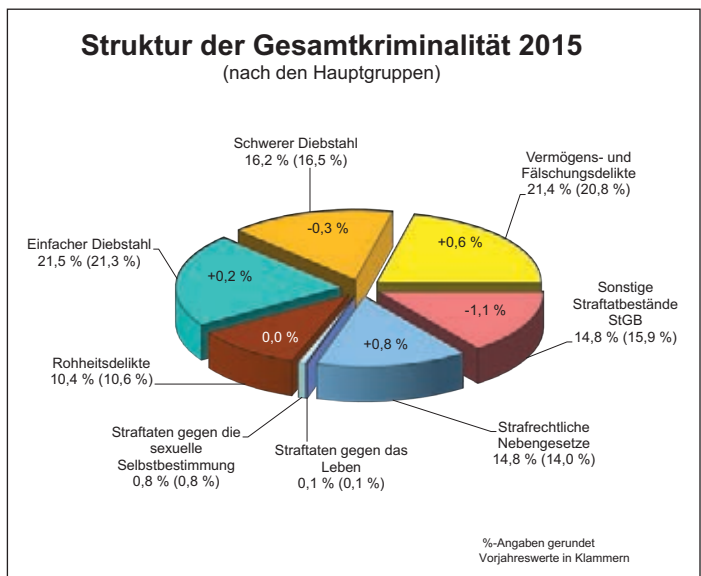
„Die hessische Polizei hat sich im Jahr 2015 den Herausforderungen, die durch Zuwanderung, die Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus und durch Großlagen entstanden sind, erfolgreich gestellt. Die Zahlen zeigen: Hessen ist und bleibt ein sicheres Land. Die niedrigste Fallzahl aller Zeiten bei

der Straßenkriminalität ist ein Beleg dafür, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Polizei gerechtfertigt ist“, sagte der Innenminister. Die Kriminalität auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen konnte im 20-Jahre-Vergleich halbiert werden (-50,7 Prozent). Im Vergleich zu 2014 konnten die Fallzahlen um 3,5 Prozentpunkte reduziert werden.

Um genaue Aussagen nach den Standards der bundeseinheitlich geführten PKS zum Thema Kriminalität im Kontext mit Zuwanderung treffen zu können, haben der Bund und die Länder die Erfassungskriterien für das Jahr 2016 präzisiert. Anhand der für 2015 erfassten Delikte von Flüchtlingen stellte Innenminister Peter Beuth fest: „Trotz der Vervierfachung der Anzahl von Zuwanderern im letzten Jahr, vor allem seit September, stiegen die registrierten Straftaten dieser



Bevölkerungsgruppe bisher nicht in gleichem Maß an.“ Wenngleich eine valide Auswertung erst mit der Erhebung der Daten für das Jahr 2016 möglich sei, zeige die bisherige Erfassung neben ausländerrechtlichen Verstößen vorwiegend bedeutsame Fallzahlen bei Ladendiebstahl, Beförderungserschleichung, Körperverletzungs- und Urkundenfälschungsdelikten. „Die Landesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen initiiert, damit Schutzsuchende um die Rechte und Pflichten in unserem Land wissen. Unerlässlich für eine erfolgreiche Integration ist Aufklärung, wie wir sie im Rahmen unserer Präventionsveranstaltungen für Flüchtlinge landesweit in den Erstaufnahmeeinrichtungen anbieten“, so Peter Beuth.



Die ausführliche Polizeiliche Kriminalstatistik 2015 ist unter www.polizei.hessen.de abrufbar.



WEITERER BAUSTEIN IN DER AGENDA CYBERSICHERHEIT@HESSEN

Innenminister stellt Kompetenzzentrum für Städte und Gemeinden vor

Die Hessische Landesregierung stellt **2,5 Millionen Euro** zur Verfügung, um die kommunale Cybersicherheit landesweit zu stärken. Das gab Innenminister Peter Beuth im Januar im Rahmen des ersten Cybersicherheitskongress des Hessischen Innenministeriums bekannt.

„Ab sofort stehen den Städten und Gemeinden unsere Experten des ‚Kommunalen Dienstleistungszentrums Cybersicherheit Hessen‘ (KDLZ CS) zur Verfügung. Sie stellen den Kommunen ein ganzes Portfolio an Beratungsleistungen, Analyseinstrumenten, Schulungen und Softwarelösungen kostenlos zu Verfügung“, so Innenminister Peter Beuth. Für das KDLZ CS steht mit dem IT-Dienstleister „ekom21“ ein kompetenter Ansprechpartner mit einer mehr als 45-jährigen Erfahrung in der kommunalen Informationsverarbeitung zur Verfügung. Die Initiative des Innenministeriums wird außerdem von den Kommunalen Spitzenverbänden unterstützt.

Bürger, Unternehmen oder auch die Landesverwaltung sind in einem hohen Maße von funktionierender und vertrauenswürdiger Informationstechnik, insbesondere im Internet, abhängig. Angriffe auf IT-Systeme sind zu leicht möglich, werden zu spät erkannt und sogar noch später eingedämmt. Ob auf Landes- oder Kommunalebene: Daten, die dem Staat zur Verfügung gestellt werden, müssen immer einen besonderen Schutz genießen. Das neue Kompetenzzentrum ist bundesweit einzigartig und soll einen nachhaltigen Beitrag für mehr Cybersicherheit in Hessen leisten. |

Gemeinsam sicher im Netz: In Idstein stellte Innenminister Peter Beuth kommunalen Verantwortungsträgern das „Kommunale Dienstleistungszentrum Cybersicherheit“ vor.



„CYBERSICHERHEIT@HESSEN“

Das Kommunale Dienstleistungszentrum ist ein weiterer Baustein in der umfassenden Agenda „Cybersicherheit@Hessen“. Das Land verfolgt beim Thema Schutz in der virtuellen Welt einen ganzheitlichen Ansatz und will Datendieben auf allen Ebenen das Leben so schwer wie möglich machen. So sind in den vergangenen zwei Jahren die Landesbeschäftigten bei insgesamt fünf Veranstaltungen für den achtsamen Umgang mit Informationstechnik sensibilisiert worden. Ein nicht mehr wegzudenkendes Warn- und Alarmierungsinstrument ist zudem das „Computer Emergency Response Team“ (CERT) des Landes Hessen. Es unterstützt die Landesverwaltung, Kommunen und kleine und mittlere Unternehmen bei der Lösung von konkreten IT-Sicherheitsvorfällen als Koordinator u. a. mit der Bekanntgabe von Warnungen und Lösungsansätzen.

KOMMUNALES DIENSTLEISTUNGSZENTRUM CYBERSICHERHEIT HESSEN

Bürger, Unternehmen oder auch die Landesverwaltung sind in einem hohen Maße von funktionierender und vertrauenswürdiger Informationstechnik, insbesondere im Internet, abhängig. Angriffe auf IT-Systeme sind zu leicht möglich, werden zu spät erkannt und sogar noch später eingedämmt. Sowohl auf Landes- als auch auf Kommunalebene gilt: Daten, die dem Staat zur Verfügung gestellt werden, müssen immer einen besonderen Schutz genießen. Die Hessische Landesregierung stellt 2,5 Millionen Euro zur Verfügung, um die kommunale Cybersicherheit landesweit zu stärken. Den Städten und Gemeinden stehen die Experten des Kommunalen Dienstleistungszentrums Cybersicherheit Hessen (kDLZ) zur Verfügung. Sie bieten den Kommunen ein ganzes Portfolio an Beratungsleistungen, Analyseinstrumenten, Schulungen und Softwarelösungen an – und das kostenlos. Für das kDLZ steht mit dem IT-Dienstleister „ekom21“ ein kompetenter Ansprechpartner bereit.

Interesse:	150
Beratungstermin*:	221
Bestandsaufnahme:	183
Beurteilungsbericht:	72

*teilweise mehrere Beratungen in der Kommune

FEBRUAR

VERTRAUEN IN INTEGRITÄT DER DIGITALEN WELT WEITERENTWICKELN

Cybersicherheit ist

eine Gemeinschaftsleistung

Angesichts der steigenden Zahl von Angriffen im Cyberraum hat der hessische Innenminister Peter Beuth im Februar eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Forschung, IT-Dienstleistern und der Landesverwaltung gefordert.

„Es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass das Vertrauen in die Integrität und Verlässlichkeit der digitalen Welt, von der wir mehr und mehr abhängen, nicht nur bewahrt, sondern auch weiterentwickelt wird. Diese Form der übergreifenden Zusammenarbeit unterstreicht dabei einmal mehr: Cybersicherheit ist eine Gemeinschaftsleistung - und nur als solche kann sie auch lang-

fristig erfolgreich sein. Deshalb brauchen wir ein starkes Programm Cybersicherheit@Hessen“, so Innenminister Peter Beuth im Rahmen des ersten hessischen Cybersicherheitsgipfels in Frankfurt am Main.

Der erste Cybersicherheitsgipfel Hessen ist das Resultat einer vielfältigen gemeinsamen Anstrengung und von Maßnahmen für einen

freien und sicheren Cyberraum. Cyber-Sicherheit wird immer mehr zu einem Grundpfeiler der öffentlichen Sicherheit in Deutschland. Das ist eine Folge der immer rasanteren Digitalisierung unseres gesamten Lebens und der damit verbundenen Vernetzung zahlreicher Lebensbereiche. Mit dem Cybersicherheitsgipfel leistet das Land Hessen einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der damit verbunden Herausforderungen.

Mit der Konstituierung des Runden Tisches „Cybersicherheit Hessen“ sollen Spitzenforschung und Praxis künftig noch besser verzahnt und eine zentrale Säule im Programm Cybersicherheit@Hessen geschaffen werden. Gemeinsam mit dem hessischen Forschungshotspot Cybersicherheit am Standort Darmstadt wird das Land über den Runden Tisch praxisnahe und handhabbare Lösungen auf den Weg bringen, die den Unternehmen, der Verwaltung, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern als „Otto-Normalverbraucher“ des Internets mehr gelebte Sicherheit bieten.

„Mit der heutigen konstituierenden Sitzung des Runden Tisches Cybersicherheit sind bereits herausragende Ergebnisse und Vorhaben verbunden. Im Darmstädter Communiqué Cybersicherheit haben wir zum Beispiel unsere nachhaltig angelegte Zusammenarbeit und Zielsetzungen festgeschrieben. Mit der Entwicklung einer Veranstaltungsreihe ‚Bürger und Awareness‘ werden wir die Kompetenzen unserer Bürgerinnen und Bürger im Cyberraum stärken“, so Innenminister Peter Beuth.



Runder Tisch für ein starkes Programm: „Cybersicherheit@Hessen“ soll Spitzenforschung und Praxis im Bereich der Sicherheit im Cyberraum noch besser verzahnen.



BILDER, DIE BLEIBEN WERDEN

Hessen und

Niedersachsen fordern erhöhtes Engagement der Türkei zur Grenzsicherung

Im Februar reiste der hessische Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit seinem niedersächsischen Amtskollegen Boris Pistorius in die Türkei und nach Griechenland. Neben Gesprächen auf diplomatischer Ebene und Treffen unter anderem mit Vertretern des UNHCR, Frontex und EASO besuchten die Minister im Rahmen ihrer viertägigen Reise auch das Registrierungszentrum in Moria auf Lesbos und machten sich einen Eindruck von Küstenabschnitten, an denen im Februar 2016 noch Tag für Tag Flüchtlinge nach ihrer lebensgefährlichen Fahrt über die Ägäis ankommen. Außergewöhnlich war darüber hinaus die Teilnahme an einem Einsatz der griechischen Küstenwache, bei dem aus drei Booten fast 200 Flüchtlinge gerettet wurden.

Beuth und Pistorius betonten, dass sich das Engagement der Türkei bei der Unterbindung des Fluchtwegs über das Mittelmeer deutlich erhöhen müsse. „Es kann nicht sein, dass die lebensgefährlichen Schlauchboote praktisch unter den Augen der türkischen Küstenwache ablegen“, so Beuth.

Eine wirksame Kontrolle könne nur in Zusammenarbeit aller Betroffenen gelingen. Das Ablegen der Boote zu verhindern, sei auch eine Frage der Menschlichkeit, so die Innenminister. Ein international abgestimmter Einsatz in der Nord-Ägäis unter neutraler Führung, etwa durch Frontex, könne hier eine wirksame Verbesserung herbeiführen.

Ein weiterer, wichtiger Punkt sei die wirksame Bekämpfung der Schleuserkriminalität, erklärten Pistorius und Beuth: „Auch hier kommt der Türkei eine Schlüsselstellung zu. Nach Angaben unserer türkischen Gesprächspartner stammen rund 90 Prozent der ermittelten Schleuser aus der Türkei. Momentan profitieren vor allem kriminelle Schleuserbanden von der Situation. Ein Boot mit 65 Menschen über die Ägäis zu schicken, verspricht Einnahmen von über 100.000 Euro. Eine Marge, die wir aus dem Drogenhandel kennen. Das ist perfide. In enger Zusammenarbeit mit den europäischen Sicherheitsbehörden muss diese menschenverachtende Form der Kriminalität wirksam bekämpft werden.“

MÄRZ



VERKEHRSTEILNEHMER GEZIELT MIT GEFAHREN KONFRONTIEREN

Zahl der Getöteten in Hessen seit 2004 fast halbiert

Anlässlich der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik 2015 hat der hessische Innenminister Peter Beuth im März ein neues Schwerpunktprogramm „Verkehrssicher in Hessen“ vorgestellt. Der Fokus der landesweiten Aktionswochen liegt dabei auf den Bereichen Geschwindigkeit, motorisierte Zweiräder, schwächere Verkehrsteilnehmer sowie Güter und Personenverkehr

„Wir wollen mit unseren hessenweiten Aktionswochen die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern gezielt mit den möglichen Gefahren konfrontieren und praktische Tipps und Hinweise zur Unfallvermeidung geben“, erklärte der Innenminister. Dafür würden für je zwei Wochen im Jahreslauf alle vier Phänomenbereiche für die Verkehrsteilnehmer sichtbar auf den Straßen und Wegen in Hessen dargestellt. Ein besonderes Augenmerk werde die Polizei zudem auf das Thema Ablenkung etwa durch Handys im Straßenverkehr legen.

Außerdem stellte der Minister ein Projekt der hessischen Polizeiakademie und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig (PTB) vor. Ziel ist es, künftig Raser mit einem neuen Geschwindigkeitsmessverfahren, das auf GPS-Daten basiert, zu überführen. „Dabei geht es um eine reine Vereinfachung des Messverfahrens, die Kamertechnik verbleibt am Boden. Das heißt: Die Kontrolle erfolgt für die Verkehrsteilnehmer weiterhin sichtbar und nachvollziehbar“, betonte der Minister.

Die Zahl der im Straßenverkehr tödlich verletzten Verkehrsteilnehmer hat sich in Hessen seit dem Jahr 2004 nahezu halbiert. In der Langzeitbetrachtung sank die Zahl von 448 Getöteten im Jahr 2004 auf 244 im Jahr 2015. Im gleichen Zeitraum ging auch die Zahl der Schwerverletzten um mehr als 1.100 zurück. Gegenüber dem Vorjahr sei die Zahl der Verkehrstoten in Hessen im Jahr 2015 allerdings von 222 auf 244 gestiegen, so der Innenminister. Für das Jahr 2015 weist die Verkehrsunfallstatistik ein Plus von 4.719 auf jetzt 135.625 Unfälle auf Hessens Straßen aus.

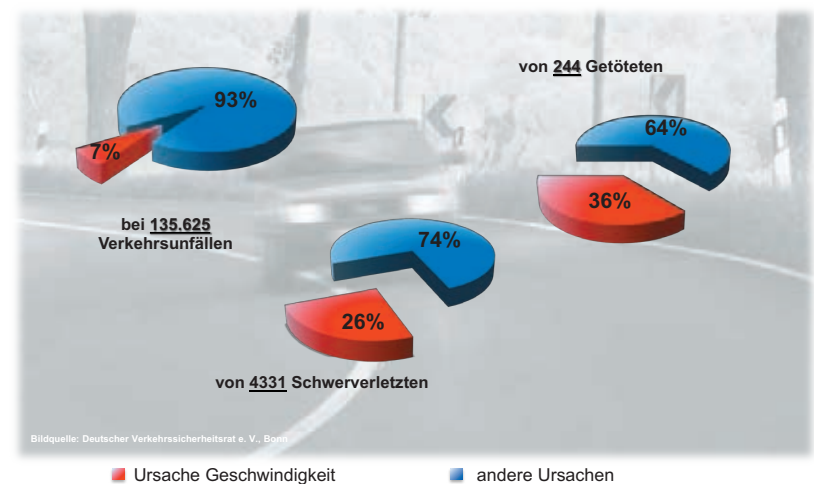
Gemessen an der Einwohnerzahl lag im Jahr 2015 das Risiko, im Straßenverkehr zu sterben, in Hessen bei 40 Getöteten je eine Million Einwohner. Der Bundesdurchschnitt liegt mit nahezu 43 Verkehrstoten darüber. Auch bei der Häufigkeitszahl steht Hessen im bundesweiten Vergleich gut da: Auf 100.000 in Hessen zugelassene Kraftfahrzeuge kommen 3.284 Verkehrsunfälle. Das ist die geringste Häufigkeitszahl in der Bundesrepublik.

„Unsere Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste leisten hervorragende Arbeit“, unterstrich der Innenminister und rief zugleich für mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr auf. „Eine Vielzahl der Unfälle auf Hessens Straßen könnten so verhindert werden“, so Beuth. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die Kampagne „Rettungsgasse“ der Hessischen Landesregierung hin. „Damit schnelle Hilfe auch ankommen kann, müssen nur wenige Verhaltensregeln beachtet werden. Wir weisen mit unserer Aktion landesweit auf diese wichtige Maßnahme, die Leben retten kann, hin.“

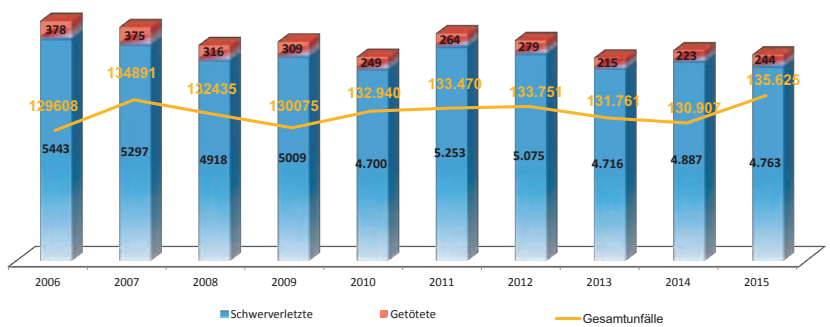
Die ausführliche Verkehrsunfallstatistik 2015 ist unter www.polizei.hessen.de abrufbar.



GESCHWINDIGKEIT ALS UNFALLURSACHE



POLIZEILICHE VERKEHRUNFALLSTATISTIK LAND HESSEN 2004 - 2015



APRIL



WISSEN UND ERFAHRUNG KANN EINE BEREICHERUNG SEIN

Senioren künftig auch
nach Einsatzdienst aktiv in der Feuerwehr

Die Erfahrung und das Wissen von langjährigen Feuerwehrangehörigen sind für die nachfolgenden Generationen von unschätzbarem Wert. Das unterstrich Innenminister Peter Beuth im April im Hessischen Landtag. Die neue Sonderregelung für Seniorinnen und Senioren, die es erlaubt, dass sich Feuerwehrangehörige auch nach ihrer Zeit im Einsatzdienst aktiv in der Feuerwehr einbringen zu können, sei deshalb ein wichtiger Schritt und eine sinnvolle Unterstützung für die Feuerwehren, so Beuth.

„Die Einsatzfähigkeit ist körperlich sehr anstrengend. Menschen, die anderen helfen sollen, müssen deshalb körperlich und geistig fit sein, damit sie sich nicht am Ende selbst gefährden. Daher ist es wichtig, zum Schutz der Einsatzkräfte, hier eine Altersgrenze zu haben. Feuerwehrarbeit ist allerdings weit mehr als Einsatzfähigkeit. Feuerwehrangehörige führen Statis-

Neue Sonderregelung

tiken, schreiben Berichte für die Presse und die eigene Internetseite, gehen in Kindergärten und Schulen, um Kinder in Brandschutzerziehung zu unterweisen. Sie warten Fahrzeuge und Geräte und halten ihr Feuerwehrhaus in Ordnung. Auch nach dem Übertritt in die Ehren- und Altersabteilung sind die Erfahrungen und das Wissen der Feuerwehrangehörigen daher gefragt. Deshalb sollte das Ausscheiden aus dem Einsatzgeschehen nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf alle weiteren Tätigkeiten bei der Feuerwehr sein. Das große Wissen und die Erfahrung eines meist langen Feuerwehrlebens kann eine Bereicherung sein“, so Innenminister Peter Beuth.

Die zukünftige Regelung sieht vor, die Feuerwehrangehörigen ab der Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. auch nach dem Wechsel in die Ehren- und Altersabteilung intensiver in die Arbeit der Feuerwehren – außerhalb des Einsatzgeschehens – und der Jugendfeuerwehren einzubeziehen. Dies entspricht häufig auch dem Wunsch von Seniorinnen und Senioren, sich nach dem Abschied aus dem Arbeitsleben, orientiert an den eigenen Kenntnissen und Begabungen, sinnvoll ehrenamtlich zu engagieren.

Bisher endete mit Vollendung des 60. Lebensjahres der aktive Feuerwehrdienst. Wenn es im dienstlichen Interesse lag, konnte die Feuerwehrdienstzeit auf Antrag der oder des ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen über das vollendete 60. Lebensjahr hinaus um eine bestimmte Frist, jedoch nicht länger als bis zum vollendeten 65. Lebensjahr hinausgeschoben werden. Die Höchstaltersgrenze beruht auf den vielfachen Belastungen und Risiken im Einsatzdienst der Feuerwehren. |

WEITERE INFORMATIONEN

- › https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/20160412_flyer_vielfaeltig_aktiv_-_senioren_in_der_feuerwehr.pdf
- › https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/2016412_weitere_informationen_zur_sonderregelung.pdf



HERAUSRAGENDE BEDEUTUNG FÜR DIE GEFAHRENABWEHR IN HESSEN

Förderung des Brand- und

Katastrophenschutzes besitzt hohe Priorität

Die Förderung des Brand- und Katastrophenschutzes in Hessen besitzt für die Landesregierung sehr hohe Priorität. Das sagte Innenminister Peter Beuth im April. In die Förderung von Fahrzeugen sowie in den Bau von Feuerwehrhäusern hat das Land in den vergangenen zehn Jahren rund 100 Millionen Euro investiert. Hinzu kommen finanzielle Zuwendungen für die technische Ausstattung, den Katastrophenschutz und die Ehrenamtsförderung. In den Betrieb der Hessischen Landesfeuerweherschule in Kassel, die in den Jahren 2013 bis 2015 für 6,6 Millionen Euro ausgebaut und modernisiert wurde, sowie in das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum in Marburg steckt das Land jährlich rund 13 Millionen Euro.

„Die Hessische Landesregierung misst dem Brand- und Katastrophenschutz eine herausragende Bedeutung für die Gefahrenabwehr in Hessen bei. Dies wird auch durch die zahlreichen Förderungen und Maßnahmen deutlich. Die Freiwilligen Feuerwehrleute sowie die Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes leisten unverzichtbare Arbeit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sind wir auch in Zukunft weiterhin bestrebt, unseren Brand- und Katastrophenschützern bestmögliche Bedingungen in Sachen Infrastruktur, Ausbildung und Umfeld zuteilwerden zu lassen“, so Innenminister Peter Beuth.

Alleine in den Jahren 2014 und 2015 investierte die Landesregierung insgesamt mehr als 23 Millionen

Euro in die Förderung von Neubauten und Erweiterungen von Feuerwehrhäusern, die Ausstattung von Atemschutzübungsstrecken sowie Feuerwehrfahrzeuge.

„Ein weiterer wichtiger Baustein in der hessischen Sicherheitsarchitektur ist der Katastrophenschutz. Die Hessische Landesregierung hat den Katastrophenschutz in einer auch im Ländervergleich beispielhaften Kraftanstrengung im Rahmen der Ausstattungsoffensive mit modernsten Einsatzmitteln umfassend ausgestattet. Die Zahl der Landesfahrzeuge im Katastrophenschutz konnte auf über 600 nahezu verdoppelt werden. Hierfür wurden seit dem Jahr 2008 über 40 Millionen Euro bereitgestellt“, so Innenminister Peter Beuth.

Der Hessische Katastrophenschutz verfügt nunmehr über die umfassendste und modernste Ausstattung seiner Geschichte. Hessenweit sind über 26.900 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Einsatz, um Menschen in Not schnell und kompetent Hilfe zu leisten. Grundlage für ihr Handeln ist das zum 1. Januar 2016 novellierte Katastrophenschutzkonzept, das die Aufstellung und Ausbildung der Katastrophenschutz-Einheiten ebenso regelt wie deren Aufgaben und die Unterhaltung durch das Land.

10-JAHRES-BILANZ

Insgesamt fast
300 Feuerwehrhäuser
und mehr als
1.000 Fahrzeuge mit rund
105 Millionen Euro gefördert.



Verbesserter Schutz für die hessische Polizei: Die neuen Sicherheitspakete, die im April im Rahmen eines Übungsszenarios vorgestellt wurden, sollen die Einsatzkräfte vor dem Beschuss mit größerem Kaliber insbesondere im Rahmen von Terroranschlägen noch effizienter schützen.

OPTIMALE KOMBINATION VON BEWEGLICHKEIT UND SCHUTZ

Hessen investiert rund

zwei Millionen Euro in 850 Schutzpakete

Die hessische Polizei verfügt seit April 2016 über eine weiter verbesserte Schutzausstattung. Im Rahmen eines Einsatzszenarios von Interventionskräften auf dem Gelände der Polizeiakademie Hessen stellte Innenminister Peter Beuth das neue Schutzpaket vor, das aus ballistischen Schutzhelmen, Plattenträgersystemen gegen den Beschuss aus Langwaffen, Splitterschutzbrillen und Erste-Hilfe-Sets für die Erstversorgung von Schussverletzungen besteht. Mit der rund zwei Millionen Euro teuren Aufwertung der bereits bestehenden Schutzausstattung reagiert die Hessische Landesregierung auf Gefahren durch mögliche terroristische Angriffe. 850 Schutzpakete stehen der Polizei in ganz Hessen zur Verfügung.

„Sicherheit als Grundbedürfnis des Menschen ist Leitlinie für die hessische Innenpolitik. Ein wesentlicher Faktor hierzu ist die Präsenz und das Reaktionsvermögen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des täglichen Dienstes. Diese müssen gut ausgebildet und ausgestattet sein, gerade in Zeiten, in denen terroristische Anschläge Europa bedrohen. Die hessische Polizei ist taktisch hervorragend vorbereitet und wird nun mit



zusätzlicher Schutzausstattung ausgerüstet, die eine optimale Kombination von Beweglichkeit und Schutz bietet. Ergänzend hierzu wird derzeit die Ausstattung der hessischen Polizei mit einer neuen Maschinenpistole vorbereitet“, so Innenminister Peter Beuth. Bei dem Einsatzszenario in der Polizeiakademie Hessen wurde ein terroristischer Anschlag auf ein Café simuliert, der von den Interventionskräften der Polizei unterbunden wurde.

Im fortlaufenden Prozess der Optimierung der Einsatzmittel der hessischen Polizei wurde nach den grausamen Ereignissen in Frankreich und Belgien der nächste Schritt getan und die Schutzausstattung sowie das taktische Vorgehen der Polizei fortentwickelt. Neben

den Spezialeinheiten ist es dabei besonders wichtig, dass gerade die Polizeikräfte, die als erste an einem potenziellen Tatort eingreifen können – sogenannte Interventionskräfte – mit besonderer Schutzausstattung schnell, wirksam und sicher agieren können.

Bei den Polizeipräsidenten werden die Interventionsteams und die operativen Einheiten der Polizeidirektionen mit den neuen, ergänzenden Schutzausstattungen ausgerüstet, ausgebildet und deutlich verstärkt. Zusätzlich verfügen auch die Mobilen Einsatzkommandos und die Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten der hessischen Polizei, die als Erstinterventionskräfte zum Einsatz kommen, über die neue Schutzausstattung. |



„MÜSSEN VORAUSSETZUNGEN FÜR EINEN EINSATZ DER BUNDESWEHR IM INNERN SCHAFFEN“

Einsatz von Soldaten zur

Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit darf nicht an Rechtslage scheitern

Im Rahmen des Frühjahrsgesprächs des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport im April hat Innenminister Peter Beuth eine verstärkte Videoüberwachung des öffentlichen Raums, eine Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung sowie die rechtlichen Voraussetzungen für einen Einsatz der Bundeswehr im Innern gefordert. Es könne nicht sein, dass der Einsatz von Soldaten zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nach verheerenden Terroranschlägen an der geltenden Rechtslage scheitere, sagte der Minister im Rahmen der Veranstaltung unter dem Titel „Terror - Wie die Angst unsere Gesellschaft verändert“ in Wiesbaden.

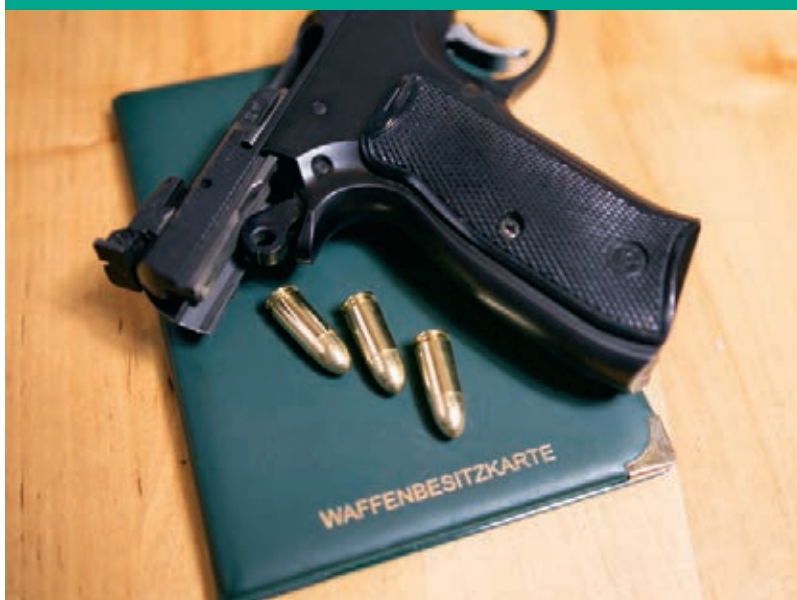
An der von Spiegel-Chefreporter Jörg Diehl moderierten Diskussionsrunde nahmen neben dem Minister der Sozialpsychologe Prof. Dr. Rolf van Dick von der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Essener Terrorismusexperte Rolf Tophoven, Staatsrechtler Prof. Dr. Friedhelm Hufen von der Gutenberg-Universität Mainz, Extremismusexperte Prof. Dr. Albrecht Fuess von der Philipps-Universität Marburg sowie der Frankfurter Polizeipräsident Gerhard Bereswill teil.



Diskussionsfreudige Gäste, interessierte Zuhörer: Beim Frühjahrsgespräch des Innenministers debattierten die Gesprächsteilnehmer über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Falle von Terroranschlägen.



MAI



WAFFENBESITZ FÜR RECHTSEXTREMISTEN ERSCHWEREN

Hessen will das Waffengesetz reformieren

Die Hessische Landesregierung hat zur Verschärfung der Anforderungen an die waffenrechtliche Zuverlässigkeit eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Waffengesetzes auf den Weg gebracht. Ziel ist es, das geltende Bundesgesetz so zu verschärfen, dass Personen eine waffenrechtliche Erlaubnis aufgrund von sicherheitsbehördlichen Erkenntnissen leichter entzogen beziehungsweise versagt werden kann. „Unsere Initiative richtet sich gegen jede Form des Extremismus, insbesondere aber gegen Rechtsextremisten. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass dieser Personenkreis aufgrund der reformbedürftigen Zuverlässigkeitsvoraussetzungen legal Waffen besitzt. Der Bundesgesetzgeber ist hier in der Pflicht, alle dem Rechtsstaat zur Verfügung ste-

henden Mittel auszuschöpfen, um gerade Rechtsextremisten den Waffenbesitz so schwer wie möglich zu machen“, erklärte Innenminister Peter Beuth. Er unterstrich, dass es bei der Initiative nicht darum ginge, unbescholtenen Bürgern den legalen Waffenbesitz zu versagen.

Im Dezember 2015 waren den hessischen Sicherheitsbehörden insgesamt 49 Rechtsextremisten und Personen aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität - rechts bekannt, die über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügten. Seit 2012 weisen das Hessische Landeskriminalamt sowie das Landesamt für Verfassungsschutz die Waffenbehörden gezielt auf als rechtsextrem eingestufte Personen hin, die



Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis sind. Aufgrund der systematisierten Anregungen erfolgten im Jahr 2012 in elf Fällen, im Jahr 2013 in 14 Fällen, im Jahr 2014 in 17 Fällen und im Jahr 2015 in 17 Fällen gesonderte waffenrechtliche Überprüfungen.

Im Zeitraum von 2011 bis 2015 wurden in insgesamt elf Fällen waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen oder versagt oder es wurde von den Betroffenen aufgrund des erhöhten waffenbehördlichen Kontrolldrucks der Antrag auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis zurückgezogen oder auf eine bereits erteilte waffenrechtliche Erlaubnis verzichtet. Neun Fälle hiervon – darunter auch zwei Waffenbesitzverbote – sind bestandskräftig. Zweimal wurde Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. In einem dieser Fälle wurde die Versagung der waffenrechtlichen Erlaubnis aufgehoben und die Waffenbehörde verpflichtet, die beantragte Erlaubnis zu erteilen. Im anderen Fall hat die zuständige Waffenbehörde gegen die erstinstanzliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts, durch die der Erlaubniswiderruf aufgehoben wurde, die Zulassung der Berufung beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof beantragt. |

VORAUSSETZUNGEN FÜR WAFFENBESITZ IN HESSEN

Ob eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt wird, entscheiden die Waffenbehörden in den Landkreisen und kreisfreien Städten nach dem Waffengesetz (WaffG). Wer erlaubnispflichtige Waffen legal besitzen will, muss mehrere Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehört insbesondere die Zuverlässigkeit, die von der zuständigen Waffenbehörde nach Maßgabe des § 5 des Waffengesetzes für den jeweiligen Einzelfall zu prüfen ist.

Wie kann eine Waffenerlaubnis entzogen werden?

Die Sicherheitsbehörden stellen der jeweils zuständigen Waffenbehörde die sich aus ihren Dateien ergebenden gerichtsverwertbaren Erkenntnisse unmittelbar schriftlich zur Verfügung und regen an, aufgrund dessen die waffenrechtliche Zuverlässigkeit zu überprüfen. Hierzu gehören beispielsweise Erkenntnisse über die Teilnahme einer Person an einer „rechtsextremistischen“ Kundgebung, einer einschlägigen Musikveranstaltung sowie Erkenntnisse über laufende strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder erfolgte Verurteilungen. Aufgrund dieser Erkenntnismittelungen hält die zuständige Waffenbehörde zur vertiefenden Abklärung Rücksprache mit der Sicherheitsbehörde, die die Erkenntnisse übermittelt hat. Die mit der Bundesratsinitiative vorgeschlagene Verschärfung präzisiert die Voraussetzungen der Zuverlässigkeit im § 5 Waffengesetz und führt eine Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden ein.

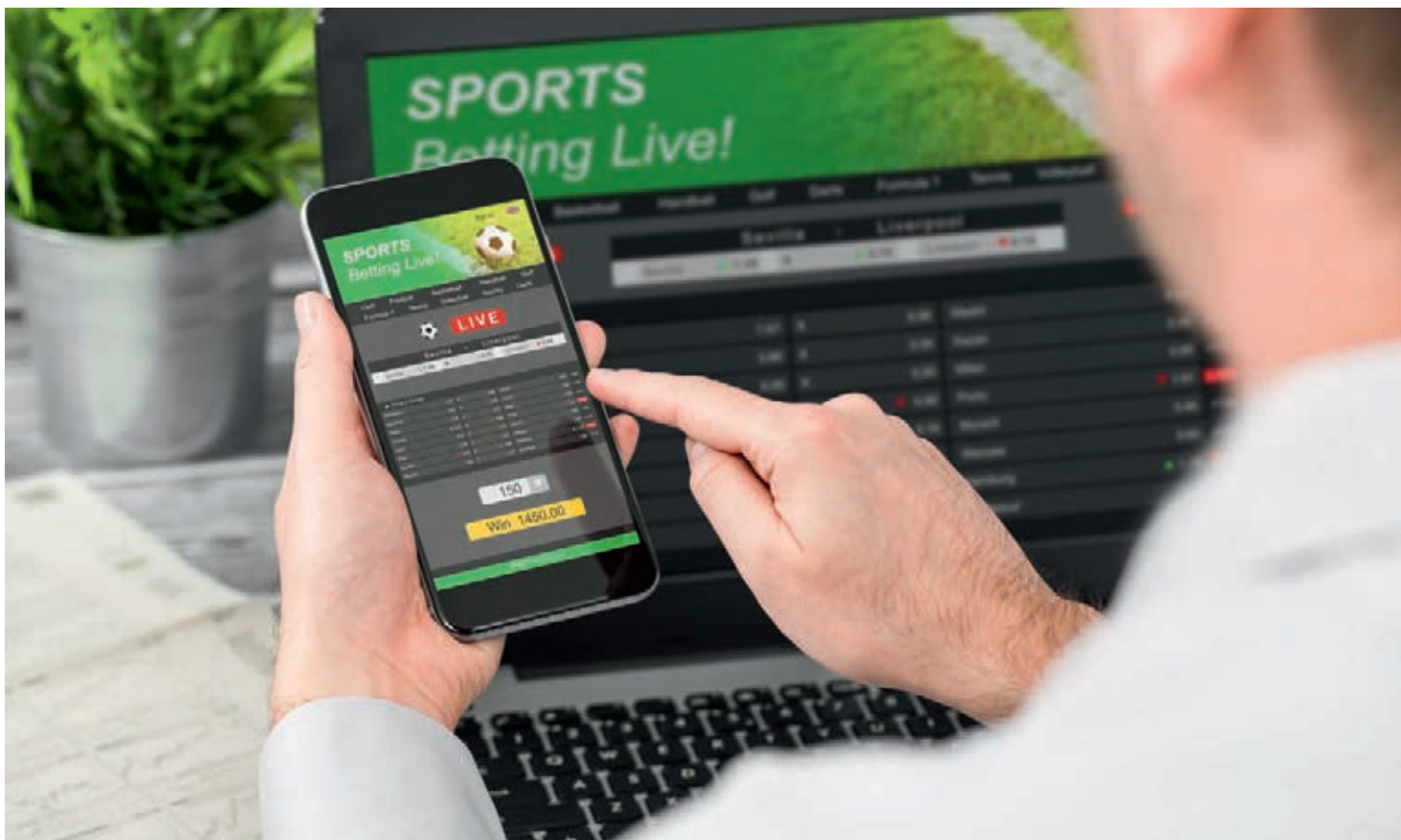
MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ BESTÄTIGT HESSISCHEN WEG

Einigung auf Abkehr von quantitativer Sportwettenkonzessionsvergabe

Innenminister Peter Beuth hat im Mai im Hessischen Landtag bekräftigt, dass der Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) in der damaligen Fassung gescheitert sei. „Punktueller Änderungen an dem bestehenden Vertragswerk, wie sie einige Länder derzeit favorisieren, werden die Geburtsfehler nicht heilen“, unterstrich der Minister. Die derzeitige Blockadesituation bei den Sportwetten mache das Dilemma überdeutlich. „Bis heute konnte keine einzige Erlaubnis ausgeben werden, weil der bestehende Staatsvertrag eine Konzessionierung nach quantitativen Gesichtspunkten vorsieht. Die Beschränkung der Anbieter wird dem Markt nicht gerecht und unterlegene Bewerber haben mit einer Klagewelle das Verfahren zum Stillstand gebracht. Das hat dazu geführt, dass die wichtigen Ziele des Glücksspielstaatsvertrags wie die Bekämpfung von Spielsucht sowie der Verbraucher- oder Jugendschutz nicht durchgesetzt werden können“, so Peter Beuth.

Im Oktober 2016 folgte die Ministerpräsidentenkonferenz nun endlich dem hessischen Weg und ei-

Im Oktober 2016 folgte die Ministerpräsidentenkonferenz nun endlich dem hessischen Weg und ei-



nigte sich auf eine Abkehr von der quantitativen Sportwettenkonzessionsvergabe. „Ich bin hocherfreut über die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz, weil sie jenen Weg bestätigt, den das Hessische Innenministerium bereits im Mai vorgeschlagen hat. Die Entscheidung der Ministerpräsidenten muss nun zügig umgesetzt werden, damit die Konzessionen endlich ausgeben werden können. Künftig wird gelten: Wer sich an die Regeln hält, soll auch Sportwetten anbieten dürfen. Das werden wir mit dem Umschwenken von quantitativen zu qualitativen Maßstäben erreichen“, so Innenminister Peter Beuth.

Die Ministerpräsidentenkonferenz griff zusätzlich die hessischen Vorschläge eines Verlustlimits, einer bundesweiten Sperrdatei sowie der Vereinfachung von Identifizierung und Authentifizierung der Spieler im Internet auf; eine Umsetzung dieser Punkte wird geprüft. Würden auch diese Vorschläge erfüllt, wären die zentralen Ziele des Glücksspielstaatsvertrags wie die Bekämpfung von Spielsucht sowie der Verbrau-

cher- oder Jugendschutz konsequent durchzusetzen, so Peter Beuth.

In Rostock einigten sich die Ländervertreter auch auf eine Prüfung, wie der Vollzug gegenüber illegalen Online-Glücksspielangeboten kurz- und mittelfristig nachhaltig verbessert werden kann und inwieweit perspektivisch die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts zur weiteren Stärkung des Vollzugs in diesen Bereichen beitragen kann.

Die Entscheidung der Ministerpräsidenten räumt Hessen zudem Sonderkündigungsrechte des Glücksspielstaatsvertrages ein. Diese kann das Land nutzen, falls die Neuregelung des Glücksspielstaatsvertrages nicht bis Mitte 2019 abgeschlossen ist. Auch im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen über das Thema Internetglücksspiel sowie der Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Änderungsstaatsvertrages sieht der Beschluss ein Sonderkündigungsrecht für Hessen vor. |





SIE ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG FÜR DAS GEMEINWESEN

720 Kommissaranwärterinnen und -anwärter vereidigt

Innenminister Peter Beuth hat während des Hestentags in Herborn im Mai insgesamt 720 Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter vereidigt. An der feierlichen Zeremonie nahm auch Ministerpräsident Volker Bouffier teil.

„Durch das Ableisten des Eides bekunden die Anwärterinnen und Anwärter ihre Loyalität gegenüber dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Hessens. Sie verpflichten sich, alle in Hessen geltenden Gesetze zu wahren und die Pflichten gewissenhaft und unparteiisch auszuführen. Damit stehen die 720 jungen Menschen vor einem Schritt, der sie von vielen anderen Menschen in unserem Land unterscheidet: Denn sie übernehmen ausdrücklich Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen, für die Rechte und die Freiheiten, die in unseren Verfassungen konstituiert sind. Dafür bedanke ich mich herzlich und wünsche ihnen für diese besondere Herausforderung viel Erfolg“, so Innenminister Peter Beuth.

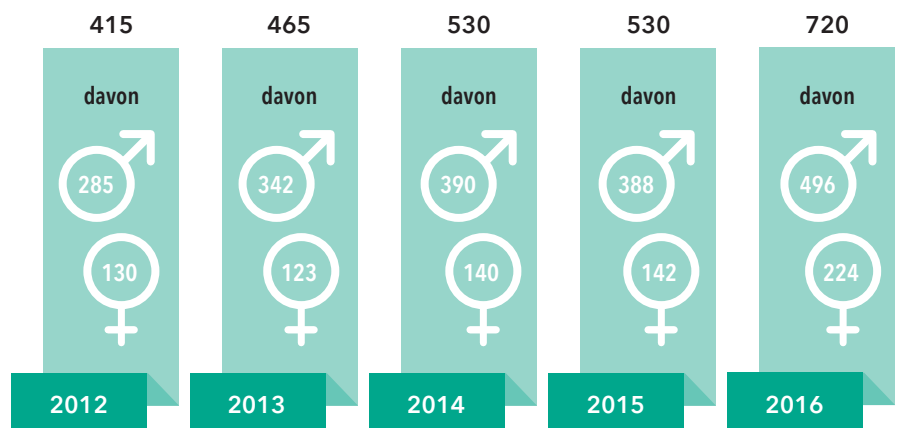
Unter den 720 Vereidigten, alle im Alter von 18 bis 36 Jahren, sind 224 Frauen. 35 Anwärterinnen und Anwärter haben einen Migrationshintergrund, neun eine ausländische Staatsangehörigkeit, zwei eine doppelte Staatsbürgerschaft. Elf gehören der Sportfördergruppe an und haben unter anderem im Schwimmen, Leichtathletik und Fußball bereits Erfolge erzielt und sich für die Teilnahme an (Jugend-)Weltmeisterschaften qualifiziert. Rund 35 Prozent der Anwärterinnen und Anwärter stammen aus anderen Bundesländern, die meisten davon aus Rheinland-Pfalz (ca. 60), Nordrhein-Westfalen (ca. 40) und Baden-Württemberg (ca. 35).

Nach der feierlichen Zeremonie eröffnete der Minister die Polizeishow zum „Tag der Polizei“. Dabei zeigten Beamte des Spezialeinsatzkommandos (SEK) Teile ihres Einsatzspektrums. Die Diensthundeführer stellten die Arbeit mit ihren vierbeinigen Kollegen vor, zudem präsentierte die Kradstaffel künstlerische Kunststücke. |



720 frische Kräfte für die Sicherheit in Hessen: Im Rahmen des Hessentages vereidigten Ministerpräsident Volker Bouffier und Innenminister Peter Beuth die neuen Polizeibeamtinnen und -beamten.

ANWÄRTEREINSTELLUNGEN IM GEHOBENEN POLIZEIVOLLZUGSDIENST





JUNI

„WERDEN EXTREMISMUS GLEICH WELCHER COULEUR NICHT DULDEN“

Zahlen in Hessen im Jahr 2015 gestiegen

	2012	2013	2014	2015	2016
PMK - gesamt -					
davon Gewalt:	1.301	2.406	1.151	1.754	1.666
	176	129	87	228	85
PMK - rechts -					
davon Gewalt:	665	679	584	707	840
	17	12	25	21	25
PMK - links -					
davon Gewalt:	332	1.357	191	518	317
	177	100	34	152	30
PMK - Ausländer -					
davon Gewalt:	113	111	181	190	192
	38	13	17	24	17
PMK - Sonstige -					
	191	259	231	339	317

Brennende Fahrzeuge und verletzte Einsatzkräfte: Die Angriffe auf Polizeibeamte im Rahmen der gewalttätigen Ausschreitungen rund um die EZB-Eröffnung im März 2015 ließen die Straftaten im Bereich der PMK links stark ansteigen.

Die gewalttätigen Demonstrationen rund um die Eröffnung der Europäischen Zentralbank am 18. März des vergangenen Jahres in Frankfurt am Main haben die Zahlen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) in Hessen im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 stark ansteigen lassen. Das teilte Innenminister Peter Beuth im Juni in Wiesbaden mit. „Extremismus gleich welcher Couleur werden wir in Hessen nicht dulden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorgehen“, betonte Innenminister Peter Beuth.

Insgesamt stieg die Zahl von 1.151 Fällen in 2014 auf 1.754 Fälle im Jahr 2015. Allein 518 Straftaten fallen dabei in den Phänomenbereich der PMK „Links“ – ein Großteil davon begangen im Rahmen der Ausschreitungen anlässlich der Eröffnung der EZB. Dies entspricht einem Gesamtanstieg von mehr als 170 Prozent bei den linksextremistischen Straftaten gegenüber dem Jahr 2014, als die Zahl noch bei 191 Fällen lag.

„Die schrecklichen Bilder der brutalen Angriffe auf die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und auch des Rettungsdienstes sind uns allen in trauriger Erinnerung geblieben. Die gute Aufklärungsquote des Jahres 2015 im Bereich des Linksextremismus mit knapp 41 Prozent, die gegenüber dem Vorjahreswert von rund 21 Prozent deutlich gestiegen ist, ist vor allem in der Vielzahl direkter Konfrontations- und Gewaltdelikte, auch gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, im Rahmen der Ausschreitungen am Tag der EZB-Eröffnung begründet“, so Innenminister Peter Beuth

WERTVOLLES SYSTEM FÜR DIE ZUKUNFT ERHALTEN

Gemeinsame Erklärung

zur Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Arbeitgebern



Für ein vertrauensvolles Miteinander: Im Rahmen der Veranstaltung „Wirtschaft trifft Blaulicht“ am Frankfurter Flughafen unterzeichneten Vertreter der Arbeitgeberverbände, der kommunalen Spitzenverbände, des Landesfeuerwehrverbandes und der Hilfsorganisationen sowie des Landes Hessen eine gemeinsame Erklärung zur weiteren, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Arbeitgebern.

Den Schutz der Bevölkerung in Notlagen garantieren in Hessen weit überwiegend mehr als 70.000 ehrenamtliche Einsatzkräfte der Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Dabei seien die Bürgerinnen und Bürger aber auch auf das Verständnis der Arbeitgeber angewiesen, die die freiwilligen Einsatzkräfte regelmäßig für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit freistellen. Das betonte der hessische Innenminister Peter Beuth im Juni zur Eröffnung der Veranstaltung „Wirtschaft trifft Blaulicht“ am Frankfurter Flughafen. Um das gemeinsame Bestreben zur weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten zu dokumentieren, haben Vertreter der Arbeitgeberverbände, der kommunalen Spitzenverbände, des Landesfeuerwehrverbandes und der Hilfsorganisationen sowie des Landes Hessen im Rahmen der Veranstaltung eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

„Um dieses wertvolle System für die Zukunft zu erhalten, ist die Gesellschaft zwingend darauf angewiesen, dass die Ehrenamtlichen auf eine gute und verständnisvolle Zusammenarbeit mit ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern treffen. Unternehmen dürfen ihrerseits auch nicht überfordert werden. Diese müssen kurzfristige Ausfälle durch Einsätze oder auch Ausbildungen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kompensieren. Sie finden aber auch in den Menschen, die sich in Feuerwehren und Hilfsorganisationen engagieren, wertvolle und tüchtige Arbeitskräfte. Der Verfestigung des gegenseitigen Verständnisses zwischen ehrenamtlichen Einsatzkräften und ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern dient diese Veranstaltung“, so der Innenminister.

Im Rahmen der gemeinsamen Zusammenarbeit verpflichtet sich das Land, in der Aus- und Fortbildung zusätzliche E-Learning-Angebote zum Lehrgangsangebot der Hessischen Landesfeuerwehrschule einzuführen, um die Abwesenheit am Arbeitsplatz zu reduzieren. Geeignete Lehrgänge werden modifiziert und, wo dies ohne Qualitätsverlust möglich ist, gestrafft.

Zudem wird das Land zukünftig bei der Aus- und Fortbildung und Dienstversammlungen die Führungskräfte der Feuerwehren und der Katastrophenschutz-Hilfsorganisationen verstärkt sensibilisieren, bei Einsätzen nur die notwendige Anzahl von Kräften einzusetzen und nicht mehr erforderliche Kräfte schnellstmöglich herauszulösen, damit sie an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können.



GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT AUCH IM EHRENAMT

Integrationsbeirat von

Feuerwehrverband und Innenministerium startet Integrationskampagne

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport wirbt gemeinsam mit dem Hessischen Landesfeuerwehrverband verstärkt um Menschen mit Migrationshintergrund zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren in Hessen. Um dieses Ziel mit Nachdruck zu verfolgen, hat sich im Juni in Wiesbaden der „Integrationsbeirat Brandschutz“ als Teil der Integrationskampagne konstituiert. Die Kampagne hat der Hessische Landesfeuerwehrverband im Rahmen des Bundesprojekts „Zusammenhalt durch Teilhabe“ initiiert. Neben dem Innenministerium und dem Landesfeuerwehrverband gehören dem Integrationsbeirat künftig auch Vertreter der Landesfeuerwehrschule, der Unfallkasse Hessen und der Feuerwehr-Stiftung sowie der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, des Städte- und Gemeindebundes, des Landkreis- und Städtetages sowie des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration an.

„Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich künftig auch in einer Vielfalt im Ehrenamt niederschlagen. Das gilt besonders für Bereiche ehrenamtlichen Wirkens wie die Feuerwehr, die unverzichtbar zur Gefahrenabwehr und Sicherheit in unseren Kreisen, Städten und Gemeinden ist. Mit dem Integrationsbeirat Brandschutz wollen wir für neue Impulse sorgen und dabei Prozesse in Gang setzen, um nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund direkter anzusprechen, sondern auch den Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren

Hilfestellungen dafür zu geben, wie sie Frauen und Männer mit ausländischen Wurzeln besser integrieren können“, so Innenminister Peter Beuth.

Ziel der Kampagne ist es, einerseits Menschen mit Migrationshintergrund direkter anzusprechen und andererseits auch den Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren Hilfestellungen dafür zu geben, wie sie Frauen und Männer mit ausländischen Wurzeln besser integrieren können. Erste Maßnahmen des Innenministeriums sind die Auslobung eines Integrationspreises Brandschutz und das Angebot von zwei neuen Seminaren an der Hessischen Landesfeuerwehrschule in Kassel.

„Zentrale Voraussetzung für die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund oder von Flüchtlingen ist das gegenseitige Verständnis. Dieses wollen wir mit dem Angebot von zwei aufeinander aufbauenden zweitägigen Seminaren an der Landesfeuerwehrschule in Kassel fördern“, so Innenstaatssekretär Werner Koch.

Zusätzlich zu den Seminaren hat das Innenministerium einen Feuerwehr-Integrationspreis ausgelobt, bei dem sich Feuerwehren bewerben können, die gute Integrationsprojekte durchgeführt haben. Es stehen Preisgelder in Höhe von insgesamt 6.000 Euro zur Verfügung.

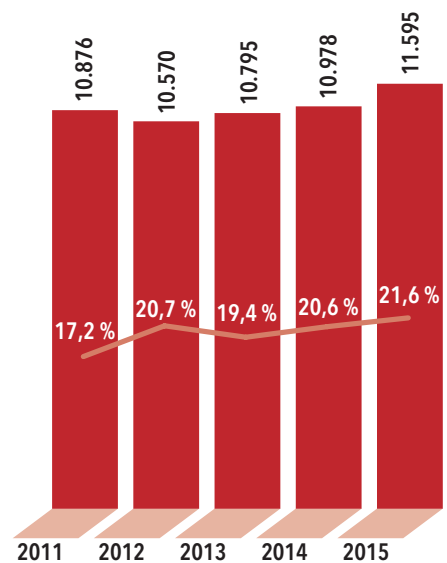


ACHT-PUNKTE-PROGRAMM GEGEN WONUNGS- EINBRECHER

Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz schließen neue Kooperationsvereinbarung

Im Juni haben sich Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zu einem verstärkten Kampf gegen Einbrecherbanden verbündet. Dazu haben die Innenminister eine länderübergreifende Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität unterzeichnet. Kern der Vereinbarung ist ein Acht-Punkte-Programm, das insbesondere einen schnelleren und besseren Informationsaustausch, eine stärkere, gemeinsame Täterfahndung sowie eine noch intensivere Zusammenarbeit bei konkreten Ermittlungsverfahren und in der Prävention vorsieht.

„Reisende Tätergruppen interessieren sich nicht für unsere Ländergrenzen. Deshalb müssen unsere Landespolizeien noch enger und schneller zusammenarbeiten. Wir bringen dabei insbesondere den in Hessen bereits erfolgreich praktizierten täterorientierten Ermittlungsansatz ein. Das heißt, es werden Ermittlungen zu allen Delikten, die einem Täter oder einer Gruppe zugeordnet werden können, zusammengeführt. Diese Bündelung von Ermittlungen soll auf die Kooperationsländer ausgeweitet werden, um bedeutsame Erfolge bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls zu erzielen“, so Innenminister Peter Beuth.



ACHT-PUNKTE-PLAN ZUR LÄNDERÜBERGREIFENDEN BEKÄMPFUNG DES WED

1. Die Ermittlungs- und Fahndungsbehörden intensivieren ihren Informationsaustausch. Das betrifft vor allem die Erstellung gemeinsamer Lagebilder sowie den Austausch von Ermittlungsergebnissen mit länderübergreifendem Bezug.
2. Die Länderpolizeien verstärken ihre täterorientierten Ermittlungen, um Serientäter und kriminelle Banden gemeinsam schneller hinter Schloss und Riegel zu bringen. Dazu gehört auch, dass Fahndungen und Ermittlungen länderübergreifend besser koordiniert werden.
3. Die Länder erarbeiten ein gemeinsames Bekämpfungskonzept gegen reisende Intensivtäter und osteuropäische Täterbanden, gerade auch im Hinblick auf Reise- oder Fluchtwege.
4. Es gibt künftig gemeinsame länderübergreifende Fahndungsmaßnahmen und Schwerpunktkontrollen.
5. Die Länderpolizeien arbeiten bei der der Kriminaltechnik noch enger zusammen. Das betrifft vor allem länderübergreifende Spurenabgleiche, beispielsweise bei Schuh- und Werkzeugspuren.
6. Die Länder bauen ein länderübergreifendes Präventionsnetzwerk auf, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger individuell über effektive Sicherungstechnik zu beraten. Fast jeder zweite Einbruch bleibt im Versuchsstadium stecken, weil die Täter gestört oder von einer wirkungsvollen Sicherungstechnik abgehalten wurden.
7. Die Polizeien intensivieren gemeinsam die internationale Zusammenarbeit. Dazu gehört insbesondere eine stärkere internationale Vernetzung mit Polizeibehörden aus Südosteuropa.
8. Die Länderpolizeien entwickeln gemeinsam den Ansatz des sogenannten ‚Predictive Policing‘ durch spezielle Prognosesoftware weiter. Dadurch können Polizeistreifen noch gezielter einbruchgefährdete Bereiche überwachen.

EINIGUNG ZUM SCHUTZ UNSERER EINSATZKRÄFTE ERZIELT

Innenministerkonferenz votiert

für hessisch-saarländische Initiative

Die Innenministerkonferenz hat im Juni beschlossen, Einsatzkräfte künftig besser vor gewaltsamen Angriffen zu schützen und sich damit der hessisch-saarländischen Initiative angeschlossen. „Mehr als ein Jahr nach den schockierenden Gewaltszenen bei der Eröffnung der EZB ist es nun gelungen, Einigkeit unter den Ländern zu erzielen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass wir die Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht akzeptieren dürfen. Deshalb hat Hessen auch eine eigene Bundesratsinitiative gestartet. Es freut mich sehr, dass wir nun eine Lösung zum Wohle der Frauen und Männer in Deutschland gefunden haben, die sich tagtäglich vor uns stellen und oftmals unter Einsatz ihrer eigenen Gesundheit oder gar ihres Lebens die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Die Bundesregierung ist

nun am Zug, rasch einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Schutz für Einsatzkräfte messbar zu verbessern“, sagte Innenminister Peter Beuth im Juni.

Mittlerweile hat der Bundestag auf Grundlage der hessischen Initiative ein neues Gesetz zum verbesserten Schutz der Einsatzkräfte beschlossen.

Die hessische Bundesratsinitiative hatte die Landesregierung direkt im Anschluss an die schweren Ausschreitungen rund um die Eröffnung der Europäischen Zentralbank am 18. März 2015 in Frankfurt am Main auf den Weg gebracht. Die Kernpunkte sind eine Mindestfreiheitsstrafe von einem halben Jahr, die Entkopplung der Strafbarkeit von der Vollzugsbehandlung sowie die Einbeziehung von Feuerwehrleu-

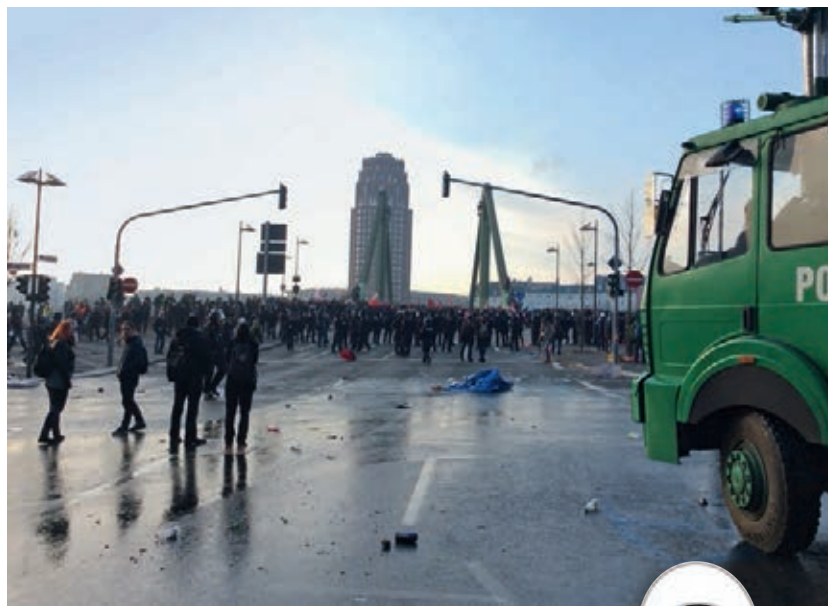


Nur die Spitze des Eisberges: Die Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste bei den schweren Krawallen in Frankfurt im März 2015 stellten nur einen Bruchteil der Übergriffe auf Einsatzkräfte im Jahr 2015 dar.

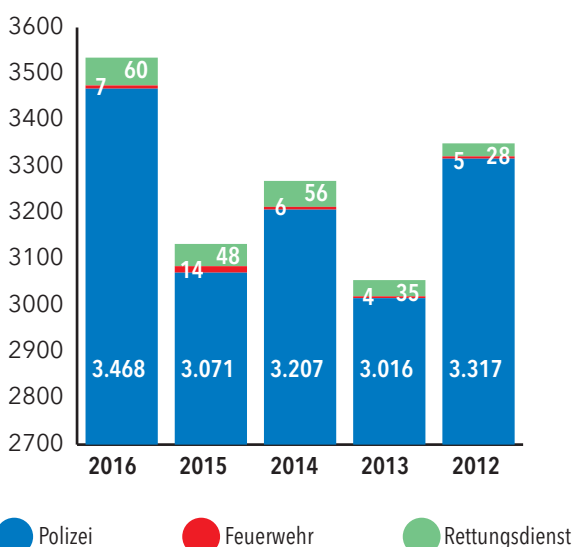
ten, Katastrophenschützern und Rettungsdiensten in den speziellen Schutz des angestrebten Gesetzes.

„Die Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte bei der EZB-Eröffnung haben das Problem überdeutlich gemacht: Helfer werden angegriffen, ohne dass die Täter eine harte Bestrafung fürchten müssen. Die Gewalt gegen diejenigen, die uns beschützen, ist ein bundesweites Problem“, erklärte der Innenminister. Fast 57.000 Angriffe auf Polizeivollzugsbeamte wurden 2015 registriert. Alleine in Hessen sind es jährlich mehr als 3.000. „90 Prozent der Übergriffe auf Polizeibeamte finden im Übrigen im normalen Einzeldienst statt, vor allem in den Abendstunden und wenn Alkohol im Spiel ist. Oftmals spielen da die zu bedauernde Respektlosigkeit und auch Imponiergehabe eine wichtige Rolle. Diese Angriffe können wir nicht akzeptieren und sie lassen sich auch nicht rechtfertigen“, so Peter Beuth.

„Ich bin sehr froh, dass die Innenministerkonferenz unsere Initiative aufgegriffen hat und damit auch den besonderen Unwert von Attacken auf Einsatzkräfte unterstreicht. Diese Frauen und Männer sind Repräsentanten unserer rechtsstaatlichen Gemeinschaft und verdienen es, dass der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen schafft, um ihre eigene Unversehrtheit bestmöglich zu gewährleisten“, sagte der hessische Innenminister. █



ÜBERGRIFFE AUF EINSATZKRÄFTE IN HESSEN



SCHUTZSCHLEIFE

Einhergehend mit der Bundesratsinitiative startete das Hessische Innenministerium eine Öffentlichkeitskampagne, mit der auf das Problem steigender Angriffe gegen die Einsatzkräfte aufmerksam gemacht und für mehr Rückendeckung für Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte geworben werden sollte, die sich mit ihrer täglichen Arbeit und oftmals auch mit ihrem Leben für das Gemeinwesen einsetzen. Im Rahmen dieser Kampagne wurde die Schutzschleife als Symbol der Solidarität mit den Einsatzkräften entwickelt: In den Farben Blau, Rot und Weiß gehalten, steht sie für die Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte in Hessen und ist ein Symbol für die Verbundenheit mit den Einsatzkräften.

Link zur hessischen Schutzschleife: <https://innen.hessen.de>

Link zum Download der hessischen Schutzschleife: <https://innen.hessen.de/presse/bildergalerie/schutzschleife>



JULI

HISTORISCHER STELLENZUWACHS FÜR DIE HESSISCHE POLIZEI

Innenminister Peter Beuth stellt Sicherheitspaket vor

Mehr als 1.000 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte werden bis 2020 in Hessen für mehr Sicherheit sorgen. Im Jahr 2017 werden 1.155 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter neu eingestellt. Das hat der hessische Innenminister Peter Beuth im Juli bei der Vorstellung des Sicherheitspakets, das die Hessische Landesregierung für den Haushalt 2017 beschlossen hat, bekanntgegeben. „Wir haben einen historischen Stellenzuwachs für die hessische Polizei vereinbart, sodass im nächsten Jahr der größte Ausbildungsjahrgang aller Zeiten starten wird. Das ist eine wichtige Investition in mehr Sicherheit und Teil der Gesamtstrategie der hessischen Polizei. Die Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus ist nach wie vor hoch – auch in Hessen – deshalb werden wir einen Schwerpunkt auf die personelle Stärkung insbesondere des Staatsschutzes legen“, betonte der Minister.

Anlässlich der Veranstaltung bei der I. Bereitschaftspolizeiabteilung in der Wiesbadener Mudra-Kaserne führten Polizeianwärter eine Kontrollmaßnahme, die Teil ihres aktuellen Ausbildungsbausteins ist, vor. Außerdem zeigten das Spezialeinsatzkommando (SEK) Frankfurt und Interventionsteams im Rahmen eines Übungsszenarios wie die Zusammenarbeit bei der Terrorabwehr der Polizeikräfte funktioniert.

1.010 ZUSÄTZLICHE POLIZEIVOLLZUGSBEAMTE IN DREI JAHREN:

Nach dreijähriger Studienzeit werden 2018 140 (für die Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 41 Stunden) zusätzlich ausgebildete Polizisten die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung verlassen. Im Jahr 2019 sind es 300 – die zusätzlichen Stellen wurden im Haushalt für 2016 beschlossen. Die nun für 2017 vereinbarten 570 weiteren Stellen für Polizistinnen und Polizisten führen dazu, dass 2020 insgesamt 1.010 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte innerhalb von drei Jahren eingestellt werden.

570 ZUSÄTZLICHE STELLEN AUS HAUSHALT 2017

Mit den 570 zusätzlichen Stellen des Sicherheitspakets für die hessische Polizei werden diese Themenschwerpunkte gestärkt:

- › 200 Stellen für den Staatsschutz
- › 120 Stellen für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität/Cybercrime
- › 250 Stellen für die Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum



Rauch, Feuer und jede Menge Polizei: Im Rahmen eines Übungsszenarios im Juli verkündete Innenminister Peter Beuth den historischen Stellenzuwachs von mehr als 1.000 zusätzlichen Beamten für die hessische Polizei bis zum Jahr 2020.

Das Sicherheitspaket beinhaltet insgesamt 590 zusätzliche Stellen: 570 Stellen für Polizeivollzugsbeamte (90 Stellen für die Arbeitszeitverkürzung + 480 neue Anwärterstellen). Hinzu kommen 20 weitere neue Stellen für das Landesamt für Verfassungsschutz. **I**



DIE 1.155 STELLEN FÜR 2017 BEI DER HESSISCHEN POLIZEI VERTEILEN SICH WIE FOLGT:

- › 479 Stellen sichern den Ersatzbedarf, der in 2020 durch Ruhestandsversetzungen entsteht.
- › 106 Anwärterstellen werden als zehnpromzentige Vorsorge für den Ausfall im Studium an der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) eingestellt (die Vorsorgequote basiert auf Erfahrungswerten – fällt der Studienausfall niedriger aus, werden trotzdem alle Absolventen in den Polizeivollzugsdienst übernommen).
- › 90 Stellen dienen als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 41 Wochenarbeitsstunden ab dem Jahr 2017.
- › 480 Anwärterstellen kommen zusätzlich zur hessischen Polizei und werden nach Absolvieren der Ausbildung 2020 in Vollzugsstellen gewandelt.

ZUR EINSTELLUNG NEUER POLIZEIVOLLZUGSANWÄRTER

„Auch wenn eine historische Anzahl von Anwärterinnen und Anwärtern ab sofort die Chance hat, bei der hessischen Polizei zu studieren, werden wir keinerlei Kompromisse bei der Qualität unseres Polizeinachwuchses eingehen“, unterstrich der Innenminister. Um die hohe Einstellungszahl bei der hessischen Polizei gewährleisten zu können, wurden bereits umfangreiche Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung initiiert. So wirbt die Polizei aktiv bei Ausbildungsmessen und Großveranstaltungen wie z. B. dem Hessestag oder auch bei virtuellen Messen. Auf der Facebook-Seite „Polizei Hessen Karriere“ werden Informationen zum Polizeiberuf zielgruppenorientiert angeboten und auf Youtube wurde ein eigener „Karriere Channel“ installiert. Alle Werbemaßnahmen sind grundsätzlich so konzipiert, um insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen.

Weitere Informationen zur Nachwuchswerbung bei der hessischen Polizei finden sich hier:

- › YouTube „Karriere Channel“: <https://www.youtube.com/channel/UCINtcYwVi0dD-GtgrPMPoA>
- › YouTube „Vielfalt für unser Team“: <https://www.youtube.com/watch?v=SDQoo1UUoHE>
- › Webseite der Polizei Hessen: <https://www.polizei.hessen.de/Karriere/Aktuelles/>
- › Facebook „Polizei Hessen Karriere“: <https://de-de.facebook.com/PolizeiHessen>



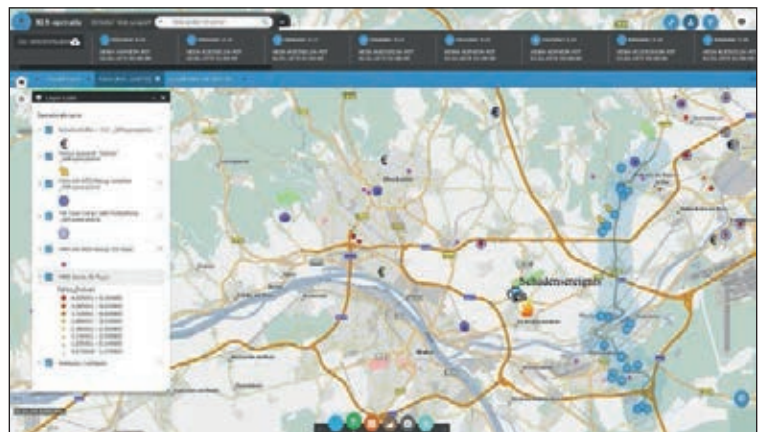
MODERNES INSTRUMENT GEGEN WOHNUNGSEINBRUCH- DIEBSTAHL

Innenminister Peter Beuth stellt „KLB-operativ“ vor

Innenminister Peter Beuth hat im Juli die Prognosesoftware „KLB-operativ“ (Kriminalitätslagebild) gemeinsam mit Experten des Hessischen Landeskriminalamts und des Polizeipräsidiums Westhessen vorgestellt. „Die hessische Polizei zeigt mit dieser Eigenentwicklung einer Prognose-Software, dass sie zu den innovativsten Polizeien Deutschlands zählt. Mit ‚KLB-operativ‘ wurde ein neues Instrument zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED) selbst entwickelt, welches nach den bisherigen Erfahrungen sehr erfolgsversprechend ist. Einbrüche bedeuten für Betroffene immer einen großen Einschnitt in ihren persönlichen Lebensbereich: Der Einsatz dieser Software dient der optimierten Kräftesteuerung und kann somit zu einer erfolgreicherer Bekämpfung des WED führen“, so der Innenminister im Polizeipräsidium Westhessen.

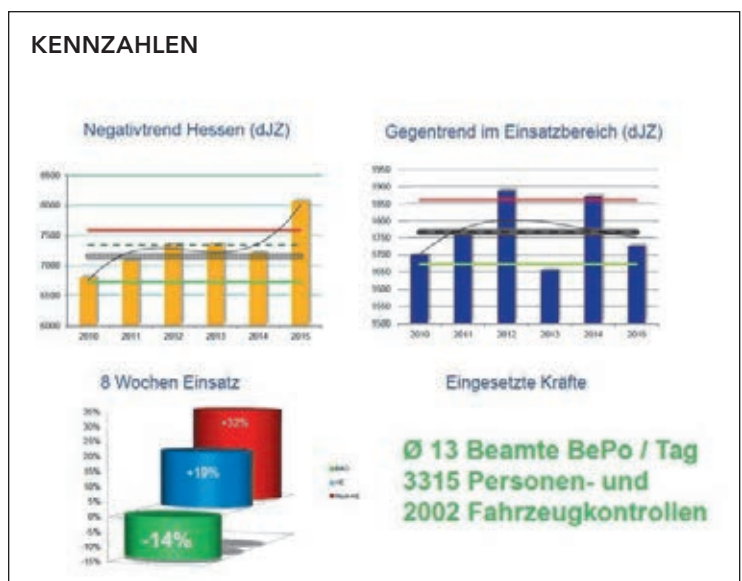
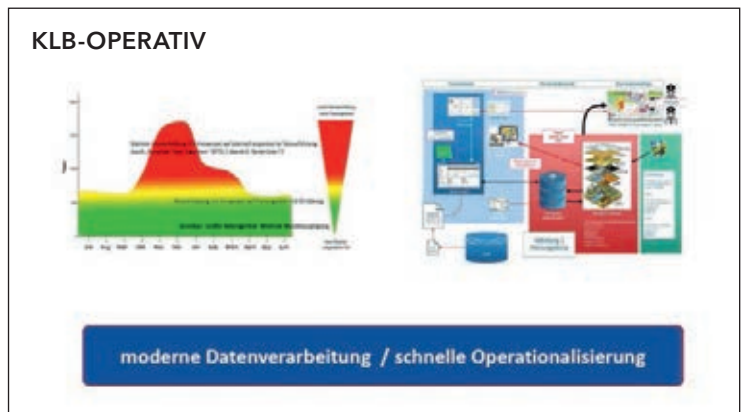
„Einbrüche hinterlassen nicht nur einen finanziellen Schaden, sondern auch betroffene Menschen, die diese Verletzung ihres geschützten Raumes verkraften müssen. Die hessische Polizei legt daher ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung des WED. Erfolgreiche Strafverfolgung und Prävention kann allerdings nur im Zusammenspiel unterschiedlichster Maßnahmen greifen.“

Technische Innovation gegen Einbrecherbanden: Die Prognosesoftware „KLB-operativ“ errechnet potenzielle kommende Ziele von Wohnungseinbrechern und erhöht so die Chance, Straftäter noch in Tatortnähe dingfest zu machen oder Einbrüche bereits im Vorfeld zu verhindern.



Die von der hessischen Polizei entwickelte Software „KLB-operativ“, welche Prognosen für künftige Wohnungseinbrüche zulässt, wurde während der „dunklen Jahreszeit“ im Zeitraum vom 26. Oktober bis 18. Dezember 2015 unter der Leitung des Hessischen Landeskriminalamtes in den Polizeidirektionen Wiesbaden, Main-Taunus, Main-Kinzig sowie Darmstadt-Dieburg erprobt. Aus den polizeilichen Datenbeständen konnten hier räumliche und zeitliche Schwerpunkte abgeleitet und bestimmte Verhaltensmuster der Täter erkannt werden. „Bei der Analyse dieser Fälle lassen sich vielfach Tatmuster erkennen, die auf professionelle, gezielt und planvoll vorgehende Serientäter schließen lassen. Diese Muster gilt es herauszufinden und in einem täglichen Arbeitsprozess grundsätzlich während der fallintensiven dunklen Jahreszeit zu bewerten“, so der Innenminister. An jedem Morgen wird die Lage des Vortages computerunterstützt aufgearbeitet, analysiert und auf einer Karte dargestellt. Auf der Grundlage der Ergebnisse werden eine Einsatzplanung und ein Bekämpfungskonzept für die nächsten 24 Stunden erstellt. Um die zur Verfügung stehenden Polizeibeamtinnen und -beamten möglichst effektiv einsetzen zu können, hat sich eine zentrale Kräftesteuerung als äußerst zielführend erwiesen. Auf Grundlage einer nunmehr verbesserten Kriminalitätsanalyse können die Einsatzkräfte sehr gezielt in ausgewiesenen Brennpunktregionen zu tatrelevanten Zeiten eingesetzt werden.

„KLB-operativ“ ist die Anwendung moderner Datenverarbeitungsansätze unter Beachtung der Aspekte einschlägiger kriminologischer Theorien und der kriminalistischen Erfahrungen sowie die schnelle operative Umsetzung der Ergebnisdaten. In einer wissenschaftlichen Untersuchung, in Kooperation mit einem Mitarbeiter der Universität Gießen, wurden die Wohnungseinbruchdiebstähle der vergangenen sechs Jahre analysiert und als Datengrundlage für die Bewertung der Lage in Hessen verwandt. Nach umfassenden Schulungsmaßnahmen soll „KLB-operativ“ im Jahr 2017 hessenweit zum Einsatz kommen.“





ZENTRALE SÄULE IN DER FLÜCHTLINGSHILFE

Land Hessen dankt ehrenamtlichen Katastrophenschützern

Der Hessische Katastrophenschutz hat im Jahr 2015 im Einsatz in der Flüchtlingshilfe herausragende Arbeit geleistet. Das betonte der hessische Innenminister Peter Beuth im Juli im Rahmen der Landeshelferparty im Freizeitpark „Taunus-Wunderland“ in Schlangenbad. Mit dem Fest bedankte sich das Land für den großartigen Einsatz der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe.

„Dass die Helferinnen und Helfer bereit sind, sich in ihrer Freizeit und weit darüber hinaus für andere einzusetzen, verdient unser aller Anerkennung und kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Die Ehrenamtlichen des Hessischen Katastrophenschut-

zes waren eine zentrale Säule in der Flüchtlingshilfe und hatten mit ihrem unermüdlichen Einsatz einen maßgeblichen Anteil daran, dass sämtlichen Flüchtlingen, die den Weg nach Hessen gefunden hatten, ein Dach über dem Kopf gegeben und Obdachlosigkeit vermieden werden konnte. Die Ereignisse haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, einen gut aufgestellten und gut ausgestatteten Katastrophenschutz vorzuhalten und vor allem natürlich: Wie wichtig es ist, dass wir gut ausgebildete und hochmotivierte Helferinnen und Helfer haben“, so Innenminister Peter Beuth.

Seit dem Jahr 2008 hat Hessen bislang mehr als 40 Millionen Euro in die Ausstattung des Katastrophenschutzes investiert. Um den Katastrophenschutz auch weiterhin nachhaltig zu stärken, wird das Land seine Ausstattungsoffensive fortsetzen. In naher Zukunft werden den Einheiten 23 neue Einsatzleitwagen Typ 2 im Gesamtwert von rund 9,2 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Zusätzlich ist die Beschaffung von fünf Abrollbehältern Hochleistungspumpen zur Stärkung des Hochwasserschutzes mit einem Beschaffungsvolumen von zwei Millionen Euro geplant. Diese stellen eine wichtige Ergänzung zu den 26 Gerätewagen Logistik Hochwasserschutz dar, die im Jahr 2014 an die Einheiten übergeben wurden.



Helferparty im Taunus-Wunderland: Das Land lud hessische Katastrophenschützer zu einer Dankeschönveranstaltung für deren Leistungen in der Flüchtlingshilfe in den Schlangenbader Freizeitpark.

DRUCK AUF WOHNUNGSEINBRECHER ERHÖHEN

Polizei geht mit Sommerkampagne

gegen Wohnungseinbruchdiebstahl vor

Innenminister Peter Beuth hat im Juli auf dem Gelände der Tank- und Rastanlage in Medenbach eine Kontrollstelle der Polizei besucht. Die Maßnahme war Bestandteil des umfangreichen Maßnahmenbündels der Sommerkampagne 2016 zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED). Vom 15. Juli bis 18. September 2016 wurden in ganz Hessen verstärkt Fahndungs-, Ermittlungs-, Kontroll- und Präventionsaktionen mit dem Schwerpunkt WED durchgeführt. Außerdem stellte der Minister den „Jahresbericht der Kriminal- und Verkehrsprävention 2015“ vor, der einen Überblick zu den umfangreichen Präventionsmaßnahmen der hessischen Polizei gibt.

„Ein Wohnungseinbruchdiebstahl stellt einen erheblichen Eingriff in das Sicherheitsempfinden und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger dar. Gerade die bevorstehende Urlaubszeit bietet den Tätern erfahrungsgemäß besonders günstige Bedingungen. Deshalb werden wir den Druck auf Wohnungseinbrecher erhöhen und gleichzeitig landesweit die Bevölkerung darauf hinweisen, wie sie sich besser schützen kann“, so Peter Beuth.

Ist der Briefkasten überfüllt, sind die Rollläden permanent geschlossen und wird sogar in sozialen Netzwerken mitgeteilt, dass der lang ersehnte Urlaub angetreten wurde, haben Einbrecher leichtes Spiel. Deshalb setzt die hessische Polizei bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls mit ihrer Sommerkampagne einen besonderen Schwerpunkt. Es werden Präventionsmaßnahmen durch lokale Aktionen wie „Wachsamer Nachbar“, Präventionsstreifen, Bürgergespräche, Vorträge zum Einbruchschutz oder auch sicherungstechnische Beratungen durchgeführt. Einen besonderen Fokus legt die hessische Polizei allerdings auch auf verstärkte Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen. Dies bedeutet die verstärkte Kontrolle von Reisewegen, An- und Verkaufsgeschäften, einschlägiger Hotels und Liegenschaften sowie des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Kontrollen sind Bestandteil des hessischen Zehn-Punkte-Programms gegen den WED. Dieses umfasst täterorientierte Ermittlungen, eine übergeordnete Fachaufsicht des Hessischen Landeskriminalamts, die Schaffung spezieller Organisationseinheiten, den Einsatz von Operativen Einheiten, die Weiterentwicklung von Auswertung und Analyse, die Einführung neuer Techniken, die Berücksichtigung saisonaler und regionaler Besonderheiten, die Prävention, das Konzept „Wachsamer Nachbar“ und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Die verkehrsgünstige Lage Hessens bietet reisenden Tätern gute Möglichkeiten, Tatorte zu erreichen und nach der Tat eine schnelle Flucht anzutreten. Daher werden die Kontrollen auf den Bundesautobahnen intensiviert, um Täter festzunehmen, Diebesgut sicherzustellen, neue Erkenntnisse zu gewinnen, aber auch um potenzielle Täter zu verunsichern.

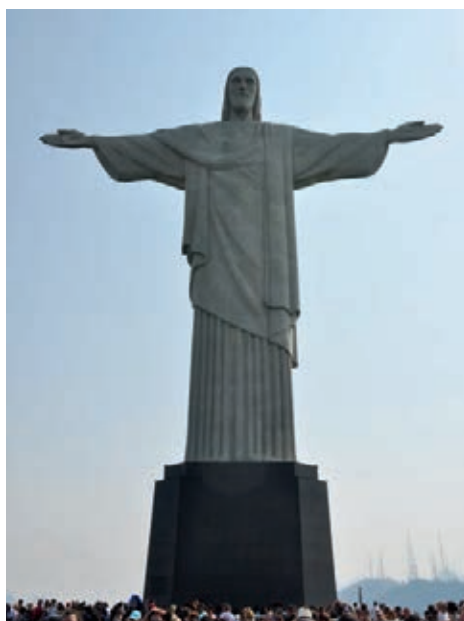


Mit Prävention und Repression gegen Wohnungseinbrecher: Die Sommerkampagne der hessischen Polizei verband Kontrollaktionen mit Informations- und Aufklärungsabend zum Schutz der eigenen vier Wände.

AUGUST



Auch in Rio spitzte:
Die Vertreterinnen
und Vertreter des
Sportlandes
Hessen feierten bei
den Olympischen
und Paralympischen
Spielen in Brasilien
insgesamt
zehn Medaillen.





DEM RUF ALS SPORTLAND GERECHT GEWORDEN

Hessische Athleten gewinnen in Rio zehn Medaillen

innen- und Sportminister Peter Beuth hat das deutsche olympische und paralympische Team zu den herausragenden Leistungen bei den Sommerspielen in Rio de Janeiro gratuliert. Die paralympischen Athletinnen und Athleten hatte der Minister im Rahmen eines Besuchs in Brasilien sogar vor Ort unterstützt.

„Insgesamt bin ich mit dem Auftreten der deutschen Mannschaften in Rio zufrieden. Sehr positiv stimmen mich dabei insbesondere die herausragenden Leistungen der hessischen Athletinnen und Athleten, die in Rio zehn Medaillen gewonnen haben. Hessen ist damit seinem Ruf als Sportland einmal mehr gerecht geworden“, so Sportminister Peter Beuth.

Die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro beurteilte der Sportminister in der Gesamtschau kritisch. Die Stadien und Hallen im Sport-interessierten Brasilien hätten zum Teil viele leere Plätze aufgewiesen, zudem hätten sich die Brasilianer mitunter auch als ein Publikum erwiesen, das nicht allen Teilnehmern Respekt für ihre Leistung zollt. Gleichzeitig erneuerte der Sportminister seine Kritik am Internationalen Olympischen Komitee (IOC), der Dopingbekämpfung offenkundig nicht die nötige hohe Priorität einzuräumen.

„Das IOC hat mit der Starterlaubnis für einen Teil der russischen Athletinnen und Athleten einen Fehler gemacht. Ein kompletter Ausschluss Russlands wäre dagegen das richtige Signal an jene Länder gewesen, die flächendeckend und staatlich gefördertes Doping betreiben. Das IOC muss dafür Sorge tragen, dass künftig weltweit jene Standards im Anti-Doping-Kampf gelten, die in Deutschland bereits seit Jahren umgesetzt werden. Umso höher ist daher die Entscheidung des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) einzuschätzen, russische Athletinnen und Athleten gänzlich von den Spielen auszuschließen. Mit dieser mutigen Entscheidung hat das IPC - im Gegensatz zum Internationalen Olympischen Komitee bei den Sommerspielen - ein klares Zeichen gesetzt: Im Kampf gegen das Doping kann es weder Ausreden noch Ausnahmen geben“, so Sportminister Peter Beuth.



SEPTEMBER



EXTREMISMUSPRÄVENTION MIT GANZHEITLICHEM ANSATZ

Hessen stellt 1,2 Millionen Euro für Salafismus-Prävention zur Verfügung

Das Land Hessen setzt im Kampf gegen den religiösen Extremismus auf ein vielfältiges Maßnahmenpaket. „Wir verfolgen beim Thema Prävention einen ganzheitlichen Ansatz, um zu verhindern, dass Menschen in den Extremismus abdriften. Mit unserem Konzept sind wir bundesweit Vorreiter, unser Präventionsnetzwerk dient mittlerweile als Rahmenkonzeption für andere Bundesländer“, so Innenminister Peter Beuth im September.

Als neue Maßnahmen berichtete das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Rahmen der Herbsttagung der Jugendamtsleitungen im Hessischen Landkreistag im Oktober 2016 über Präventionsmaßnahmen speziell für junge Menschen. Unter der Überschrift „Extremismusprävention – Land und Kommunen gemeinsam für Hessen“ lud das Innenministerium im Dezember 2016 zudem alle hessischen Bürgermeister ein, sich über die Strategie der Hessischen Landesregierung zur Extremismusprävention und -intervention sowie über Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes zu informieren. Damit sollten den Verantwortlichen vor Ort Impulse für die aktuelle oder künftige Arbeit in diesen Themenfeldern eröffnet werden. Zudem wurden die vielfältigen hessischen Beratungsangebote dargestellt.

Im Jahr 2015 startete unter Federführung des Hessischen Innenministeriums das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Aus diesem Programm standen für das Jahr 2015 im Bereich der Extremismusprävention im Kontext Islamismus Mittel in Höhe von 473.000 Euro zur Verfügung. Für das laufende Jahr 2016 wurden diese Mittel auf derzeit 1,2 Millionen Euro erhöht. Damit werden weiterhin Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen gefördert, die im Rahmen des „Präventionsnetzwerkes gegen Salafismus“ und der „Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“ umgesetzt werden.

Wesentliche Bestandteile des Hessischen Präventionsnetzwerkes gegen Salafismus sind die Beratung von bzw. die Deradikalisierungsarbeit mit Radikalisierten in einem frühen Stadium sowie ein Ausstiegsangebot, das Deradikalisierungsmaßnahmen für den konkreten Einzelfall entwickelt. Diese Arbeit wird von Violence Prevention Network (VPN) übernommen, bei dem die Zentrale Beratungsstelle – ein wesentlicher Baustein im Präventionsnetzwerk – angesiedelt wurde. Der zivilgesellschaftliche Träger hat mit seinen Experten die erforderliche Kompetenz, auf junge Leute aus der salafistischen Szene zuzugehen, um konkrete Hilfen anzubieten.

Im Rahmen des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus arbeiten die Experten des VPN landesweit mit jungen Menschen und ihren Angehörigen zusammen, um eine islamistische Radikalisierung zu verhindern. Die Beratungsstelle wurde jüngst durch die bundesweite Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ als eines der einhundert besten Projekte 2016 ausgezeichnet. Aktuell wird mit 104 Radikalisierten bzw. Gefährdeten gearbeitet, darunter befinden sich auch Syrienrückkehrer. 119 Angehörige, deren Kinder oder Freunde gefährdet sind, werden unterstützend beraten und begleitet. Zudem wurden mehr als 100 Workshops an hessischen Schulen durchgeführt. An 89 Institutionen haben darüber hinaus Beratungsgespräche stattgefunden.

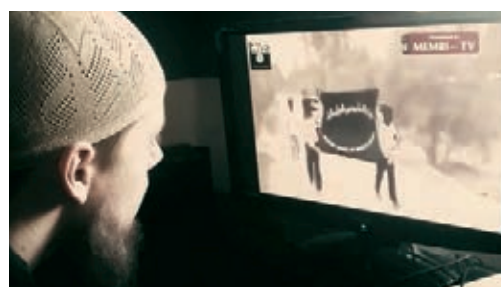
„Die aktuellen Zahlen zeigen, dass ein großer Beratungs- und Unterstützungsbedarf gefährdeter junger Menschen sowie betroffener Eltern besteht. Mit seinem Präventionsnetzwerk hat Hessen eine strategische Ausrichtung, bei der sowohl die Prävention als auch die Beratung von Gefährdeten und islamistisch Radikalisierten und die Deradikalisierungsarbeit bzw. Ausstiegsbegleitung im Zentrum der Arbeit stehen“, so Innenminister Peter Beuth.

Zum Landesprogramm gehören Informationsveranstaltungen für Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Aufklärungsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen über das Phänomen Salafismus. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf möglichen islamistischen Rekrutierungsversuchen in und im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften. Koordiniert werden die Maßnahmen durch das HKE. Dabei informieren muttersprachliche Beamtinnen und Beamte mit eigener Migrationsgeschichte, Migrationsbeauftragte der Polizei, Expertinnen und Experten für politische Bildung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von VPN in enger Abstimmung mit der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung Flüchtlinge über die Gefahren des Salafismus sowie über die Rolle der Polizei im Allgemeinen und über wesentliche Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft. Die Veranstaltungen für Flüchtlinge finden großen Anklang und es konnten bislang in 14 Erstaufnahmeeinrichtungen insgesamt 27 Veranstaltungen durchgeführt werden. Dadurch wurden insgesamt etwa 4.100 Flüchtlinge erreicht. Weitere Veranstaltungen sind bereits geplant.

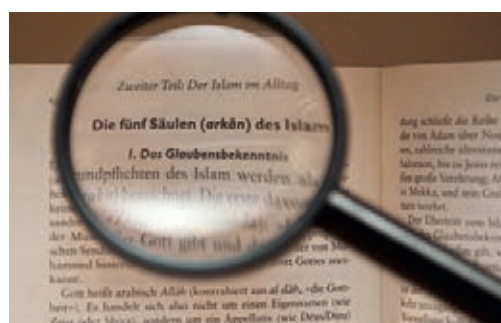
Parallel zu den Informationsveranstaltungen für Flüchtlinge finden seitens des Landesamts für Verfassungsschutz in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen Sensibilisierungs- und Aufklärungsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Phänomen Salafismus und die daraus resultierenden Gefahren sowie zu den Themen Salafismus, Islamischer Staat, Erkennbarkeit von Radikalisierungsprozessen, Anwerbestrategien und über Beratungs- und Hilfsangebote statt. Ebenso werden ehrenamtliche Unterstützer sowie das Wachpersonal der jeweiligen Unterkünfte geschult, um vor Ort die Sensibilität für mögliche Gefahren durch extremistische Agitation zu schärfen.

INFO

Das HKE hat einen 17-minütigen Schulungsfilm „RADIKAL“ inklusive Begleitmaterial erstellen lassen, der sich mit der phänomenübergreifenden (virtuellen) Radikalisierung Jugendlicher auseinandersetzt und ihr entgegenwirkt. Das Projekt wurde in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium und der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien unter Einbeziehung zahlreicher Experten aus den Bereichen Polizei, Verfassungsschutz, zivilgesellschaftliche und staatliche Prävention, Islamwissenschaft, Medienkompetenz und politische Bildung verwirklicht. Der Film ist für die Präventionsarbeit mit jungen Menschen (etwa ab 14 Jahren) geeignet und zeichnet Radikalisierungsprozesse in den Phänomenbereichen „Linksextremismus“, „Rechtsextremismus“ und „Islamismus/Salafismus“ nach. Stand Februar 2017 wurden über 6.000 Filme hessen- und bundesweit verteilt.



Entschlossen gegen religiösen Extremismus:
Das Land investierte im Jahr 2016 rund
1,2 Millionen Euro in die Salafismus-Prävention.





POLIZEIBERUF HAT NICHTS VON SEINER FASZINATION VERLOREN

559 Männer und Frauen beginnen mit dem Studium an der HfPV

innenminister Peter Beuth hat im September 263 Frauen und Männer an der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) in Wiesbaden begrüßt, die als Polizeikommissaranwärterinnen und Polizeikommissaranwärter bei der hessischen Polizei eingestellt werden. Hessenweit werden 559 junge Menschen ihre Polizeiausbildung aufnehmen. Somit stellt das Land Hessen im Jahr 2016 890 Anwärter an. Rund 6.600 hatten sich für den Job bei der Polizei beworben.

„Das Interesse so vieler junger und motivierter Menschen zeigt, dass der Polizeiberuf nichts von seiner Faszination verloren hat und dass das Land Hessen ein höchst attraktiver Arbeitgeber ist. Es freut mich, dass sich so viele junge Anwärterinnen und Anwärter in den Dienst unserer Gemeinschaft stellen wollen. Sie werden künftig ein weiterer wichtiger Baustein unserer Sicherheitsarchitektur sein“, so der Minister.

INFORMATIONEN ZUM STUDIUM

- › Das dreijährige Studium an der HfPV endet mit dem Abschluss Bachelor of Arts.
- › Zwei Studiengänge werden angeboten: Schutzpolizei und Kriminalpolizei.
- › Die Ausbildung zeichnet sich durch eine hohe Verzahnung zwischen Theorie und Praxis aus.
- › Ziel des Bachelor-Studiengangs „Bachelor of Arts“ der HfPV ist es, Absolventinnen und Absolventen für ihre Verwendung in den Dienst- und Ermittlungsgruppen (Studiengang Schutzpolizei) und in den Fachkommissariaten (Studiengang Kriminalpolizei) auf fachlich hohem Niveau mit umfangreichem Fach- und Methodenwissen für den flexiblen Einsatz in der hessischen Polizei zu befähigen.

Einstellungsvoraussetzungen:

- › Abitur, Fachhochschulreife oder Meisterprüfung
- › Polizeidiensttauglichkeit
- › Mindestgröße: 1,60 m
- › Höchstalter: 32 Jahre am Tag der Einstellung
- › Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung
- › gerichtlich nicht bestraft

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht erforderlich. Für EU-Bürger gelten die gleichen Voraussetzungen. Nicht-EU-Bürger müssen fünf Jahre in Deutschland gelebt haben, im Besitz einer gültigen Niederlassungserlaubnis sein und müssen die Muttersprache in Wort beherrschen. Bewerberinnen und Bewerber mit einem mittleren Bildungsabschluss können sich auch bewerben, müssen aber vor Einstellung in die hessische Polizei noch an einer Fachoberschule die Fachhochschulreife erwerben.

VORBILD BEI DER BEKÄMPFUNG VON DOPING

Hessen unterstützt NADA und Landessportbund

Die Dopingproblematik gefährdet die Grundfesten des nationalen und internationalen Spitzensports. Das betonte Innenminister Peter Beuth im September in Frankfurt im Rahmen eines Podiumsgesprächs des Hessischen Landessportbundes (LSBH) anlässlich der Übergabe eines Fahrzeugs zur präventiven Anti-Doping-Arbeit an die Nationale Antidoping-Agentur (NADA) sowie zweier Zuwendungsbescheide zur Unterstützung der Anti-Doping-Bemühungen des LSBH in Gesamthöhe von rund 20.000 Euro. Um die Integrität und Glaubwürdigkeit des Sports zu schützen, seien weitgreifende Maßnahmen und ein kompromissloses Vorgehen gegen Dopingverstöße notwendig, so Beuth.

„Das Internationale Olympische Komitee hat mit seiner Entscheidung, einen Teil der russischen Athleten bei den Olympischen Spielen in Rio starten zu lassen, die einmalige Gelegenheit verpasst, beim Thema Doping eine klare Linie zu vertreten und durchzusetzen. Nur ein kompletter Ausschluss Russlands hätte Signalwirkung gehabt. Deutschland hingegen zeigt, wie der Kampf gegen Doping und Leistungsmanipulation richtig und konsequent geführt wird. Wir fungieren als Vorbild bei der Bekämpfung von Doping. Das Anti-Doping-Gesetz des Bundes regelt, dass systematischer Dopingmissbrauch auf effektive Weise strafrechtlich verfolgt wird. Das Gesetz ist eine deutliche Kampfansage an Doper im Spitzensport und deren Helfer im Hintergrund und besitzt zudem Symbolkraft: Es macht den Sport sauberer, glaubwürdiger und fairer“, so Innenminister Peter Beuth.

Der Kampf gegen Doping müsse allerdings auf allen Ebenen geführt werden. Dazu seien neben Athleten, Trainern und Betreuern auch die Verbände und Vereine sowie Schulen gefragt. „Vor allem aber müssen wir unsere Nachwuchssportler von Täuschungen und Betrügnern fern halten und sie für die Gefahren des Dopings sensibilisieren, insbesondere auch was die gesundheitlichen Folgen angeht. Natürlich es auch wichtig, die Präventionsarbeit in Sachen Doping zu verstetigen und einer Einrichtung zu überlassen, die unparteiisch ist und alle gesellschaftlich bedeutsamen Akteure erreichen und einbinden kann. Die NADA ist dabei das Flaggschiff der Anti-Doping-Koalition in Deutschland“, so Beuth.

Hessen setzt die gemeinsamen Anstrengungen mit der NADA fort und leistet dabei seine Unterstützung: Es fördert ein Fahrzeug zur präventiven Anti-Doping-Arbeit mit rund 12.000 Euro. Das Fahrzeug wird in erster Linie dazu dienen, die Präventionsaktivitäten in Hessen zu verstärken. „Mit der Förderung positionieren wir uns im Anti-Doping-Kampf ganz deutlich. Der entschlossene, flächendeckende Kampf gegen Dopingmissbrauch ist ein Teil des Sportlandes Hessen und unserer Sportpolitik“, so Innenminister Peter Beuth.



Mobil im Anti-Doping-Kampf:
Das Land förderte ein Fahrzeug zur präventiven Anti-Doping-Arbeit mit rund 12.000 Euro.

ISLAMISTISCHER TERRORISMUS GRÖSSTE GEFAHR FÜR BEVÖLKERUNG

Arbeit des Verfassungsschutzes

ist unerlässlich für die Sicherheit in Hessen

Der islamistische Terrorismus stellt die größte Gefahr für die Bevölkerung in Hessen dar. Das betonte der hessische Innenminister Peter Beuth, der im September in Wiesbaden gemeinsam mit Robert Schäfer, Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV), den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 präsentierte.

„Die schrecklichen Anschläge in Frankreich, Belgien, aber auch in Bayern, haben gezeigt, dass der islamistische Terrorismus in Europa und in Deutschland angekommen ist. Wir befinden uns im Fadenkreuz von Extremisten, die unsere Art zu leben ablehnen und unsere freie Gesellschaft offen bedrohen. Auch wenn die Sicherheitsbehörden höchst wachsam sind und mit größtem Einsatz dafür arbeiten, Anschläge zu verhindern, kann es keine absolute Sicherheit geben. Nie war es in der 70-jährigen Geschichte Hessens wichtiger, dass wir über einen starken und leistungsfähigen Verfassungsschutz verfügen. Um unsere Bevölkerung zu schützen und unsere Werte verteidigen zu können, ist es von herausragender Bedeutung, dass das Landesamt über die notwendigen personellen und nachrichtendienstlichen Mittel verfügt“, unterstrich der hessische Innenminister Peter Beuth.

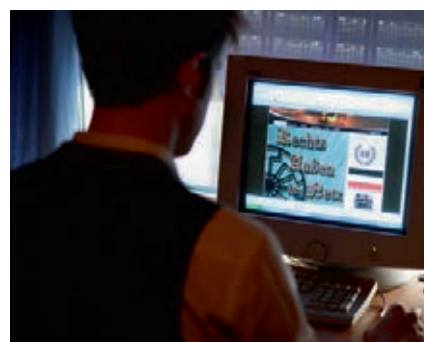
In den vergangenen Jahren seien bereits wichtige Weichen gestellt worden. „Die operative Ausrichtung des Verfassungsschutzes in Hessen hat begonnen und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Bis zum Ende des Jahres 2017 wird das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz einen rund 30-prozentigen Stellenzuwachs erfahren. Das ist eine notwendige Investition in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Mit diesen Stellen wurden insbesondere auch die Bearbeitung des Rechtsextremismus und des Salafismus verstärkt. Wir werden in Hessen Extremismus gleich welcher Couleur nicht dulden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorgehen“, so der Innenminister.

Neben nachrichtendienstlichen Mitteln intensivierte das LfV im Kampf gegen den Extremismus im Jahr 2015 erneut seine Präventionsarbeit: Die meisten der 202 Veranstaltungen wurden im vergangenen Jahr zu den Aufgabenfeldern Salafismus sowie Rechtsextremismus und





Problemfelder Islamismus und Rechtsextremismus: Anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2015 informierte Innenminister Peter Beuth über den 30-prozentigen Stellenzuwachs für den Verfassungsschutz in Hessen. Mit den neuen Stellen werden insbesondere die Bearbeitung des Rechtsextremismus und des Salafismus verstärkt.



Wirtschaftsschutz durchgeführt. Bereits im Jahr 2014 hat das LfV die Anzahl seiner Sensibilisierungsveranstaltungen zum Thema Salafismus deutlich auf 58 erhöht. Im vergangenen Jahr wurden die Präventionsbemühungen zur Bekämpfung des Salafismus nochmals gesteigert: Das LfV hat insgesamt über 80 solcher Veranstaltungen durchgeführt. „Die frühzeitige Präventionsarbeit ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den politischen und religiösen Extremismus in Hessen“, so der Innenminister.

Wie bereits in den Jahren zuvor informierte das LfV eine Vielzahl von Multiplikatoren - insbesondere im Bereich der Jugendbildung - über Radikalisierung, extremistische Bestrebungen sowie Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz. Das LfV hat seine Präventionsarbeit dabei insgesamt auf einem hohen Niveau etabliert. |

Der komplette Verfassungsschutzbericht 2015 ist unter <https://lfv.hessen.de> abrufbar.

HINTERGRUND: REFORMPROZESSE IM LFV

Als einen Teil des bereits begonnenen, umfassenden Reformprozesses strukturiert der Verfassungsschutz in Hessen seine Abteilungen neu, um verschiedene Extremismus-Phänomene in Analyse und Tiefenschärfe eingehender zu beobachten. Die Bearbeitung des Rechts- und des Linksextremismus sowie des Islamismus, des islamistischen Terrorismus und Salafismus jeweils durch eine eigenständige Abteilung bietet die Gewähr einer intensiveren und fokussierten Sachbearbeitung. Kompetenz, Wissen und Sensibilität lassen sich in eigenständigen Abteilungen besser und zukunftsorientierter entwickeln als in den bisherigen heterogenen Strukturen. Zudem werden die zum Teil ideologisch korrespondierenden Phänomenbereiche des Links- und Ausländerextremismus nunmehr in einer Abteilung zusammengeführt.

Mit den Änderungen wird die Organisationsstruktur des LfV derjenigen des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) angenähert, um die dortigen Informationsstränge unmittelbarer nutzbar zu machen und so einerseits einen noch besseren Informationsaustausch mit dem BfV zu erreichen, andererseits aber auch den Informationsfluss in den einzelnen Abteilungen und Dezernaten zu verbessern.

Die Fortentwicklung der Sicherheitsarchitektur in Hessen bleibt eine Daueraufgabe. Um diesem umfangreichen Bündel an Anforderungen gerecht zu werden, erhält der Verfassungsschutz in Hessen bis zum Ende des Jahres 2017 einen rund 30-prozentigen Stellenzuwachs.

Zudem bildet das LfV Hessen seit dem 1. Oktober 2015 hessische Anwärtler an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im Fachbereich Nachrichtendienste aus - dies ist für eine Landesbehörde bisher einzigartig.

OKTOBER



HESSISCHES MODELL BUNDESWEIT EINMALIG

Land fördert Interkommunale

Zusammenarbeit mit rund 13,5 Millionen Euro

Die Förderung und Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit ist für die Hessische Landesregierung eine wichtige Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe. Das betonte Innen- und Kommunalminister Peter Beuth im Oktober im Landtag. Schon heute sei die Interkommunale Zusammenarbeit in Hessen ein Erfolgsmodell, so Beuth.

„Mit unserem einfachen, unbürokratischen Programm nehmen wir eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Das hessische Modell der Interkommunalen Zusammenarbeit ist durch die Komponenten Förderprogramm und Kompetenzzentrum durch die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden deutschlandweit einmalig. Das Land hat seit dem Jahr 2004 insgesamt fast 200 kommunale Kooperationen mit mehr als 1.000 manchmal auch mehrfach eingebundenen Gemeinden gefördert. Dabei haben wir eine Gesamtsumme von rund 13,5 Millionen Euro in unterschiedlichste Projekte investiert und die hessischen Kommunen so in ihrem Streben nach freiwilliger Zusammenarbeit unterstützt“, so Innenminister Peter Beuth.

Um insbesondere den kleineren Kommunen unter 7.500 Einwohnern noch weitere Möglichkeiten einer Interkommunalen Zusammenarbeit zu geben, hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode verstärkt die Aktivitäten dahin gelenkt, ganzheitlichere Formen der Verwaltungszusammenarbeit stärker in den Fokus der Kommunen zu bringen. Dazu gehört zum Beispiel die aktive Unterstützung der Kommunen bei der Bildung von Gemeindeverwaltungsverbänden bis hin zur Möglichkeit der Fusion von Gemeinden.

„Verwaltungsgemeinschaften bieten die Möglichkeit, Einsparungen zielführend vorzunehmen, ohne dabei den Bürgerinnen und Bürgern Nachteile entstehen zu lassen. Aufgrund der demografischen und finanziellen Entwicklung kann dies insbesondere bei kleineren ländlichen Gemeinden angezeigt sein. Hessen hat sogar finanzielle Anreize geschaffen, um Fusionsprozesse auf der gemeindlichen Ebene anzustoßen und durch die teilweise Abnahme von Altschulden attraktiv zu fördern“, so Innenminister Peter Beuth.



Kreise/kreisfreie Städte	Fördersumme gesamt in €	Anzahl der Kooperationen
Landkreis Bergstraße	80.000	2
Landkreis Darmstadt-Dieburg	60.000	2
Landkreis Groß-Gerau	130.000	2
Hochtaunuskreis	25.000	1
Odenwaldkreis (Zusammenfassung von 2 Bescheiden = Projektunterstützung)	170.000	2
Landkreis Offenbach	100.000	1
Wetteraukreis	30.000	1
Landkreis Gießen	150.000	2
Landkreis Marburg-Biedenkopf	475.000	5
Vogelsbergkreis	600.000	1
Landkreis Fulda	250.000	4
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	385.000	6
Landkreis Kassel	100.000	1
Schwalm-Eder-Kreis	95.000	2
Landkreis Waldeck-Frankenberg	200.000	1
Werra-Meißner-Kreis	210.000	3
GESAMT	3.110.000	36

WICHTIGER BAUSTEIN IM KAMPF GEGEN DEN EXTREMISMUS

Haushalt 2017: 3,8 Millionen Euro

für Landespräventionsprogramm veranschlagt

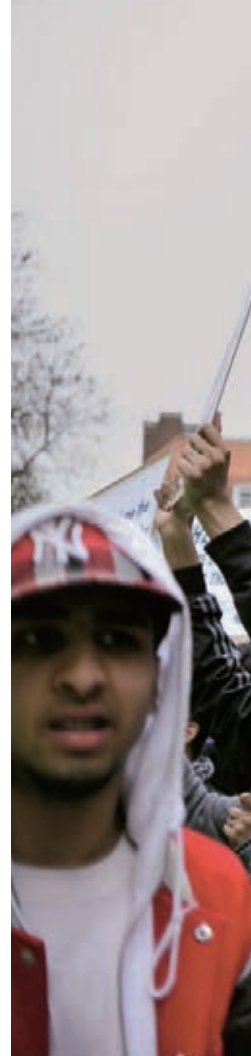
Das Land führt sein Landesprogramm zur Extremismus-Prävention auch im Jahr 2017 auf hohem Niveau fort. Für das Haushaltsjahr 2017 hat Hessen für das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ - rund 3,8 Millionen Euro veranschlagt. Das sagte der hessische Innenminister Peter Beuth im Oktober im Landtag.

„Die Präventionsarbeit ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Extremismus, den wir auch in den kommenden Jahren mit Nachdruck führen werden. Wir verfolgen in Hessen dabei einen ganzheitlichen Ansatz, um zu verhindern, dass Menschen sich von der Gesellschaft abkoppeln und in den Extremismus abdriften. Mit unserem Landesprogramm senden wir eine eindeutige Botschaft: Unsere freiheitliche Gesellschaft wird keine Form des Extremismus akzeptieren“, so Innenminister Peter Beuth.

Das im Jahr 2015 initiierte Konzept beinhaltet verschiedene Programme und Projekte, um extremistischen Bestrebungen jeglicher Couleur präventiv zu begegnen. Dazu gehört die bereits 2014 eingerichtete „Beratungsstelle Hessen - Religiöse Toleranz statt Extremismus“, die bei dem Träger Violence Prevention Network (VPN) angebunden wurde. Im Rahmen des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus arbeiten die Experten des VPN landesweit mit jungen Menschen und ihren Angehörigen zusammen, um eine islamistische Radikalisierung zu verhindern.

„Die aktuellen Zahlen zeigen, dass ein großer Beratungs- und Unterstützungsbedarf gefährdeter junger Menschen sowie betroffener Eltern besteht. Mit seinem Präventionsnetzwerk hat Hessen eine strategische Ausrichtung, bei der sowohl die Prävention als auch die Beratung von Gefährdeten und islamistisch Radikalisierten und die Deradikalisierungsarbeit bzw. Ausstiegsbegleitung im Zentrum der Arbeit stehen“, so Innenminister Peter Beuth.

Auch im Themenfeld des Rechtsextremismus hat das Land seine präventiven Bemühungen verstärkt. Auf dem Unicampus der Philipps-Universität Marburg ist das Demokratiezentrum Hessen zuhause. Von hier aus wird das „beratungsNetzwerk hessen - gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ koordiniert. Ziel der Arbeit des Demokratiezentrums Hessen ist es, insbesondere auch unter dem Eindruck der aktuellen Flüchtlingsthematik, die Entstehung rechts-





3,8 Millionen für den Kampf gegen den Extremismus: Das Land führt sein Landesprogramm zur Extremismus-Prävention auch im Jahr 2017 auf hohem Niveau fort.

populistischer und rassistischer Einstellungen zu verhindern bzw. bei denen zu intervenieren, die bereits in den rechtsextremen Bereich abgedriftet sind.

Seit 2014 werden Kommunen auch bei der Neuaufnahme von Flüchtlingen insbesondere zur Schaffung einer Willkommenskultur vor Ort und zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen beraten. Das Angebot der kostenlosen Vorfeldberatung trägt zur Vermeidung von Konflikten sowie zur Deeskalation im Kontext von Flüchtlingsunterbringungen bei und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von Ängsten und Vorurteilen.

Ebenfalls an das Demokratiezentrum angebunden wurde die neu geschaffene Beratungsstelle „response“ für Opfer rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. „Die Stelle ist ein wichtiges Signal dafür, dass Betroffene in unserer Gesellschaft nach Übergriffen oder Anfeindungen nicht alleine gelassen werden“, so Innenminister Peter Beuth.

Mit dem Präventionsprogramm schafft das Land auch in Zukunft einen finanziellen Rahmen für engagierte Akteure der Zivilgesellschaft, um wichtige Maßnahmen der Prävention, der Intervention und der Deradikalisierungsarbeit umsetzen zu können. Mit der Umsetzung des Programms im Jahr 2015 hat Hessen ein deutliches Zeichen gesetzt, dass sich sowohl die Landesregierung als auch die Zivilgesellschaft gemeinsam aktiv für die Demokratie einsetzen.

„Das Engagement zivilgesellschaftlicher Träger ist eine wichtige und wertvolle Ergänzung der staatlichen Bemühungen im Kampf gegen den Extremismus. Mit dem Landesprogramm und seiner Aufstockung ist es uns gelungen, eine ausgewogene Balance im Zusammenspiel zwischen staatlicher Verantwortung und gesellschaftlichem Engagement zu schaffen, die das Vertrauen der Bürger in die Sicherheitsarchitektur des Landes stärkt und rechtfertigt“, so Innenminister Peter Beuth. |

NOVEMBER



WEICHEN FÜR SICHERE HESSISCHE ZUKUNFT GESTELLT

Land stärkt

Sicherheitsarchitektur: 1.000 zusätzliche Polizisten bis 2020

1.155 Polizeianwärter, 570 neue Stellen im Polizeivollzug und zusätzliche Investitionen in die Ausstattung der hessischen Polizei: Der Haushaltsplan 2017 der Hessischen Landesregierung stärkt die Innere Sicherheit mit einem Maßnahmenpaket in historischer Dimension. „Die zurzeit angespannte Sicherheitslage stellt auch unsere Sicherheitsbehörden vor Herausforderungen. Um die Frauen und Männer gezielt zu entlasten, die sich tagtäglich in den Dienst der Gesellschaft stellen, hat die Hessische Landesregierung eine beispiellose Einstellungsoffensive sowohl bei der Polizei als auch beim Landesamt für Verfassungsschutz beschlossen. Damit stellen wir die Weichen für eine sichere hessische Zukunft“, sagte Innenminister Peter Beuth im November anlässlich der Generaldebatte zum Haushalt für das Jahr 2017 im Hessischen Landtag.



SICHERHEITSARCHITEKTUR DURCH MASSNAHMENPAKET NACHHALTIG GESTÄRKT

- › Das **Sicherheitspaket** beinhaltet für das Jahr 2017 insgesamt 590 zusätzliche Stellen: 570 Stellen für Polizeivollzugsbeamte, davon 90 Stellen zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung und 480 neue Anwärterstellen, sowie 20 weitere neue Stellen für das Landesamt für Verfassungsschutz.

- › **Bis zum Jahr 2020 werden mehr als 1.000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte** für mehr Sicherheit in Hessen sorgen: Nach dreijähriger Studienzeit werden 2018 140 (für die Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 41 Stunden) zusätzlich ausgebildete Polizisten die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung verlassen. Im Jahr 2019 sind es 300 – die zusätzlichen Stellen wurden im Haushalt für 2016 beschlossen. Die nun für 2017 vereinbarten 570 weiteren Stellen für Polizistinnen und Polizisten führen dazu, dass 2020 insgesamt 1.010 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte innerhalb von drei Jahren eingestellt werden.

- › Die **Ausstattung der hessischen Polizei** wird auf einem hohen Niveau fortgeführt. „Jährlich werden wir mehr als zwei Millionen Euro zusätzlich investieren, um die Schutzausstattung und die Bewaffnung der Beamtinnen und Beamte den zukünftigen Herausforderungen anzupassen“, so Innenminister Peter Beuth.

- › Das Land stellt zusätzliche Mittel bereit, um zwei weitere **Häuser des Jugendrechts** einrichten zu können. „Neben der Beschleunigung von Strafverfahren im Bereich der Jugenddelinquenz sollen straffällige Jugendliche frühzeitig vor dem Abgleiten in kriminelle Karrieren erreicht, ihnen zeitnah staatliche Reaktionen auf normwidriges Verhalten aufgezeigt und so eine langfristige Reduzierung von Jugenddelinquenz erreicht werden“, sagte der Innenminister.

- › Der Haushaltsplan für 2017 sieht vor, die Mittel zur Förderung der **Videoüberwachung** in hessischen Kommunen um eine Million auf rund 1,3 Millionen Euro zu erhöhen. „Gerade die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln und ande-

ren Großstädten zeigen, wie wichtig der Ausbau und die Modernisierung von Videoüberwachungsanlagen auf öffentlichen Wegen und Plätzen sind. „Die erweiterte Videoüberwachung ist ein wichtiger Baustein, um den öffentlichen Raum sicherer zu machen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürgern zu stärken“, so Innenminister Peter Beuth.

- › Im kommenden Jahr soll ein im Hessischen Innenministerium angesiedeltes Cyber-Kompetenzzentrum auf die Informationsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in der Kriminalitätsentwicklung eingehen und ein umfassendes Beratungsangebot im Hinblick auf kriminalpräventive Maßnahmen erarbeiten.

- › Die **Extremismusprävention** in Hessen wird auch im kommenden Jahr auf gleichbleibend hohem Niveau fortgeführt. „Mit der nunmehr geplanten Erhöhung der Mittel für die Opferberatung machen wir zudem deutlich, dass Extremismus – gleich welcher Art – in Hessen keinen Platz hat“, so Innenminister Peter Beuth.

BRANDSCHUTZFÖRDERUNG IN HESSEN BUNDESWEIT BEISPIELHAFT

Alleine im Jahr 2015 investierte die Landesregierung insgesamt mehr als zwölf Millionen Euro in die Förderung von Neubauten und Erweiterungen von Feuerwehrräumen sowie Feuerwehrfahrzeugen. „Mehr als 76.000 haupt- und vor allem ehrenamtliche Feuerwehrangehörigen gewährleisten in Hessen mit ihrem herausragenden Engagement ein funktionierendes Hilfeleistungssystem. Das Land unterstützt dieses Engagement nach Kräften. Daher werden wir die Förderung des Brandschutzes auch weiterhin auf einem bundesweit beispielhaft hohen Niveau von garantiert 30 Millionen Euro aufrechterhalten“, so Innenminister Peter Beuth.

SPORTFÖRDERUNG WIRD AUF HOHEM NIVEAU FORTGEFÜHRT

Die Hessische Landesregierung misst dem Sport eine herausragende gesellschaftliche Bedeutung bei. Er bildet die größte aktive und mitgliederstärkste Bürgerbewegung in Deutschland und nicht zuletzt auch im Sportland Hessen. „Daher ist es ein wichtiges Signal, dass wir das hohe Niveau der Sportfördermittel auch in Zukunft fortsetzen werden. Da uns die Förderung der Vereinsarbeit besonders wichtig ist, haben wir es durch interne Mittelumschichtungen geschafft, diese nochmals zu erhöhen und so das Sportangebot der Vereine weiter zu unterstützen“, sagte Innenminister Peter Beuth.





BOTSCHAFTER UND WERBETRÄGER DES MODERNEN POLIZEIBERUFES

Olympiasieger Christian Reitz ausgezeichnet

Christian Reitz ist Hessens Polizeisportler des Jahres 2016. Das hat Innen- und Sportminister Peter Beuth im November im Rahmen der Ehrung von 78 erfolgreichen Polizeisportlerinnen und Polizeisportlern in Wiesbaden bekannt gegeben. Der Polizeioberkommissar und Sportschütze erhielt die Auszeichnung für seine Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Rio mit der Schnellfeuerpistole.

„Christian Reitz hat im Jahr 2016 mit seinen fantastischen Leistungen nicht nur bei den Olympischen Spielen in Rio überzeugt. Seine konstant gute Form bringt ihm nicht nur den Titel Polizeisportler des Jahres, sondern nährt auch unsere Hoffnungen auf weitere erfolgreiche Jahre. Er ist ein sympathischer Botschafter und Werbeträger des modernen Polizeiberufes und mit seiner Einstellung auch Vorbild für seine Kollegen und die gesamte Gesellschaft“, so Peter Beuth.

Neben Christian Reitz ehrte der Innenminister unter anderem auch die Olympiateilnehmer Carolin Schäfer (Siebenkampf), Christian Reichert (10 km Freiwasserschwimmen), Jennifer Mensing (200 Meter Rückenschwimmen) und Kathrin Klaas (Hammerwerfen). **|**

HINTERGRUND SPORTFÖRDERGRUPPE

Am 5. September 2005 wurden in der ersten Sportfördergruppe (SFG) in der hessischen Polizei 15 Spitzensportlerinnen und -sportler in die hessische Polizei eingestellt. Mit der Einführung der Sportfördergruppe ist es in einer bundesweit einmaligen und vorbildlichen Kooperation zwischen dem Landessportbund Hessen, dem Olympiastützpunkt Hessen, der Polizeiakademie Hessen, der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung, dem Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium und dem Landespolizeipräsidium gelungen, die Dualität zwischen Sport und Berufsausbildung herzustellen. Damit unterstützt die hessische Polizei hochtalentiertere Sportlerinnen und Sportler, die herausragende sportliche Leistungen erbringen und bietet ihnen unterhalb einer Profilaufbahn nach Ende der Spitzensportkarriere eine interessante berufliche Perspektive.

Um die hohen Anforderungen des Studiums auf der einen Seite und des Spitzensports mit Training und Wettkämpfen auf der anderen Seite zu vereinbaren, wurde das Studium um eineinhalb Jahre auf viereinhalb Jahre verlängert. Zurzeit befinden sich fünf Sportfördergruppen (Sportfördergruppe 8 bis 12) mit insgesamt hessischen 34 Spitzensportlerinnen und -sportlern im Studium. Seit September 2016 studieren acht hessische und vier rheinlandpfälzische Sportlerinnen und Sportler gemeinsam in der Sportfördergruppe 12.

HESSISCHES ERFOLGSPROJEKT WIRD FORTGEFÜHRT

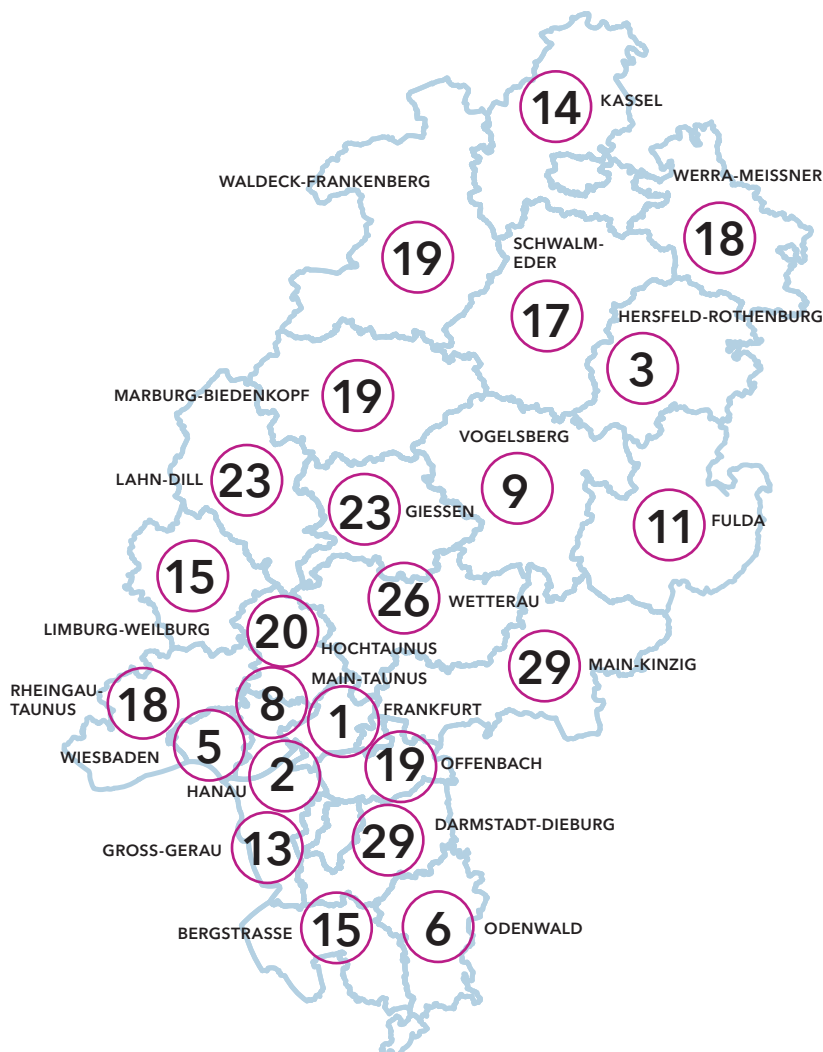
Auch im Jahr 2017

2,4 Millionen Euro für Förderprogramm

Das bundesweit einzigartige Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ des Landes Hessen wird auch im Jahr 2017 fortgesetzt. Das gab Innen- und Sportminister Peter Beuth im November in Wiesbaden bekannt. Wie schon im Jahr 2016 ist das Förderprogramm in 2017 erneut mit 2,4 Millionen Euro hinterlegt.

„Aufgrund der großen Nachfrage seitens der Kommunen haben wir uns entschlossen, dieses hessische Erfolgsprojekt auch im Jahr 2017 fortzuführen. Mit unserem Programm bieten wir den hessischen Städten und Gemeinden einen unkomplizierten Weg an, um Flüchtlinge über den Sport zu integrieren und mit den sogenannten Sport-Coaches ein ▶

ANZAHL DER SPORT-COACHES PRO LANDKREIS



HINTERGRUND

Antragsberechtigt sind Städte und Gemeinden, die mehr als 40 Flüchtlinge untergebracht haben. Kommunen, die weniger als 40 Flüchtlinge untergebracht haben, können in Form einer Interkommunalen Zusammenarbeit Anträge stellen. Je nach Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge kann eine Förderung von 5.000 bis zu 25.000 Euro bewilligt werden. Städte und Gemeinden, in denen eine Erstaufnahmeeinrichtung, eine Außenstelle oder Notunterkunft besteht, können zusätzliche Mittel bis zu 15.000 Euro beantragen. Das Geld kann eingesetzt werden für die Aufwandsentschädigungen der Sport-Coaches, Übungsleiter, Schulungsmaßnahmen oder Sachmittel.



Prominenter Pate des neuen Programms: Dragoslav Stepanović, Kultfigur und Ex-Trainer von Fußball-Bundesligist Eintracht Frankfurt, fungiert seit dem Jahr 2016 als Botschafter des Förderprogramms „Sport und Flüchtlinge“.

DRAGOSLAV STEPANOVIĆ NEUER BOTSCHAFTER

Um das Anfang 2016 initiierte Projekt zielgerichtet voranzutreiben, fungiert der ehemalige Spieler und Trainer von Eintracht Frankfurt, Dragoslav Stepanović, als Botschafter des Förderprogramms. Der 68-jährige gebürtige Serbe begleitet verschiedene Termine im Rahmen des Förderprogramms „Sport und Flüchtlinge“. Dazu gehören Sport-Coach-Schulungen oder Regionaltreffen.

„Aufgrund seiner persönlichen Biografie und seiner Bekanntheit im Sport in Hessen sowie auch in Verbindung mit seiner derzeitigen Tätigkeit als Trainer der ID-Hessenauswahl ist Dragoslav Stepanović ein wertvoller Botschafter des Förderprogramms. Ich bin mir sicher, dass das Projekt durch ihn eine noch höhere Wertschätzung sowie eine stärkere mediale Aufmerksamkeit erzielt“, so Sportminister Peter Beuth.

Bindeglied zwischen Kommunen, Vereinen und Flüchtlingen zu schaffen. Die hohe Resonanz unterstreicht, wie wichtig ein solches Projekt ist. Deshalb wollen wir den Kommunen auch im kommenden Jahr die Möglichkeit geben, von der Landesförderung zu profitieren. Damit können auch Sportangebote für Flüchtlinge unterstützt und Sachmittel hierfür erworben werden“, so Sportminister Peter Beuth.

Das Interesse an dem vom Innenministerium in Kooperation mit der Hessischen Sportjugend aufgelegten Projekt ist riesig. Im Jahr 2016, als das Programm aufgrund der großen Nachfrage um weitere 400.000 Euro auf somit 2,4 Millionen Euro erhöht wurde, sind mehr als 240 Förderanträge bewilligt und damit rund 350 Sport-Coaches gefördert worden.

Die Sport-Coaches fungieren als Kontaktpersonen zwischen Sportvereinen, Asylbetreuung, Flüchtlingsunterkünften und Flüchtlingen. In der ersten Zeit begleiten sie Flüchtlinge zu Sportangeboten. Mit dem Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ trägt das Hessische Ministerium des Innern und für Sport seinen Teil dazu bei, dass Integration im und durch den Sport erfolgreich ist und Schutzsuchende in unserer Gesellschaft angenommen und einbezogen werden.

Die überwiegende Mehrzahl der Sport-Coaches ist direkt an die Sportvereine angebunden. Ein deutlich geringerer Anteil stammt aus dem Umfeld der Flüchtlingsinitiative oder ähnlichen Institutionen, wie zum Beispiel die Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt, sowie aus den Verwaltungen der Städte und Gemeinden.

In fast allen Sportarten lassen sich Beispiele für Integration von Flüchtlingen finden. Sowohl in den großen Ballsportarten, wie Fußball, Handball, Volleyball oder Basketball, als auch im Turnen in der Leichtathletik oder in verschiedenen Kampfsportarten gibt es erfolgreiche Projekte von Sport-Coaches. Aber auch Gesundheitsangebote wie Fitnessprojekte oder Rückenschule werden unterbreitet und angenommen. Eine große Nachfrage gibt es zudem bei Schwimm- und Fahrradkursen. |

DEZEMBER



ZAHL DER AUSREISEN IN RICHTUNG SYRIEN UND IRAK STARK RÜCKLÄUFIG

Studie zeigt neue Herausforderungen

im repressiven und präventiven Bereich

Ungeachtet der andauernden kriegesischen Auseinandersetzungen in Syrien und dem Irak und den Aktivitäten verschiedener jihadistischer Gruppierungen in der Region ist die Zahl der Personen, die aus Deutschland in die Region ausreisen, inzwischen stark rückläufig. Das gab Innenminister Peter Beuth im Dezember bekannt. Reisten zu Hochzeiten fast 100 Personen pro Monat aus, sind für die Zeit zwischen Juli 2015 und Juni 2016 nur noch durchschnittlich weniger als fünf Ausreisen pro Monat aus Deutschland bekannt geworden. Die Erkenntnisse stützen sich auf einen aktuellen Bericht, der im Auftrag der Innenministerkonferenz auf Basis der Informationen von Verfassungsschutz- und Polizeibehörden gemeinsam durch das Bundeskriminalamt (BKA), das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das im Hessischen Innenministerium angesiedelte Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen ▶

Extremismus (HKE) erstellt worden ist. Der Analysericht ermöglicht einen fundierten Einblick in das Radikalisierungsgeschehen von 784 Personen, die in den vergangenen Jahren in Richtung Syrien oder Irak ausreisten.

„Die anhaltend hohe Gefährdung durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus nehmen wir sehr ernst. Deshalb haben wir in Hessen bereits im Jahr 2014 unser Präventionsnetzwerk gegen Salafismus mit der ‚Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus‘ in Trägerschaft von Violence Prevention Network eingeführt, das bundesweiten Vorbildcharakter besitzt. Im repressiven Bereich stehen wir in Hessen den Islamisten auf den Füßen. Mit den jüngsten Durchsuchungsmaßnahmen eines salafistischen Moscheevereins in Kassel sowie der Durchsetzung des Verbots der Lies!-Aktion in hessischen Fußgängerzonen senden wir eine deutliche Botschaft: Ob Hassprediger, Jihadreisender oder Terrorunterstützer – wir dulden keine Extremisten in unserem Land und werden sie mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen“, so Innenminister Peter Beuth.

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben auch an der Analyse 2016 Experten aus dem Hessischen Innenministerium mitgearbeitet. „Die Ergebnisse zu den Hintergründen und Verläufen der Radikalisierung der Ausgereisten werden wir für unsere Präventions- und Interventionsarbeit konsequent nutzen. Den veränderten Herausforderungen, etwa durch die steigende Zahl der Rückkehrer, stellen wir uns. Unser vorrangiges Ziel bleibt es, auch künftig Radikalisierungsprozesse sehr frühzeitig zu erkennen bzw. durch geeignete Präventionsmaßnahmen wie etwa Workshops zur pluralistischen Gesellschaft, zu Identität und Ideologien gar nicht erst entstehen zu lassen“, so Innenminister Peter Beuth.

Der „Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind – Fortschreibung 2016“ ist gleichwohl zu entnehmen, dass der Rückgang jihadistisch motivierter Ausreisen keine Entwarnung bedeutet. Zum einen sei zu erwarten, dass ein Großteil der Ausgereisten wieder nach Deutschland zurückkehrt – etwa ein Drittel von ihnen ist bereits wieder in das

Bundesgebiet eingereist. Zum andern rufe der IS seine Unterstützer mittlerweile verstärkt dazu auf, in den Herkunftsländern zu bleiben und dort Anschläge zu verüben.

Zu 572 der ausgereisten Personen liegen den Sicherheitsbehörden Hinweise darauf vor, welche Faktoren zu Beginn der Radikalisierung mutmaßlich relevant waren: Bei etwa jedem Vierten wird in Koran-Verteilaktionen, zum Beispiel der „Lies!“-Aktion, ein solcher Faktor gesehen. Vor diesem Hintergrund hatte Innenminister Peter Beuth das jüngst erfolgte Verbot der Vereinigung „Die wahre Religion“ alias „LIES! Stiftung“ / „Stiftung LIES“ einschließlich ihrer Teilorganisationen „LIES! Verlag“, „ReadLiesLtd“ und „Insamlingsstiflesen Al Quran Foundation“ und der damit verbundenen „Lies!“-Aktion durch das Bundesministerium des Innern sehr begrüßt. Das Verbotsverfahren des Bundesinnenministeriums war auf Anregung und mit umfangreicher Unterstützung Hessens vorangetrieben worden.

„Das Verbot der LIES!-Aktion ist ein wichtiger Teil-erfolg im Kampf gegen den islamistischen Extremismus in Deutschland. Gleichwohl werden wir unser Präventions- und Interventionsangebot im Bereich Islamismus und Salafismus weiter auf hohem Niveau fortführen. Wir überlassen das Feld nicht den Angehörigen der salafistischen Szene, die mit ihren Ansichten und ihrem Verhalten auch dem öffentlichen Bild des Islam in Deutschland Schaden zufügen“, so Innenminister Peter Beuth.

Neben staatlichen Initiativen wie dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus und der Präventionsarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) setzt Hessen dabei auch auf zivilgesellschaftliche Akteure. Hessen hat 2014 als erstes Bundesland ein landesweites Präventionsnetzwerk gegen Salafismus sowie im Rahmen dieses Präventionsnetzwerks die „Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“ eingerichtet. Deren Hauptaufgabe besteht darin, hessenweit durch Intervention und Beratung gefährdeter und radikalierter Jugendlicher, ihrer Angehöriger und des sonstigen Umfelds eine Radikalisierung aufzuhalten und umzukehren. Dies umfasst auch die Arbeit mit Ausstiegswilligen, darunter Rückkehrern aus IS-Gebieten. |



TERRORISTEN DÜRFEN SICH IM NETZ NICHT SICHER FÜHLEN

Verfassungsschutz

benötigt moderne Instrumente für Schutz der Bevölkerung

Anlässlich des „Herbstgesprächs“ des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) im Dezember in Wiesbaden unterstrich Innenminister Peter Beuth die Bedeutung des Verfassungsschutzes für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Ereignisse in Würzburg und Ansbach hätten gezeigt, dass es die Sicherheitsbehörden nicht mehr nur mit hochorganisierten größeren Terrornetzwerken, sondern auch mit einem neuen Einzeltätertypus zu tun haben, bei dem sich die konkrete Aufklärung noch schwieriger gestaltet.

„In Zeiten, in denen Extremisten die Kommunikation über das Internet nutzen oder ihre Nachrichten verschlüsseln, um Anschläge vorzubereiten und zu koordinieren, müssen wir unsere Nachrichtendienste weiter stärken, indem wir ihre Kompetenzen behutsam und auf Grundlage unserer Verfassung erweitern. Es darf keine vom staatlichen Zugriff abgeschirmte virtuellen Diskussionsplattformen geben, in denen debattiert wird, wie möglichst viele Menschen getötet werden können. Potenzielle Terroristen sollen sich weder in der Realität noch im Netz sicher fühlen“, so Innenminister Peter Beuth. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Der ‚Suizid-Terrorismus zum Mitmachen‘ – Gefahren und Auswirkungen für Gesellschaft und Sicherheitslage“. Erst am Vortag hatte sich die Innenministerkonfe-

renz dafür ausgesprochen, dass die rechtliche Trennung von Telekommunikations- und Telemediendiensten überholt sei. „Egal ob die Kurznachricht über Mobilfunk oder das Internet verschickt wird: Die Regeln müssen dieselben sein. Die Anbieter von Messenger-Diensten müssen dabei mit den Sicherheitsbehörden enger zusammenarbeiten“, unterstrich Peter Beuth. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und einem Europa ohne Grenzen dürften die Sicherheitsinteressen des Landes nicht aus den Augen verloren werden.

„Zur effektiven Abwehr und Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist es wichtig, auch europäische Datenbanken, in denen Reisebewegungen und Sicherheitsmerkmale erfasst werden, zu nutzen“, so Beuth. Datenschutz und Sicherheitsinteressen müssten dabei stets in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Im Kampf gegen den islamistischen Terror sei zudem mehr Personal für den Verfassungsschutz vonnöten. Deshalb hat das LfV Hessen bereits im Jahr 2016 55 neue Stellen erhalten, darüber hinaus sollen 2017 20 weitere Stellen zugewiesen werden. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf mehr als 330 – dies entspricht gegenüber dem Jahr 2015 einem Stellenplus von rund 30 Prozent. |

KOMMUNALE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER BESTMÖGLICH EINBINDEN

Land informiert Bürgermeister über Angebote zur Extremismusbekämpfung

Das Land Hessen setzt im Kampf gegen den Extremismus auf ein vielfältiges Maßnahmenpaket. Das vielfältige Portfolio des Landes richtet sich dabei auch an betroffene Kommunen. Das betonte Innenminister Peter Beuth anlässlich der Fachtagung „Extremismusprävention - Land und Kommunen gemeinsam für Hessen“ im Dezember in Echzell, zu der das Land die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der hessischen Städte und Gemeinden eingeladen hatte. Ein einprägsamer Vorfall aus dem Bereich des Extremismus im nordhessischen Diemelstadt habe unterstrichen, wie wichtig die Einbindung der Kommunen in die Präventionsarbeit sei, so der Minister. Ein nicht angemeldetes Neonazi-Konzert konnte nur verhindert werden, weil **kommunale Entscheidungsträger und Polizei** gut vernetzt waren und schnell gehandelt haben. Keine Stadt und keine Gemeinde ist vor so etwas gefeit, so Beuth.

„Um Extremisten gleich welcher Art ganzheitlich und wirksam zu bekämpfen, müssen wir auch alle kommunalen Entscheidungsträger bestmöglich einbinden und ihnen unsere Unterstützung zusagen. Die Beratungsangebote, Projekte und Fördermöglichkeiten der Hessischen Landesregierung zur Extremismusprävention und -intervention können neue Impulse bieten, um die aktuelle und künftige Arbeit in diesen Themenfeldern auf regionaler Ebene zu bereichern und zu unterstützen“, so Innenminister Peter Beuth.

Für das im Jahr 2015 initiierte Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ sind im Landeshaushalt auch im Jahr 2017 rund 3,8 Millionen Euro veranschlagt. Es beinhaltet verschiedene Programme und Projekte, um extremistischen Bestrebungen jeglicher Couleur präventiv zu begegnen.

EXTREMISMUS - ERSCHEINUNGSFORMEN UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

The infographic is titled "EXTREMISMUS - ERSCHEINUNGSFORMEN UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN". It is divided into four main columns, each representing a different form of extremism with associated action possibilities.

- Solifirren/Toleranzismus:**
 - Handlungsmöglichkeiten:** Beratungsstelle Hessen „Religiöse Toleranz statt Extremismus“
 - beinhaltet:** z. B. Workshops an Schulen, aufsuchende Jugendarbeit, Angehörigenberatung, Ausreisegewährung
 - Bestehende Prävention des Landesamts für Verfassungsschutz (LVV):** mobile Beratung z. B. in Schulen bzw. im Lehrerkollegium sowie in der Flüchtlingshilfe
- Islamismus:**
 - Handlungsmöglichkeiten:** Die Bundesweite in Moscheen soll nach Fortbildungsmaßnahmen für die Kulturführer sein, um die „Demos“ zu verhindern.
 - beinhaltet:** Sie Eltern von Kindern bei deren Schul- oder Ausreiseverfahren, um die „Demos“ zu verhindern.
 - Bestehende Prävention des Landesamts für Verfassungsschutz (LVV):** Mobile, kulturorientierte Beratung mit einem Fokus auf den kommunalen Kampf gegen „Demos“
- Rechtsradikalismus:**
 - Handlungsmöglichkeiten:** Netzwerke in Sportvereinen rassistisch beeinflusst werden, die Medien wurde nach Möglichkeiten, um die Täter zu unterstützen.
 - beinhaltet:** Im Internet helfen Rechtsradikale gegen die gegnerische Flüchtlingspolitik. Mithrasradikal: Vernetzung von Internet Politik und Gewerkschaften, um sich zu einem Bündnis gegen die Extremisten zusammenzuschließen.
 - Bestehende Prävention des Landesamts für Verfassungsschutz (LVV):** Sie Eltern von Minderjährigen bei deren Schul- oder Ausreiseverfahren, um die „Demos“ zu verhindern. Sie sind unklar, wie sie darauf reagieren müssen.
- Rechtsextremismus:**
 - Handlungsmöglichkeiten:** Beratungszentrum Hessen
 - beinhaltet:** mobile Beratung vor Ort, z. B. in der Schule, im Elternhaus, der Gemeinde oder im Verein
 - Bestehende Prävention des Landesamts für Verfassungsschutz (LVV):** Keine Lücke
 - beinhaltet:** Arbeit mit qualifizierten Jugendlichen
 - SKAR:** beinhaltet: Ausreiseprogramme für Rechtsradikale
 - Reaktion:** beinhaltet: Beratungsstelle für Betriebsräte und Opfer rechter Gewalt, rechtlicher Bewältigung, Antidiskriminierung etc.
 - KIDEX (LVV):** beinhaltet: Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer

Das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HIZE) ist Kooperations- oder Partnerinstitutionen im Bereich des Extremismus in Hessen. Mithrasradikal: Ziel der Kommunikation und Veranschaulichung der bestehenden Prävention und Intervention gegen verfassungswidrige Bestrebungen hat der Land Hessen mit der Gründung des HIZE im Jahr 2013 seine Bildungsbereich einseitigen Schritte unternommen. Für die Förderung der Präventionsmaßnahmen dürfen ab dem Jahr 2016 insgesamt rund 2,8 Millionen Euro an Verfügung.



VORBILDER VON RIO BIS KASSEL

**16 Auszeichnungen des Landes verliehen –
Leistungssport mit 300.000 Euro gefördert**

HINTERGRUND

Zur Anerkennung sportlicher Leistungen und zur Anerkennung besonderer Verdienste um den Sport in Hessen wurde die Sportplakette des Landes Hessen gestiftet. Sie wird jährlich an Personen oder Mannschaften, die nach internationalen und nationalen Maßstäben sportliche Höchstleistungen erzielt haben und durch ihre sportliche Haltung Vorbild sind, verliehen sowie an Personen, die sich in langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen und Verbänden um die Jugend- oder Breitenarbeit im Sport besonders verdient gemacht haben.

PREISTRÄGER SPORT

- › Oliver Geis, SV 1935 Kriftel e. V., Schießen
- › Kathrin-Julia Hendrich, Frauen-Fußballnationalmannschaft
- › Mandy Islacker, Frauen-Fußballnationalmannschaft
- › Valentin Luz, Frankfurt, Frankfurter Rudergesellschaft Germania 1869 e. V., Rudern
- › Dennis Mell, TSV Heusenstamm, Leichtathletik
- › Dennis Müller, TSV Heusenstamm, Leichtathletik
- › Noemi Ristau, Sportfreunde Blau-Gelb Marburg e.V., Blista Marburg e.V., Ski und Blindenfußball
- › Marina Mohnen, Mainhatten Skyweelers, Rollstuhlbasketball
- › Sönke Rothenberger, Rothenberger im Gestüt Erlenhof OHG, Reiten
- › Sonja Schwarz und Thorsten Zirm, Tanzpaar, TSZ Blau-Gold Casino Darmstadt, Tanzsport
- › Patrick Thomas, TSV Pfungstadt e. V., Faustball

Elf Sportlerinnen und Sportler und fünf ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer aus allen Teilen des Landes freuten sich im Dezember über die Sportplakette der Hessischen Landesregierung aus den Händen von Innenminister Peter Beuth. Das Festhalten-Reitturnier bot den zu Ehrenden eine würdige Kulisse für eine der höchsten Auszeichnungen, die für den Sport im Land vergeben werden kann. Außerdem überreichte der Sportminister einen Bescheid über 300.000 Euro zur Förderung des Leistungssportes an den Landessportbund.

„Im Sportjahr 2016 haben Sie alle Spitzenleistungen erbracht“, betonte der Innenminister. „Sei es als Fußballerin im Trikot der Nationalmannschaft in Rio, als Rollstuhlbasketballerin bei den Paralympics oder als Sportkreisvorsitzender für die Region Kassel. Mit ihrer Hingabe für den Sport verkörpern unsere Preisträger alle das, was Millionen Menschen in unserem Land bewegt und motiviert. Ob sie unter dem Jubel Tausender im Stadion Höchstleistungen vollbringen oder hinter den Kulissen dafür Sorge tragen, dass Kinder die Passion für den Sport entdecken können: Sie alle sind Vorbilder von Rio bis Kassel und machen das Sportland Hessen für ihre Mitmenschen so einzigartig“, so Peter Beuth. **I**

PREISTRÄGER EHRENAMT

- › Rolf Byron (Waldems-Esch)
- › Dr. med. vet. Jürgen Gerd Königsmann (Frankfurt)
- › Irmgard Krönung (Eppstein)
- › Helmut Meister (Schlüchtern)
- › Roland Tölle (Vellmar)



GROSSE ZUSTIMMUNG FÜR OBERZENT

Landesregierung fördert

ab sofort auch Kooperation der Landkreise

innenminister Peter Beuth hat im Dezember einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 150.000 Euro an die Gemeinde Sensbachtal überreicht. Das Geld dient zur Vorbereitung der angestrebten Gemeindefusion der künftigen Oberzent-Gemeinden Beerfelden, Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal. Die zum Januar 2018 geplante Fusion der vier Gemeinden wäre seit der Gebietsreform in den 70er-Jahren der erste freiwillige Gemeindegemeinschaft. Die Fördermittel stammen aus dem Förderprogramm zur Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ).

„Die Landesregierung will mit einer Reihe von Maßnahmen die Strukturüberlegungen der Gemeinden vor Ort befördern und hat in dieser und der letzten Legislaturperiode Verfahrenserleichterungen und finanzielle Anreize geschaffen, um derartige Prozesse auf der gemeindlichen Ebene anzustoßen. Für alle Lösungsansätze zur Zukunftsfähigkeit der Kommunen gilt das Prinzip der Freiwilligkeit, das heißt: Der erste Schritt kommt aus den Gemeinden. Wenn Gemeindevorstände und Gemeindevertretungen an einem Strang ziehen, dann unterstützt das Land gerne und umfassend. Der Erfolg hängt entscheidend von der Akzeptanz vor Ort ab. Bürger, Gemeindegremien, Personal und Gewerkschaften, Vereine müssen daher in den Prozess frühzeitig mit eingebunden und mitgenommen werden. Die vier Gemeinden im Odenwald sind ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass gut vorbereitete Fusionsbestrebungen von einer breiten Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger getragen werden können“, so Innenminister Peter Beuth.

Die Hessische Landesregierung hat in den zurückliegenden Jahren das IKZ-Förderprogramm, in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden, deutlich erweitert und es von den förderfähigen Aufgabenbereichen wie den förderberechtigten Kommunen wesentlich breiter aufgestellt. Heute umfassen die möglichen förderbaren Aufgabenbereiche nunmehr nahezu das komplette Aufgabenspektrum der kommunalen Verwaltung. Dabei wurde Wert darauf gelegt, dass die Unterstützung unbürokratisch und einfach erfolgen kann.

„Wir gehen jetzt noch einen Schritt weiter. Künftig können auch Landkreise miteinander – ohne die Beteiligung von Gemeinden – förderfähige Kooperationen eingehen. Die Regelzuwendungen für Ortsteilfusionen und Gemeindeverwaltungsverbände wurden ausdrücklich im neuen Programm aufgenommen. Es liegt jedoch in der kommunalen Eigenverantwortung, die Handlungsspielräume zur Interkommunalen Zusammenarbeit auszuschöpfen und die Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen“, so der Innenminister weiter.

Diese Neuerung wurde anlässlich der Weiterführung des Programms in Form einer sogenannten Rahmenvereinbarung festgeschrieben. Die IKZ hat nicht nur die kommunale Kooperationsbereitschaft befördert,

sie dient auch als Impulsgeber, neue kreative Wege einzuschlagen und die Verwaltungsorganisation neu zu gestalten. Die finanzielle Unterstützung und die individuelle Beratung konnten vielerorts dazu beitragen, dass Gemeinden aufeinander zugehen und zur Sicherung der kommunalen Leistungs- und Handlungsfähigkeit die demografischen, wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen in Zukunft gemeinschaftlich angehen.

Das Land hat seit dem Jahr 2004 insgesamt fast 200 kommunale Kooperationen mit mehr als 1.000 manchmal auch mehrfach eingebundenen Gemeinden gefördert. Dabei wurde eine Gesamtsumme von rund 13,5 Millionen Euro in unterschiedlichste Projekte investiert und die hessischen Kommunen in ihrem Streben nach freiwilliger Zusammenarbeit unterstützt. Alleine im Jahr 2016 wurden bis Ende November 36 Kooperationen mit 3,1 Mio. Euro gefördert.

Insbesondere die in 2011 aufgenommene Fusion von Ortsteilfeuerwehren ist auf großes Interesse gestoßen. Seitdem wurden 41 Fusionsprojekte mit rund 90 beteiligten Ortsteilwehren unterstützt.

Um gerade den kleineren Kommunen unter 7.500 Einwohnern noch weitere Möglichkeiten einer Interkommunalen Zusammenarbeit zu geben, hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode verstärkt die Aktivitäten dahin gelenkt, ganzheitlichere Formen der Verwaltungszusammenarbeit stärker in den Fokus der Kommunen zu bringen. Dazu gehört zum Beispiel die aktive Unterstützung der Kommunen bei der Bildung von Gemeindeverwaltungsverbänden bis hin zur Möglichkeit der Fusion von Gemeinden. Gerade die Bildung von Gemeindeverwaltungsverbänden wird in Hessen in besonderer Weise finanziell und fachlich unterstützt, da die Landesregierung hierin eine zukunftsfähige Lösung für kleinere Gemeinden sieht. Die Unterstützungsmöglichkeiten für die Bildung von Gemeindeverwaltungsverbänden, aber auch für freiwillige Gemeindefusionen sowie für Kooperationen von Landkreisen haben jetzt Eingang in das aktuelle Förderprogramm gefunden.

Damit stellt die Hessische Landesregierung den Gemeinden, Städten und Kreisen mit der neuen Rahmenvereinbarung 2016 weiterhin ein bewährtes Förderinstrument zur Verfügung. |

PERSONELLES

ÜBER 45 JAHRE SCHUTZMANN MIT LEIB UND SEELE

Polizeipräsident Süd Hessens Gosbert Dölger verabschiedet



Ministerpräsident Volker Bouffier und Innenminister Peter Beuth haben im Mai den Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiums Süd Hessen, Gosbert Dölger, verabschiedet. „Ich habe Gosbert Dölger immer als Praktiker geschätzt. Er hat für die hessische Polizei viel erreicht

und große Erfolge erzielt. Für seinen herausragenden Dienst zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes danke ich ihm von Herzen“, sagte der Ministerpräsident. Mehr als zwölf Jahre lang stand Gosbert Dölger dem Polizeipräsidium Süd Hessen als Präsident vor und trug Verantwortung für rund 1.900 Beschäftigte. Rund eine Million Menschen lebt im Dienstbereich Süd Hessen auf einer Fläche von fast 2.600 Quadratkilometern. Das Gebiet umfasst die Stadt und den Landkreis Darmstadt sowie den die Landkreise Bergstraße und Groß-Gerau sowie den Odenwaldkreis.

„Gosbert Dölger war über 45 Jahre lang Schutzmann mit Leib und Seele. Sein berufliches Leben hat er der Kriminalitätsbekämpfung gewidmet, die Kriminalpolizei war dabei seine lebenslange Leidenschaft. Dieses Ziel konnte er in Bayern, Thüringen sowie Hessen verfolgen und blickt auf eine lange und erfolgreiche Laufbahn als Polizist zurück. Er war einer von vielen Architekten, die in den vergangenen zehn Jahren daran mitgewirkt haben, Hessen sicherer zu machen. Als Begründer der Schleierfahndung hat er in seiner Amtszeit in Bayern zudem ein polizeiliches Instrument taktisch und strategisch aufgebaut, das zum Modell für fast alle Bundesländer wurde. Die Entwicklung der Schleierfahndung zählt zu seinem Lebenswerk“, sagte Innenminister Peter Beuth.

Zwischen 2010 und 2013 übernahm Dölger zudem noch eine andere Aufgabe: Als kommissarischer Leiter des Hessischen Landeskriminalamtes. In seine Amtszeit fiel die Einführung der Abteilung für „Cybercrime“ sowie die Neuausrichtung der Abteilung für Organisierte Kriminalität. |

STETS EIN MANN DER TAT

Bernhard Lammel neuer Polizeipräsident

Innenminister Peter Beuth hat im Juli Bernhard Lammel in sein neues Amt als Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Süd Hessen eingeführt. Lammel, der zuvor als Präsident des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) funktionierte, tritt damit die Nachfolge von Gosbert Dölger an, der zum Ende des Monats Mai aus dem Dienst ausgeschieden war. „In den vergangenen 42 Jahren im Dienst der hessischen Polizei hat Bernhard Lammel die Po-



lizei an verschiedensten Orten und in unterschiedlichsten Funktionen kennengelernt. Zuletzt hat sich das PTLV dank seines Einsatzes und seines hohen Engagements nicht nur zu einer effektiven Polizeibehörde, sondern vielmehr zu der zentralen Fachdienststelle für die polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik sowie sonstige Einsatztechnik und für die Ausstattung, Beschaffung und Verwaltung entwickelt, deren Leistungsspektrum und Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von allen übrigen hessischen Polizeibehörden geschätzt wird. Dabei war er stets ein Mann der Tat. Ich bin mir sicher, dass seine Verwendungsbreite und sein geschätztes Fachwissen auch im Polizeipräsidium Süd Hessen dazu dienen werden, mit viel Tatkraft die neue Herausforderung zu bewältigen“, so Innenminister Peter Beuth. |

MIT SEINER ERFAHRUNG EINE BEREICHERUNG FÜR DAS PTLV

Karl-Heinz Reinstädt neuer Leiter

Im September hat Innenminister Peter Beuth Karl-Heinz Reinstädt in sein neues Amt als Präsident des Präsidioms für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) eingeführt. Der 59-Jährige, der zuletzt als Referatsleiter unter anderem für internationale Polizeimissionen im Landespolizeipräsidium fungierte, tritt damit die Nachfolge von Bernhard Lammel an, der zum Ende des Monats Juni das Amt des Polizeipräsidenten in Südhessen übernommen hatte. „Sein Engagement hat den Ruf und den Stellenwert des Landes Hessen im Rahmen der Beteiligung Deutschlands an Friedensmissionen bedeutsamer gemacht. Hessen hat wichtige Akzente im Rahmen der Verbesserung von Fürsorge und Sicherheitsrahmenbedingungen gesetzt. Dazu zählen beispielsweise die Verbesserungen von Schutzausstattungen für Friedensmissionen in Afrika. Ich bin mir sicher, dass Karl-Heinz Reinstädt auch das PTLV bereichern wird“, so Innenminister Peter Beuth.

In den vergangenen 44 Jahren im Dienst des Landes hat Karl-Heinz Reinstädt die Polizei an verschiedensten Orten und in unterschiedlichsten Funktionen kennengelernt. Zuletzt hatte er sich über zehn Jahre in verschiedenen Funktionen als Referatsleiter im Landespolizeipräsidium verdient gemacht. Darunter war er mit Aufgaben im Rahmen der Bund-Länder-Gruppe der Arbeitsgruppe Internationaler Polizeimissionen betraut.



VERANTWORTUNG FÜR DIE SICHERHEIT DER BÜRGER ÜBERNOMMEN

Innenminister verabschiedet Osthessens Polizeipräsidenten Alfons Hoff

Im Rahmen eines feierlichen Empfangs hat Innenminister Peter Beuth im Juni in Fulda den Polizeipräsidenten des Polizeipräsidioms Osthessen, Alfons Hoff, verabschiedet. Hoffs Nachfolge tritt Günther Voß an, der zuvor als Präsident des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidioms fungierte. „Alfons Hoff blickt auf eine lange und erfolgreiche Laufbahn als Polizist zurück. Über 48 Jahre lang hat er Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen übernommen. Mit ihm verlässt uns ein engagierter Präsident, der sich über viele Jahrzehnte großen Enthusiasmus für seine Arbeit bewahrt hat. Ich danke Alfons Hoff von Herzen für seinen Einsatz zum Wohle unseres Landes und dafür, dass er sein Arbeitsleben dem Schutz seiner Mitmenschen gewidmet hat“, sagte Innenminister Peter Beuth im Stadtschloss in Fulda.

Sechs Jahre lang stand Alfons Hoff dem Polizeipräsidium Osthessen als Präsident vor. 1968 ist er in den Dienst der Polizei Hessen eingetreten.

SEINE FÄHIGKEITEN VIELFACH UNTER BEWEIS GESTELLT

Günther Voß neuer Polizeipräsident des Polizeipräsidioms Osthessen



Günther Voß ist neuer Polizeipräsident des Polizeipräsidioms Osthessen. Der 59-Jährige wurde im Juli in Fulda von Innenminister Peter Beuth feierlich in sein Amt eingeführt. Der vormalige Präsident des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidioms folgt damit auf Alfons Hoff, der in der Vorwoche verabschiedet wurde.

„Günther Voß hat seine ausgeprägten Fähigkeiten bereits vielfach und an unterschiedlichen Wirkungsstätten eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dabei hat er stets das Gespür

für das Wesentliche bewiesen. Ich bin mir sicher, dass Günther Voß seine erfolgreich geleistete Arbeit in der Bereitschaftspolizei nun auch in Osthessen weiter um- und fortsetzen wird“, so Innenminister Peter Beuth.

Das Polizeipräsidium in Fulda ist für die schutz- und kriminalpolizeilichen Aufgaben in Osthessen zuständig. Der Dienstbezirk umfasst die Stadt Fulda sowie die Landkreise Fulda, Hersfeld-Rotenburg und Vogelsberg mit den Bundesautobahnen der Region. Mit Amtsantritt zum 1. Juli 2016 ist Voß Chef von fast 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Sicherheit von rund 442.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf einer Fläche von etwa 4.000 Quadratkilometer zuständig sind. |

RICHTIGE WAHL FÜR WICHTIGE POSITION

Harald Schneider neuer Leiter der Bereitschaftspolizei



Innenminister Peter Beuth hat Harald Schneider im September in sein neues Amt als Präsident des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidioms (HBPP) eingeführt. Der 60-Jährige, der zuletzt in der als Leiter der Abteilung Einsatz beim Polizeipräsidium Frankfurt fungierte, tritt damit die Nachfolge von Günther Voß an, der im Juli das Amt des Polizeipräsidenten in Osthessen übernommen hatte.

„Harald Schneider kennt die Polizei in all ihren Facetten. Als Einsatzleiter in Frankfurt hat er herausragende Arbeit geleistet. Er kennt den herausragenden Wert der Bereitschaftspolizei aus den vielen Einsatzlagen in und um Frankfurt und ist deshalb die richtige Wahl für diese wichtige Position. Ebenfalls verfügt er über eine lange Erfahrung im persönlichen Umgang mit Mitarbeitern durch seine Funktion als Leiter verschiedener Polizeidirektionen und Abteilungsstäben der hessischen Polizei. Er ist eine Bereicherung für die Bereitschaftspolizei“, so Innenminister Peter Beuth.

Als Präsident des HBPP ist Schneider künftig federführend für die vier Standorte der Bereitschaftspolizeiabteilungen in Mainz-Kastel, Lich, Mühlheim am Main und Kassel zuständig. Darüber hinaus unterstehen ihm die Polizeifliegerstaffel, die Wasserschutzpolizei und die Reiterstaffel. |

VERANTWORTUNG FÜR DIE SICHERHEIT DER BÜRGER ÜBERNOMMEN

Verabschiedung von Mittelhessens Polizeipräsident Manfred Schweizer

Innenminister Peter Beuth hat im September in Gießen den Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiums Mittelhessen, Manfred Schweizer, im Rahmen einer Feierstunde verabschiedet.

„Manfred Schweizer blickt auf eine mehr als zehnjährige erfolgreiche Amtszeit als Polizeipräsident zurück. 46 Jahre lang hat er Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Hessen übernommen. Mit ihm verlässt uns ein engagierter Präsident, der sich um das Wohl der Menschen in unserem Land verdient gemacht hat. Unter seiner Verantwortung hat sich das Polizeipräsidium Mittelhessen maßgeblich weiterentwickelt. Im Jahr 2015 hat das PP Mittelhessen unter seiner

Leitung auch die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen zusammen mit dem Regierungspräsidium Gießen und der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung gestemmt“, sagte Innenminister Peter Beuth.

2005 kam Manfred Schweizer als Präsident nach Mittelhessen und damit erstmals in die hessische Polizei. Sein Werdegang unterscheidet sich von denen anderer Kolleginnen und Kollegen, die in der Regel in einem Bundesland ihren Weg bis in die Spitzenpositionen der Polizei gehen. Den Polizeiberuf lernte Manfred Schweizer bei der Polizei in Baden-Württemberg.



WEITSICHTIGER UND BESONNENER SICHERHEITSEXPERTE

Bernd Paul neuer Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Mittelhessen



Bernd Paul wurde im November zum neuen Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Mittelhessen ernannt. Der 58-Jährige, zuvor Abteilungsleiter im hessischen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) und in dieser Funktion Stellvertreter von LfV-Präsident Robert Schäfer, folgte damit auf Manfred Schweizer, der Ende September in Ruhestand gegangen ist.

„Mit Bernd Paul erhält das Polizeipräsidium Mittelhessen einen sehr kenntnisreichen, weitsichtigen und besonnenen Sicherheitsexperten, der sowohl viel Erfahrung in Einsatzlagen als auch in Führungsfunktionen mitbringt und sich beim Landesamt für Verfassungsschutz wertvolle Zusatzqualifikationen erworben hat. Seine mehr als 40 Jahre umfassende Berufserfahrung zeichnet ihn als profilierten Fachmann mit umfangreicher Praxiserfahrung aus, der sich in sämtlichen Funktionen und Verwendungen bestens bewährt hat“, so Innenminister Peter Beuth.

Das Polizeipräsidium in Gießen ist für die schutz- und kriminalpolizeilichen Aufgaben in Mittelhessen zuständig. Der Dienstbezirk umfasst die Landkreise Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill und Wetterau mit den Bundesautobahnen der Region. Zum Aufgabengebiet gehört dabei auch die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen. Mit Amtsantritt ist Paul Chef von fast 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Sicherheit von rund einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern auf einer Fläche von mehr als 4000 Quadratkilometer zuständig sind.

HERAUSGEBER

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

REDAKTION

Sebastian Poser

INTERNETABRUF

www.innen.hessen.de

E-MAIL-ADRESSE

pressestelle@hmdis.hessen.de

GESTALTUNGSKONZEPT

Henrich Druck + Medien GmbH, Frankfurt

ARTWORK & DRUCK

Henrich Druck + Medien GmbH, Frankfurt

BILDNACHWEIS

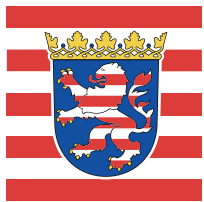
Titel: Feuerwehr: Fabian Klein – fotolia.com | **Sport:** matimix – fotolia.com | **Seite 8:** benekamp – fotolia.com | **Seite 9:** Niko Endres – fotolia.com | **Seite 10:** dpa/Boris Rössler | **Seite 11, Seite 28:** fotolia.com | **Seite 26 o.:** Gerhard Seybert – fotolia.com, **li.u.:** polizei-beratung.de | **Seite 32:** lassedesignen – fotolia.com | **Seite 35, m.:** MAK – fotolia.com, **r.:** ChiccoDodiFC – fotolia.com | **Seite 40:** Marlon Bnisch – fotolia.com | **Seite 41:** Boris Zerwann – fotolia.com | **Seite 42:** REDPIXEL – fotolia.com | **Seite 43:** fotofabrika/Isarenko – fotolia.com | **Seite 48:** dpa/Oliver Dietze | **Seite 50:** Picture-Factory – fotolia.com | **Seite 54, li.o.:** 135pixels/fotoedu – fotolia.com | **Seite 59, re.o.:** Mike Wenski | **Seite 63 o., u., Seite 65 re.m., Seite 69:** Bundesministerium des Innern | **Seite 65, re. o., re. u.:** polizei-beratung.de | **Seite 66:** pure-life-pictures – fotolia.com | **Seite 75, li.:** alexo_kelvinis – fotolia.com, **re.:** dobyrdnev – fotolia.com | **Seite 80:** Peter Meurer – fotolia.com

© Mai 2017

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen so wie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

HESSEN



HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

www.innen.hessen.de